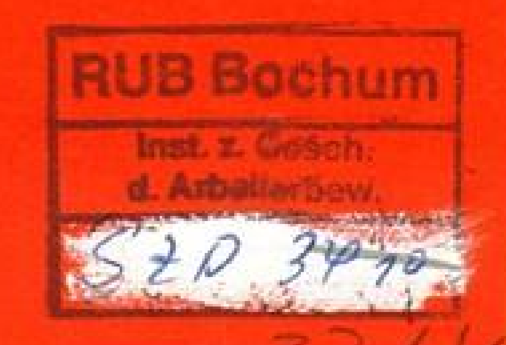
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs



Preis: S 8,-
P.b.b.

Erscheint jeden zweiten Montag. Redaktion: Kleine Neugasse 11/18, 1050 Wien.
Abonnement: Jahresabonnement S 180.-, Halbjahresabonnement S 100.- Zu beziehen über: KB Österreichs — Vertrieb

16.6.1980
Nr. 15/80

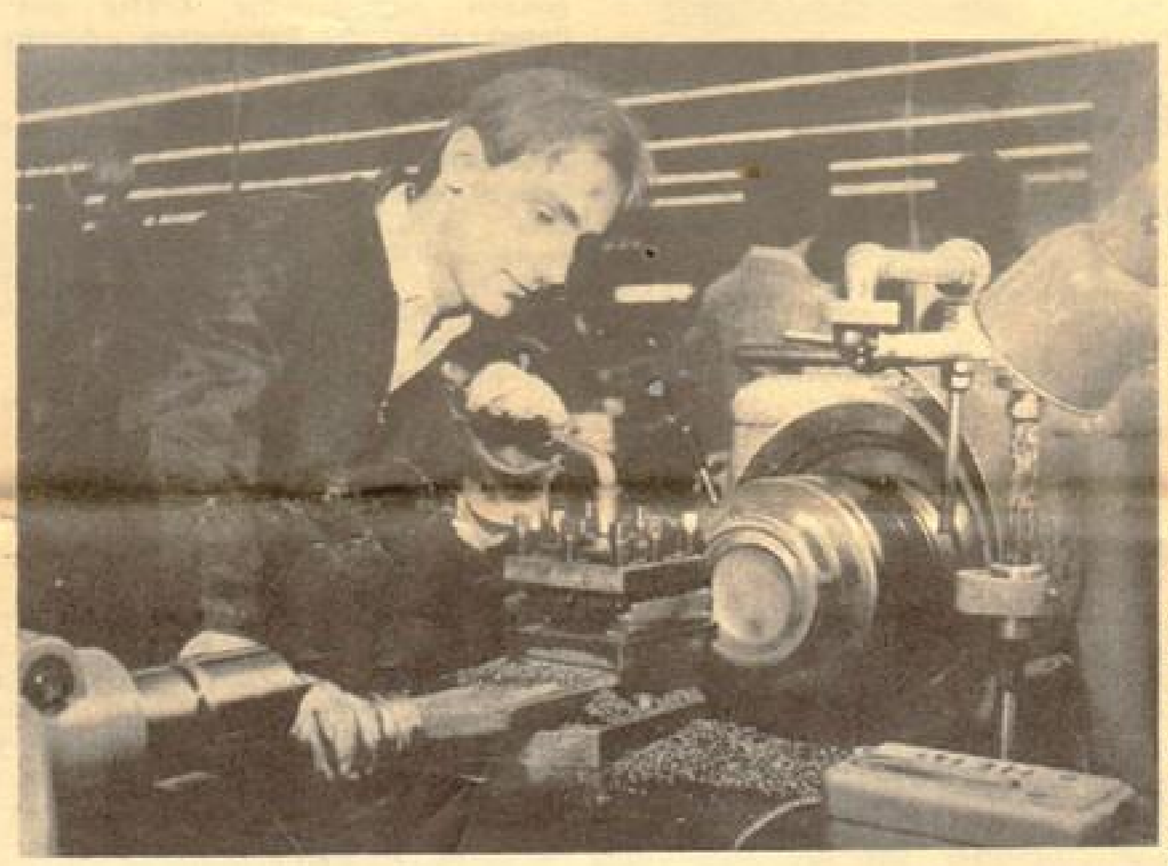
Spendet für das Rote Kreuz Kampucheas

Das Volk von Kampuchea, das vor fünf Jahren die amerikanischen Imperialisten aus dem Land gejagt hat, um die sozialistische Revolution einzuleiten, kämpft nun seit dem Einfall sowjetisch-vietnamesischer Truppen im Dezember 1978 gegen einen noch stärkeren und brutaleren Aggressor. In dieser ersten Phase des Partisanenkrieges gilt es heute, die gegnerischen Kräfte zu dezimieren, die eigenen Kräfte zu erhalten und zu stärken und das Überleben des kampucheanischen Volkes zu sichern. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea hat zur internationalen Solidarität aufgerufen. Jeder Schilling für das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea ist eine echte Hilfe für den Kampf um die Befreiung, ein Schlag gegen die vietnamesischen Aggressoren und zugleich ein Schlag gegen die kriegstreiberische Sowjetunion, die hinter Vietnam steht und Kampuchea nur als eine Station in ihrem Weltherrschaftsstreben betrachtet. So ist jeder Schilling für das Demokratische Kampuchea zugleich auch ein Beitrag für den Weltfrieden.

Das Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs hat zu einer öffentlichen Sammlung aufgerufen, durch die bis Juli dieses Jahres 200.000,- Schilling aufgebracht werden sollen. Je mehr Menschen sich an dieser Sammlung beteiligen, desto besser werden auch die Möglichkeiten sein, die Bundesregierung zu zwingen, diese Spenden zu verdoppeln und endlich die legitime Regierung des Demokratischen Kampuchea praktisch anzuerkennen und zu unterstützen.

SPENDE AUF DAS KONTO: P.S.K. 1.319.824

METALL - KV: WIR FORDERN 9%, MINDESTENS 900.-



Die heurige Lohnrunde ist bisher für die Arbeiter sehr schlecht gelaufen. Bruttolohnerhöhungen zwischen 4,6 und 5,9 Prozent waren bisher das Ergebnis, was bedeutet, daß die Nettoergebnisse mit 3 bis 4 Prozent etwa nur die Hälfte der bisher erreichten Inflationsrate ausmachen!

Nun stehen die Verhandlungen bei den wichtigsten Gruppen der Lohnabhängigen bevor: bei den Metallarbeitern, den Industrieangestellten und bei den öffentlich Bediensteten.

Notwendig wären – was den Lohn betrifft – solche Forderungen, die erstens zumindest den Reallohnabbau durch die Inflation im letzten Jahr abgelten. Das bedeutet einen Abschluß von mindestens 9 Prozent.

Weiters müßten die unteren Lohngruppen nachgezogen werden. Die Gewerkschaften haben es in den letzten Jahren zugelassen, daß die Kapitalisten die Lohn- oder Gehaltsstruktur in den einzelnen Branchen enorm aufsplitterten.

Lohnforderungen müssen auch so gestellt werden, daß die Lohnstruktur vereinheitlicht wird und die Unterschiede zwischen den verschiedenen Arbeitergruppen verringert werden. Bei den Metallarbeitern z.B. ist es dazu notwendig, die 9-Prozent-Forderung mit der Forderung nach einem Mindestbetrag von 900,- Schilling zu verbinden.

Lesen sie dazu unsere Beiträge auf den Seiten 6 und 9

Puch: Schicht muss weg !

Hektisch produziert wird derzeit bei Puch/Graz. Zweite und dritte Schichten werden eingeführt, an Samstagen müssen zwangsweise Sonderschichten eingelegt werden, Überstunden gibt es jede Menge. Die Arbeiter fühlen sich stark an die Zustände in den Jahren 1975 und 1978 erinnert, wo auf Phasen äußerster Anspannung dann der Krach folgte, die Produktion eingeschränkt wurde und Arbeiter entlassen wurden.

Die Entwicklung bei Puch in den letzten Jahren ist ein Lehrbeispiel dafür, wie das Kapital – unfähig zu gleichmäßiger, planmäßiger Entwicklung – ständig Arbeiter anzieht, sie wieder in die industrielle Reservearmee stößt, und dabei ständig bestrebt ist, die Ausbeutung zu steigern

Seite 3

Ernste Lage im Nahen Osten: KEIN FRIEDEN OHNE DIE PLO

Ernst entwickelt sich gegenwärtig die Lage im Nahen Osten. Die "Nahost-Mission" der EG ist bereits gescheitert, bevor sie überhaupt begonnen hat. Verantwortlich dafür ist vor allem der imperialistische Charakter der EG-Länder, der auch die Grundlage dafür geboten hat, daß sich der Druck der USA gegen eine eventuelle Anerkennung der PLO durch die Neunergemeinschaft so auswirken konnte.

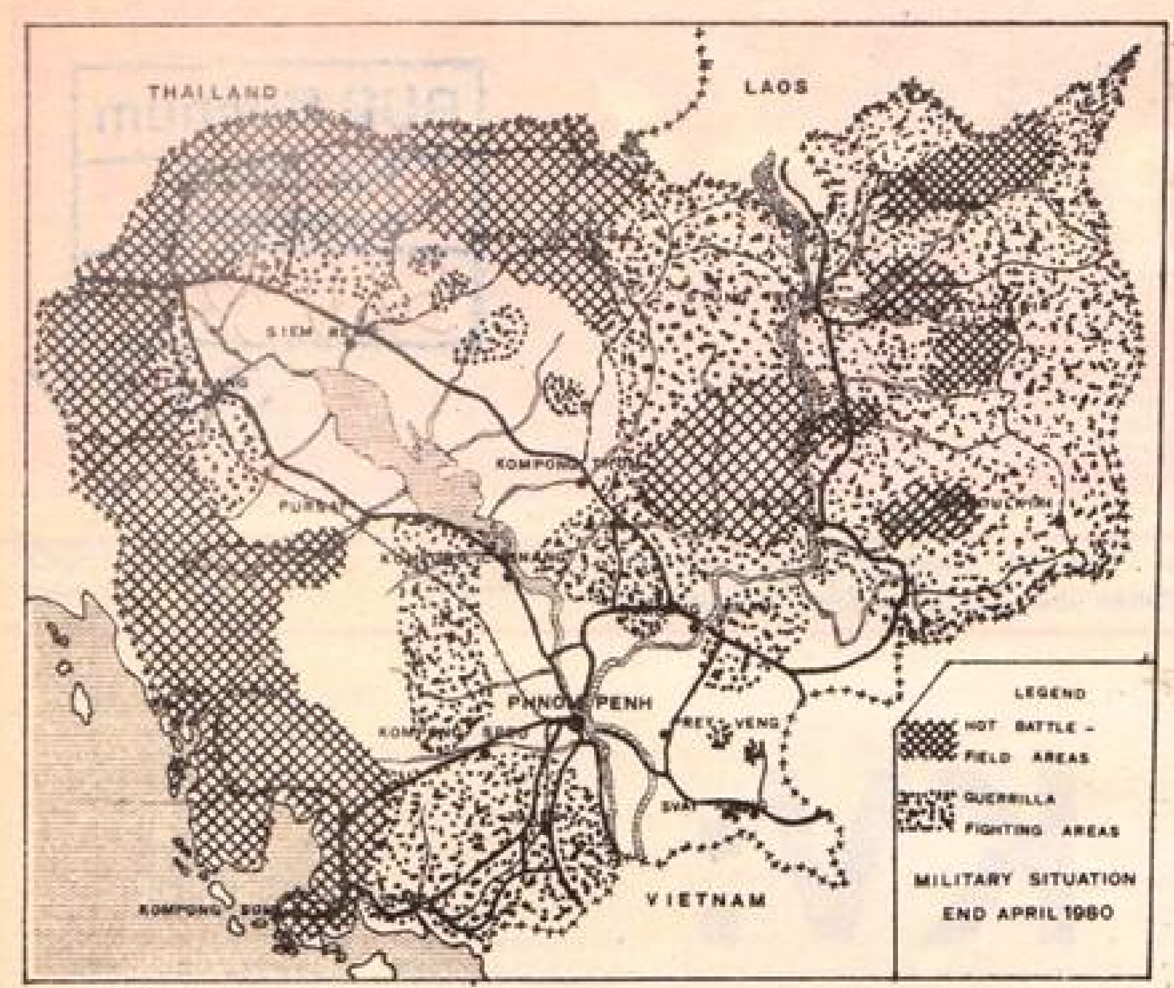
Ebenfalls als endgültig gescheitert betrachten kann man die Camp-David-Abkommen. Während Ägypten Zugeständnis umd Zugeständnis an die zionistischen Landräuber machte, sind diese immer frecher geworden und haben den Terror gegen die Palästinenser sowohl in den von ihnen kontrollierten Gebieten als auch im Libanon verschärft.

Während der zur Zeit von Camp David gestiegene Einfluß der USA langsam abbröckelt, wächst der Einfluß der Sowjetunion.

Die sowjetischen Sozialimperialisten, die alles Interesse an großer Unruhe im Nahen Osten haben, sehen die Entwicklung mit Wohlgefallen und tun das ihre dazu.

In dieser Situation zeigt sich klarer als je, daß ein wirklicher Friede im Nahen Osten nur zu erreichen ist durch die uneingeschränkte Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Palästinenser. So sehr die westlichen Imperialisten – sowohl die Neugemeinschaft, als auch Länder wie Österreich – die selbst im Widerspruch zu den Supermächten stehen, heute in der Nahostpolitik hin- und hergerissen werden, so falsch wäre es doch zu erwarten, daß von ihnen positive Schritte zu einer gerechten Nahostlösung ausgehen könnten.

Seite 10



Ein falsches Bild entstand in unserer Vornummer leider über die militärische Lage in Kampuchea. Durch ein technisches Versagen sagt die Karte genau das Gegenteil dessen aus, was sie eigentlich sollte. Bei dieser Karte waren sowohl die Gebiete, in denen es schwere Kämpfe gibt, als auch die Gebiete ständigen Guerillakampfs durch verschiedene Raster gekennzeichnet, was im Druckbild leider nicht mehr sichtbar war, sodaß das nichtumkämpfte Gebiet fünfmal so groß erschien, als es in Wirklichkeit ist. Hier die verbesserte Karte.

KAMPUCHEA-SPENDENSAMMLUNG: STAND: 16. JUNI 1980

Aus Wien:	34.887,19
Aus Graz:	23.798,40
Aus Salzburg:	8.549,60
Aus Klagenfurt/ Celovec	1.659,—
Gesamt:	68.849,19

IHRE SPENDE AUF DAS KONTO: P. S. K. 1.391.824

KAMPUCHEA: DEN FEIND ZERMÜRBEN!

Die 7 Monate lange Trockenzeit ab Oktober wurde Anfang Mai durch die beginnende Regenzeit abgelöst und im Juni setzen die Monsunregen in voller Stärke ein. Den Vietnamesen wird nun ihre zahlenmäßige und materielle Überlegenheit noch weniger nutzen gegen den Volkskrieg des Demokratischen Kampuchea.

Die abgebildete Karte wurde von der Regierung des Demokratischen Kampuchea herausgegeben und umreißt grob die unter ihrer Kontrolle stehenden Gebiete (schraffiert) und die zur Zeit unter Kontrolle der vietnamesischen Besatzer stehenden Gebiete (weiß). Punktiert sind die Guerilla-Zonen eingetragen, in denen Doppelherrschaft besteht. Auch in den schraffierten Gebieten gibt es Stützpunkte des vietnamesischen Feindes,-Städte, in denen er sich verschanzt und Straßen, die er sich freihält. Auf der anderen Seite gibt es in den "weißen" Gebieten der Vietnamesen Partisanentätigkeit und andere Formen des Widerstands. Die Zonen der Regierung des Demokratischen Kampuchea umfassen 1,3 Millionen Kampucheaner, die Zonen der Vietnamesen 1 Million, die restlichen ca. 3 Millionen leben in den Guerilla-Zonen.

Die Vietnamesen müssen jetzt ihre Stellungen zu halten versuchen, während sie die vergangene Trockenzeitperiode damit begonnen hatten, die Kräfte des Demokratischen Kampuchea durch Ausrottungsfeldzüge zu vernichten. Es ist auch der Operationsraum des Demokratischen Kampuchea erweitert worden. In den Guerilla-Zonen können sich die Kämpfer frei zwischen den feindlichen Stellungen bewegen. Verbindungen zwischen allen befreiten Gebieten wurden hergestellt. Und "aus guter Quelle weiß man, daß die Roten Khmer ihr Funk-Kommunikationssystem verbessert haben" (Le monde, 30.5.).

Die Besatzertruppen müssen sich zum guten Teil aus den internationalen Hilfslieferungen ernähren. Ein Offizier, der 15 Jahre in der vietnamesischen Armee diente, aber heuer desertierte, gab an, daß die Rationen seiner Leute zu zwei Drittel aus internationalen Hilfslieferungen und zu einem Drittel aus der Sowjetunion komme (Le monde, 29.4.). Während sie vorher behauptet hatten, in Kampuchea würde niemand hungern, stellten die vietnamesischen Marionetten mittlerweile unverblümt Forderungen für die Ernährung und den Reisanbau von 6 Millionen. Auf die Frage des Reporters der französischen Zeitung "Le monde", wie es käme, daß die Vietnamesen zwar behaupten, Pol Pot habe die Bevölkerung um 3 Millionen auf 5 Millionen dezimiert, wird ihm in Phom Penh geantwortet, "1979 gab es 1 Million Geburten" (Le monde, 27.5.). Im kaltschnäuzigen Lügen sind die vietnamesischen Besatzer, die selber über 2 Millionen Kampucheaner durch konventionelle Waffen, Giftgas und vor allem Lebensmittelvernichtung umgebracht haben, Meister.

Enorme Schwierigkeiten, die eigenen Soldaten weiter in den aussichtslosen Eroberungskrieg zu treiben, die Aussichtslosigkeit weiterer Ausrottungsfeldzüge, enorme wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten im eigenen Lande bilden zusammen trübe Aussichten für die Hanoier Militärmachthaber, die noch trüber sind angesichts der beginnenden Regenzeit, in der der Guerillakrieg des Demokratischen Kampuchea noch besser entfaltet werden kann. "Von nun an kann sich die militärische Situation Vietnams nur noch verschlechtern - und das ist in der Tat unumkehrbar -, während sich unsere Situation auf allen Gebieten verbessert. Wir planen keine Großoffensive in der kommenden Regenzeit. Aber wir werden einen Zermürbungskrieg führen und setzen und das Ziel, 50.000 feindliche Soldaten außer Gefecht zu setzen", hat, Khieu Samphan erklärt. Vor einem Jahr, zu Beginn der Regenzeit 1979, war es noch das Ziel gewesen, 20.000 der Feinde außer Gefecht zu setzen und es wurden dann tatsächlich 30.000 ausgeschaltet. Die Taktik seitens des Demokratischen Kampuchea in der abgelaufenen Periode des Guerillakrieges war "totlaufenlassen, aufreiben und festnageln" und wird jetzt darin bestehen, den festgenagelten Feind zu zermürben. Der Krieg wird noch lange dauern.

"Es wird ebenso schwierig sein, Vietnam aus Kampuchea hinauszudrängen wie die Sowjets aus Afghanistan", sagte Khieu Samphan.

DIPLOMATISCHE ENTLASTUNGS-OFFENSIVE VIETNAMS

In dieser Situation weicht Vietnam auf eine Entlastungsoffensive in den internationalen Beziehungen aus. Verstärkte Nahrungsmittellieferungen internationaler Organisationen werden angestrebt. Reporter bürgerlicher Zeitungen aus den imperialistischen Ländern des Westens werden eingeladen und absolvieren ein Besuchsprogramm bei den Besatzern, um hinterher zu schreiben, welcher "Zynismus" wohl dahinter steckt, daß die UNO nicht die Tatsachen anerkenne und immer noch das "gestürzte Pol Pot-Regime" anerkenne. Eine wichtige Rolle bei den Manövern zur Anerkennung des Marionettenregimes in Phom Penh spielt Indien. Indira Ghandi hatte in ihrem Wahlprogramm die Anerkennung des Marionettenregimes angekündigt, und gegenwärtig will das indische Außenministerium diese Frage prüfen. Vietnam hat für Ende 1980/Anfang 1981 Wahlen in Kampuchea angekündigt und der neue Außeniminister Nguyen Co Thach hat in Malaysia erklärt, Beobachter aus Laos, Indonesien und Malaysia würden zugelassen. Das Hauptinteresse konzentriert sich auf Thailand, das in gewisser Beziehung Hinterland des kampucheanischen Freiheitskampfes ist. Sowjetische Vertreter erklärten in Hanoi gegenüber japanischen Diplomaten, ein Rückzug Vietnams bis an den Menkong sei möglich, wenn Thailand bereit sei, "chinesische Waffenlieferungen an Pol Pot" zu unterbinden. Geschickt offerieren die großen und kleinen Hegemonisten mit der Peitsche der unmittelbaren Bedrohung und möglichen Einfällen in Thailand, mit dem Zuckerbrot eines Rückzugs vom Grenzgebiet - alles nur im Bestreben, einen Weg zur Schwächung des Demokratischen Kampuchea zu finden. Beim Konzert der vietnamesischen und sowjetischen Versprechungen und Drohungen darf Cuba nicht fehlen, das über Diplomaten erklärt hat, gegen den Preis einer Anerkennung des Marionettenregimes sei Vietnam bereit, dieses Regime auf eine "breitere Basis" zu stellen.

Die ASEAN (Vereinigung von Indonesien, Malaysien, Phillipinen Singapur und Thailand) haben hingegen auf der UNO-Hilfskonferenz für das kampucheanische Volk, die auf ihre Initiative hin vom 26. bis 28. Mai in Genf durchgeführt wurde und die vom Demokratischen Kampuchea voll unterstützt, von Vietnam und der Sowjetunion hingegen boykottiert wurde, erneut ihren einheitlichen Standpunkt bekräftigt: Abzug aller vietnamesischen Truppen aus Kampuchea und Durchführung allgemeiner und freier Wahlen in Kampuchea. Dieser Standpunkt entspricht den Forderungen der Regierung des Demokratischen Kampuchea und der Resolution der UNO vom November 1979. Hingegen hat der Vertreter der USA, W.Christopher, auf der Konferenz an die Sowjetunion appelliert, doch mehr Hubschrauber oder Flugzeuge einzusetzen, um die entlegenen Gebiete Kampuchea mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Großbritannien, das Anfang 1980 die diplomatischen Beziehungen mit dem Demokratischen Kampuchea abgebrochen hat, hat jetzt erklärt die Entsendung einer UN-Friedenstruppe zu unterstützen, wenn die Zeit reif sei für Verhandlungen mit Vietnam. Dies sei solange nicht der Fall, solange es keine Anzeichen für einen vietnamesischen Rückzug gebe und solange die "einzige Alternative ein neues Pol Pot-Regime" sei. Ersteres könnten die Vietnamesen - ob gewollt oder ungewollt -, unschwer in Szene setzen. Anzeichen für zweiteres gibt es aber auch schon. Wie "Le monde" am 28.4. berichtete, ist eine solche "Dritte Kraft" neben der rechtmäßigen Regierung und den vietnamesischen Aggressoren bereits im Entstehen begriffen in Form einer beabsichtigten Regierungsbildung einer "Nationalen Befreiungsfront des kampucheanischen Volkes", die auf den sofortigen Abzug der Vietnamesen verzichten könnte und sich mit einem "garantierten Evakuierungskalender" der Vietnamesen zufrieden geben würde. Hinter dieser Front stehen nicht viele und die, die hinter ihr stehen, stehen nicht in Kampuchea selber. Für die westlichen Imperialisten könnte sie aber trotzdem ein Hoffnungsschimmer gegen das "kollektivistische Pol Pot-Regime" sein und ein Hebel ihrer Einmischungsversuche. Weshalb auch solche Kräfte, auch wenn sie vorgeben, gegen die Vietnamesen zu sein, höchst gefährlich sind.

"Durch die Ausnutzung des dritten Weges versuchen die Vietnamesen, die patriotischen Kräfte zu zersplittern, die nationale Einheit zu zerstören und das Volk zu entwaffnen. Sie wenden sich an Sihanouk und Sohn Senn, um sie dazu zu kriegen, die Roten Khmer zu bekämpfen, die den wirklich starken Widerstand repräsentieren. Die Lage Vietnams verschlechtert sich unaufhaltsam. Deshalb wünscht Vietnam einen Dritten Weg, aber das bedeutet nicht, daß es seine Pläne aufgegeben hat, unser Land zu annektieren. Sie wollen nur den Widerstand der Roten Khmer brechen".

Die Patriotische Front der Großen Nationalen Einheit Kampucheas hat die Volkskräfte im In- und Ausland weiter wirkungsvoll zusammengeschlossen. Hauptlehrmeister sind die Vietnamesen selber. "Es kann gesagt werden, daß jede kampucheanische Familie von den vietnamesischen Aggressoren grausam geschädigt worden ist und von ihnen keinen Vorteil bekommen hat. Im Ergebnis haben sich die schwankenden gewandelt und die Regierung des Demokratischen Kampuchea unterstützt, und die Beziehungen zwischen Armee und Bevölkerung sind enger geworden", erklärte Khieu Samphan. Im März berichtete der Radiosender des Demokratischen Kampuchea, daß ein ehemaliger Offizier Lon Nols und einer der Khmer Serei sich mit einem Bataillon der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea abgeschlossen und alle ehemaligen Offiziere der Khmer Serei aufgerufen haben, den Kampf gegen die vietnamesischen Aggressoren zu unterstützen. Kampucheanische Intellektuelle im thailändischen Flüchtlingslager Khao I Dai haben einen Aufruf veröffentlicht: "Wir meinen, daß das Flüchtlingsproblem nur gelöst werden kann, wenn die vietnamesische Aggressionsarmee sich vollständig aus Kampuchea zurückgezogen hat". Und die Föderation der nationalistischen Khmer Frankreichs rief in einer Erklärung zum Kampf gegen die vietnamesischen Aggressoren und das von ihnen eingesetzte Regime in Phnom Penh auf. (Bis zu dieser Erklärung war Sihanouk der Präsident dieser Vereinigung gewesen; Sihanouk will auch in ein von den Vietnamsen besetztes Phnom Penh zurückkehren und mit den Besatzern zusammen arbeiten).

Die Erfolge in der Erweiterung der Einheitsfront wie auch die Sicherung der internationalen Unterstützung des Demokratischen Kampuchea trotz kräftiger sowjetisch-vietnamesischer Gegenwehr basierten auf den Erfolgen der auf den Schlachtfeldern vollbrachten Heldentaten der kampucheanischen Volksmassen unter Führung der Regierung des Demokratischen Kampuchea.(b.o.)

Argumente aus Betriebszeitungen des KB

Am meisten wurde bisher unter den Semperit-Arbeitern gesammelt. Es sind bereits 1.218,60 Schilling beisammen. Auch bei der Wertheim beteiligten sich mehr Kollegen an der Sammlung. Insofern ein Fortschritt. Es zeigt, daß die Bedeutung des Befreiungskampfes in Kampuchea zunehmend erkannt wird. Aber auch durch diese Fortschritte soll man sich nicht die Augen blenden lassen. Unter den Arbeitern taucht immer wieder die Frage auf, was eigentlich die Unterstützung des Befreiungskampfes mit den Interessen zu tun hat und man trifft immer wieder auf das Argument, daß "uns ja auch niemand hilft".

In einem Artikel, der in allen Betriebszeitungen des KB letzte Woche abgedruckt wurde, wird auf dieses Argument geantwortet.

"Das Volk von Kampuchea kämpft mit der Waffe in der Hand, um Herr im eigenen Land zu werden.

Schon im 19.Jahrhundert hatten die französischen Kolonialisten Teile des Landes unterworfen und dort Kautschuk-Plantagen angelegt, um ihre Industrie mit billigen Rohstoffen zu versorgen. Nach dem Ende des 2. Weltkriegs sind die US-Imperialisten an ihre Stelle getreten. In einem fünf Jahre dauernden Befreiungskampf von 1970 bis 1975 besiegte sie das kampucheanische Volk. Den Imperialisten aller Länder war es nie genug, sich an der Ausbeutung der Arbeiter im eigenen Land zu bereichern. Die Jagd nach Profit drängt sie in alle Erdteile und die jeweils stärkste Macht unter ihnen erobert die meisten Gebiete.

Sowohl die Völker der Dritten Welt als auch die Arbeiterbewegung in den "Heimatländern" des Imperialismus kämpfen gegen dasselbe Ausbeutersystem. Jeder Schlag, den die Völker der Dritten Welt heute den Imperialisten versetzen, nützt auch der Arbeiterklasse, weil es ihre Ausbeuter schwächt. Der Kampf Kampucheas hat heute eine besondere Bedeutung: Er richtet sich direkt gegen die gefährlichste imperialistische Supermacht, gegen die Sowjetunion. Gestützt auf die Ausbeutung und faschistische Unterdrückung der Arbeiter der Sowjetunion wollen die neuen Zaren heute die Weltherrschaft erobern. Die Besetzung Kampucheas ist dazu ein Schritt, ebenso wie die Verwandlung Vietnams und der "Ostblockstaaten" in Kolonien, ebenso wie der Einfall in Afghanistan. Unweigerlich treibt das Weltherrschaftsstreben der Sowjetunion auf einen neuen Weltkrieg zu, weil die zweite Supermacht, die USA, nicht freiwillig auf ihre Macht verzichten wird. Indem das Volk von Kampuchea heute der Aggression der Sowjetunion entgegentritt, erschwert es die Kriegsvorbereitungen der neuen Zaren in Südostasien und leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Weltfrieden."

Agitation in Salzburg

Bei der [illegible]GJ-Demonstration und der Veranstaltung am Abend sammelten 2 Genossen der Salzburger Ortsgruppe unter den Lehrlingen viele kleine Beträge in der Höhe zwischen Schilling 5.- und 25.- zur Unterstützung Kampucheas, insgesamt S 700,-.
Vor der Lehener Berufsschule in Salzburg wurden S 40,- gesammelt.

Die 7 Betriebsräte und Ersatzbetriebsräte der Verlagsbuchhandlung Andreas/Salzburg, die eine Resolution mit detaillierten Forderungen zur Unterstützung der Freiheitskämpfe in Kampuchea und Afghanistan an das österreichische Außenministerium geschickt hatten, bekamen vom Gesandten Rudolfsky ein Antwortschreiben. Es umfaßt 7 Sätze. Österreich hat immer für die "die Anwendung von Gewalt verurteilenden Resolutionen gestimmt", ist die Antowrt auf die Forderung, in der UNO und anderen internationalen Gremien für den Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea und der sowjetischen aus Afghanistan einzutreten. "Dem Aufruf der internationalen Staatengemeinschaft folgend hat sich Österreich an den Hilfsaktionen für das Volk von Kampuchea beteiligt", auf die Forderung nach Verdoppelung aller Spendensammlungen für das kampucheanische Volk. Drei der sieben Sätze sind dem Olympischen Komitee gewidmet, "das bekanntlich in seinen Entscheidungen von der Bundesregierung völlig unabhängig ist." Keine Antwort gibt es auf die Forderung, sich jeglicher Unterstützung Vietnams zu enthalten und keine Antworten auf die Forderungen, die Regierung des Demokratischen Kampuchea endlich anzuerkennen und die Beziehungen mit dem Regime von sowjetischen Gnaden in Kabul abzubrechen.

Puch: SCHÖPFEN BIS ZUM UMFALLEN...

In den letzten Monaten wird bei Puch auf Hochtouren gearbeitet. Die Puch-Kapitalisten verlängern den Arbeitstag, indem sie in sämtliche n Produktionsabteilungen die Schichtarbeit ausdehnen: Am Fahrrad-Montageband wird seit Monaten wieder zweischichtig gearbeitet. Seit der "Fahrradkrise" 1975 wurde - abgesehen von einigen kurzen Unterbrechungen - nur einschichtig gearbeitet.

In der Zahnradproduktion in Halle 3, wo hauptsächlich Frauen beschäftigt sind, wird in "normalen Zeiten" zweischichtig gearbeitet, eine Arbeiterin hat dabei bis zu fünf Zahnradstoßmaschinen zu bedienen. Jetzt arbeitet diese Abteilung durchgehend in drei Schichten, ebenso die Gießerei und die Galvanik - und das im Akkord!

Die "Krönung" der Ausbeutungssteigerung aber sind die Samstag-Sonderschichten: Bereits an vier Samstagen wurde zwangsweise gearbeitet, und zwar zweischichtig, an einem Samstag einschichtig. Weitere Zwangssonderschichten am Samstag plant die Firmenleitung, traut sich aber wegen der wachsenden Unzufriedneheit der Arbeiter nicht, ihre Pläne jetzt bekanntzugeben.

Zusätzlich zur Ausdehnung der Schichtarbeit nimmt die Arbeitshetze zu, die Akkord-Stückzahlen werden hinaufgeschraubt und die Fließbänder laufen schneller:

800 Maxi-Mopeds verlassen pro Tag (bei zwei Schichten) derzeit das Montageband. Vor zwei Jahren waren es noch 620.

Weitere 700 Kleinkrafträder werden täglich in mörderischem Tempo montiert.

Am Fahrrad-Montageband geht es ähnlich zu: Während z.B. Anfang 1979 "nur" ca. 400 bis 500 Fahrräder pro Tag (bei einer Schicht) montiert wurden, werden jetzt in zwei Schichten über 1.100 Fahrräder ausgestoßen. Das ist eine Steigerung von rund 20 Prozent je Schicht.

In der H2-Geländewagen-Montage wurde der Tagesausstoß ebenfalls gesteigert. Im Juni 1979 plante die Firmenleitung eine Jahresproduktion von 10.000 Stück. Jetzt beträgt der Ausstoß - aufs Jahr umgerechnet - bereits 11.000 Stück. Das bedeutet eine Steigerung von 10 Prozent! Und es ist bei Puch kein Geheimnis, daß "so wie wir jetzt ausgestattet sind, eine Jahresproduktion von 12.000 Stück möglich ist" (so der geschäftsführende Direktor der Geländewagen Ges.m.b.H. Eckhardt im Herbst 1979). In deutlicher Anspielung auf einen möglichen Dreischichtbetrieb meinte der Herr in einem Interview mit dem "Stern" bereits im Juni 1979, daß es möglich sei "die Produktion auf 30.000 Stück pro Jahr zu steigern"!

Noch eine kleine Aufbesserung des Geschäfts verschafft sich die Firma offenbar: 400 "überzählige" alte Pinzgauer-Geländewagen, die seit dem durch die Lütgendorf-Affäre 1977 geplatzten Syriengeschäft auf dem Puch-Areal dahinrosteten, werden jetzt umlackiert. Sie sollen an ein arabisches Land (soviel durchgesickert ist, an Saudiarabien) verkauft werden. Man kann annehmen, daß die jahrelang im Freien verrosteten Pinzgauer diesem arabischen Land als neuwertige Fahrzeuge angedreht wurden, als Kreisky und dann Androsch im heurigen Frühjahr einige arabische und asiatische Länder nach Absatzmärkten abgrasten.

UNRUHE IN DER BELEGSCHAFT

Stellvertretend für viele Kolleginnen und Kollegen drückte ein junger Arbeiter die Empörung der Belegschaft so aus: "Heute schöpfen bis zum Umfallen, spätestens im Herbst kommt der Krach und du fliegst wieder auf die Straße!"

Wie berechtigt diese "Ahnung" ist, zeigt die Entwicklung der Belegschaft in den letzten fünfzehn Jahren (siehe Grafik).

Heute sind in Thondorf über 5.000 Arbeiter beschäftigt. Die SP rühmt diese Zahl als Beschäftigungsrekord, doch so neu ist sie gar nicht. Schon im März 1975 waren 4887 Arbeiter bei Puch beschäftigt. Innerhalb eines halben Jahres ging damals ihre Zahl auf 3.742 zurück. Die Anzeichen, die eine ähnliche Situation wie 1975 oder 1978 ankündigen, mehren sich in der letzten Zeit auffallend und nicht zuletzt die derzeitige Ausdehnung der Schicht- und Überstundenarbeit ist ein solches Anzeichen.

MARKTLAGE VERSCHLECHTERT

Dem H2 billigen die Geländefahrzeugexperten lange nicht mehr solche Marktchancen zu, wie im Februar vergangenen Jahres. Damals war der H2 noch der Geländewagen auf dem Markt. Bei den letzten Vergleichstests im März dieses Jahres wurden "krasse Mängel in Ausführung und Verarbeitung der Details und vor allem der hohe Preis" gerügt.

1977 erwarteten die Puch-Kapitalisten noch wenig Konkurrenz: "Die Hauptkonkurrenten werden sein: die amerikanischen Firmen Jeep und Ford, sowie die englische Firma Rover", schrieben sie damals in ihren Geschäftsbericht.

Doch wenn wo hohe Profite zu machen sind, bleibt ein Kapitalist nie allein. Die japanischen Automobilkapitalisten werfen neue Typen auf den Markt (Suzuki, Daihatsu, Toyota, Datsun...), die "traditionellen" amerikanischen Jeeps wurden neu aufgelegt und werden in unzähligen Variationen angeboten. Chevrolet, Ford, Dodge und andere amerikanische Produkte decken die Klasse der größeren und komfortableren Geländewagen ab. Nicht zu vergessen sind der derzeit billigste Gelände-PKW "Lada-Taiga" und der vor allem für die Militärs "interessante" VW-"Iltis", den die westdeutsche Bundeswehr erprobt und bereits einsetzt.

FAHRRÄDER UND MOPEDS UNSICHER

In der Öffentlichkeit prahlen die Puch Kapitalisten mit ihrem hohen Absatz bei Fahrrädern und Mopeds. Heute werden doppelt soviele Fahrräder produziert wie vor einem Jahr, und das soll bis März so weitergehen. Doch bei der Umstrukturierung des Werks 1974 planten die Puch-Herren einen Tagesausstoß, der viermal so hoch sein solltewie der jetzige.

Anfang 1975 hieß es: "Der Fahrradboom in Amerika ist unsere Chance auf lange Zeit".

Knapp drei Monate später blieb Puch auf 100.000 Fahrrädern sitzen, und 1100 Arbeiter und Arbeiterinnen flogen auf die Straße.

Ähnliches spielt sich heute bei den Mopeds ab: Lieferverträge im Wert von 12 Millionen Schilling der amerikanischen Puch-Tochter wurden als großer Verkaufserfolg hinausposaunt. Doch die große Hoffnung richtet sich auf einen Lizenzvertrag mit dem größten Amerikanischen Fahrrad- und Mopederzeuger Murray Ohio. Auf Grund dieses Vertrags sollten Motoren für die in Tennessee erzeugten Mopeds geliefert werden.

Murray ist nun allerdings derselbe Konzern, der 1975 den Auftrag über die 100.000 Fahrräder kurzfristig stornierte, was das "auslösende Moment" der "Fahrradkrise 1975" war. Schon damals hatten die Puch-Chefs gehofft, einen Lizenzvertrag abschließen zu können...

WARUM SCHICHTARBEIT

Allein die Investitionen für die Gelände-PKW-Produktion wurden 1978 mit 810 Millionen Schilling beziffert. Die Puchkapitalisten messen ihren Gewinn natürlich an der riesigen Kapitalmenge, die sie investiert haben, und erwarten sich eine entsprechend hohe Profitrate. Führen sie eine zweite Schicht ein, müssen doppelt soviele Arbeiter für sie Mehrwert schaffen, sie brauchen aber keineswegs doppelt soviel investieren. Sie müssen Kapital für die doppelte Menge an Rohstoffen etc. und an Lohngeldern vorschießen, doch das "fixe Kapital", die Fertigungsanlagen etc., bleibt gleich.

Nicht nur der Profit steigt, sondern auch das Verhältnis vom Profit zum vorgeschossenen Kapital, die Profitrate, verbessert sich. Das drängt die Kapitalisten zur Ausdehnung der Schichtarbeit, egal, ob nun Hochkonjunktur herrscht, oder der nächste Krach bereits hereinbricht.

Auch als 1975 1.100 Arbeiter und 1978 280 Arbeiter gekündigt wurden, blieb sowohl Zweischichtbetrieb als auch Überstundenschinderei für die übrigen Arbeiter.

Nicht nur an der Erhöhung der Profitrate, sondern natürlich auch an der absoluten Größe, an der Profitmasse sind die Puch-Kapitalisten interessiert. Der künftige Konkurrenzkampf wird womöglich noch härter werden als der bisherige. Ihn können sie nur durchstehen, wenn sie genügend Kapital für weitere Investitionen, für Rationalisierungen und für neue Produktionen zusammenraffen können.

Außerdem kostet das tägliche "Anfahren" z.B. in der Galvanik oder in der Gießerei Geld. Beim kontinuierlichen Dreischichtbetrieb, wo nur am Wochenende abgeschaltet wird, kann weitaus sparsamer gearbeitet werden.

Ein ganz wesentlicher Grund ist noch der, daß aufgrund des scharfen Konkurrenzkampfes sowohl auf dem Geländefahrzeug- wie auf dem Fahrradsektor ständig Neuentwicklungen kommen und die Anlagen sehr rasch überholt sind. Also müssen sie sich sehr rasch rentiert haben.

Überstunden und Samstagarbeit ermöglichen ihnen schließlich, "flexibel" auf die Marktlage zu reagieren und die Produktion steigern oder senken zu können, ohne zusätzliche Arbeitskräfte einstellen und anlernen (was Geld kostet) und dann wieder entlassen zu müssen (was schlecht aussieht).

Weder kann die Tatsache, daß jetzt auf Hochdruck gearbeitet wird, die Puch-Arbeiter über die "Sicherheit ihrer Arbeitsplätze" beruhigen, noch wird man den Kapitalisten die Schicht- und Überstundenarbeit mit "vernünftigen Gründen" ausreden können. Das wird nur durch den Kampf der Belegschaft möglich sein.

Heute geht es darum:
WEG MIT DEM ZWANG ZUR ÜBERSTUNDEN- UND SCHICHTARBEIT!
WEG MIT DEN SONDERSCHICHTEN AM SAMSTAG!
WEG MIT DER NACHTSCHICHT!

Darüberhinaus wird die Akkordarbeit bei den Puch-Arbeitern immer verhaßter. In der letzten Zeit sind die Stückzahlen enorm hinaufgesetzt worden, und bei der Nachtarbeit, die immer mehr wird, wirkt sich der Akkord besonders ruinös aus. Umso notwendiger werden daher die Forderungen:
KEINE WEITEREN STÜCKZAHLERHÖHUNGEN AN DEN BÄNDERN UND IM EINZELAKKORD!
VERBOT DES AKKORDS BEI NACHTARBEIT!

STEIGERUNG DER AUSBEUTUNG

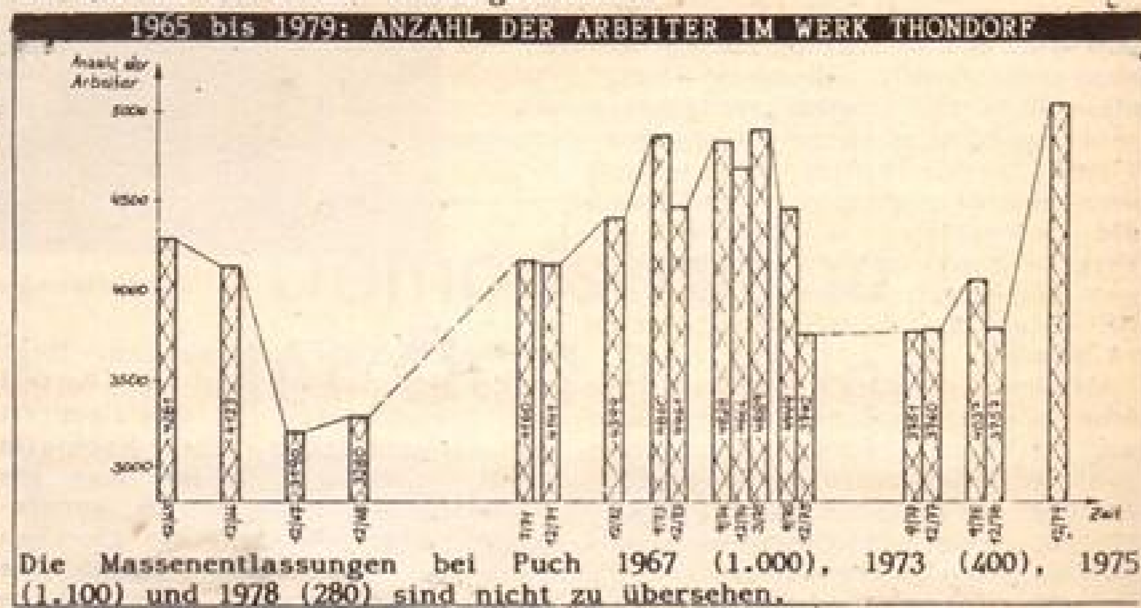
Seit 1972 ist der Umsatz (aus eigener Produktion, also ohne Handelsgeschäfte) pro Beschäftigten um 132 Prozent gestiegen! Diese Steigerung der Ausbeutung war einerseits die Folge der großen Umstrukturierung des Werkes, die 1975 mit den 1.100 Entlassungen abgeschlossen wurde. Andererseits wurde die Arbeitszeit im Durchschnitt - trotz gesetzlicher Arbeitszeitverkürzung 1975! - seit 1974 kontinuierlich ausgedehnt.

Durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der Fahrzeugindustrie	
1974:	36,2 Stunden
1975:	38,2 Stunden
1976:	39,9 Stunden
1977:	40,5 Stunden

Die Folgen zeigten sich dann 1976: Der Umsatz pro Beschäftigten stieg sprunghaft um 33,6% auf S 520.000,- an. Die Rationalisierung und die Entlassung von 280 Arbeitern und 50 Angestellten Ende 1978 brachten den Puch-Kapitalisten wieder eine kräftige Steigerung des Pro-Kopf-Umsatzes um fast 20%. Die Zahl von 10 Prozent für 1979 wird relativiert durch die Angaben von Generaldirektor Malzacher, der auf der Bilanzpressekonferenz von der überdurchschnittlichen Steigerung des Umsatzes bei Fahrrädern und Geländefahrzeugen um 35 Prozent sprach. (rw)



Maxi-Montage: In zwei Jahren wurde der Ausstoß pro Schicht um 29% auf 800 Stück hinaufgeschraubt.



Die Massenentlassungen bei Puch 1967 (1.000), 1973 (400), 1975 (1.100) und 1978 (280) sind nicht zu übersehen.

UMSATZ AUS EIGENER PRODUKTION PRO BESCHÄFTIGTEM 1972 BIS 1979

Jahr	Umsatz aus eigener Produktion (in Mio. S)	Beschäftigte im Jahresdurchschnitt	Umsatz pro Beschäftigtem (in S)	Steigerung gegenüber Vorjahr (in %)
1972	5.125	17.317	295.900	
1973	5.375	17.713	303.500	+ 2,5 %
1974	6.500	18.479	351.750	+16,0 %
1975	6.813	17.495	389.500	+10,7 %
1976	8.612	16.542	520.000	+33,6 %
1977	8.679	16.775	517.500	- 0,5 %
1978	10.420	16.767	621.500	+20,0 %
1979	11.800	17.179	687.000	+10,5 %

Weg mit dem Akkord!

Auf der Delegiertenkonferenz der Vertrauensmänner bei Puch im Mai 1977 forderten einige Teilnehmer vehement eine Reduzierung der Akkordarbeit bei Puch und im ganzen Konzern.

Vorangegangen war dieser Konferenz ein "Kraftakt" der Firmenleitung: Nach den großen Entlassungen 1975 (insgesamt 1.100 Arbeiter) wurde in den drauffolgenden Monaten die Produktion mit weniger Arbeitern wieder angekurbelt. Die Stückzahlen schnellten sowohl auf den Montagebändern, als auch im Einzelakkord in die Höhe, die Zahl der Arbeitsunfälle stieg an. Anfang 1977 war es nur mehr eine Frage der Zeit, daß der Unmut der Belegschaft über diese Schinderei offen zum Ausdruck kam. Die unbestimmte Forderung nach "Milderung" der Arbeitshetze in irgendeiner Form wurde bis zur Delegiertenkonferenz konkretisiert und die Forderung "Reduzierung der Akkordarbeit" aufgestellt. Einer der Vertrauensmänner, Kollege Eduard Sram, schrieb damals in der Mai-Nummer des "Glück auf":

"Als wichtigste Forderung für die kommenden drei Jahre sehe ich: die Kodifizierung des Arbeitsrechts - hier inbegriffen: die Angleichung der Arbeiter an die Angestellten, ... sowie die Abschaffung des Akkordarbeit zugunsten menschlicherer Arbeitsbedingungen an den Arbeitsplätzen. Dazu gehört auch die Lohnsicherung für ältere Dienstnehmer, die nicht mehr im Akkord arbeiten können und dadurch vor der Pensionierung im Lohn absinken würden. ..."

Die Forderung nach Abschaffung der Akkordarbeit bei vollem Lohnausgleich war damals die richtige Antwort auf die Angriffe von Seiten der Puch-Kapitalisten. Arbeiter-Betriebsratsobmann Hammerl jedoch "bog" die Forderung nach Abschaffung der Akkordarbeit ab und setzte "seine" Formulierung der Teilforderung durch: "Reduzierung der Akkordarbeit", war sein Motto, wobei nach der Delegiertenkonferenz niemand so recht wußte, was damit eigentlich gemeint war. Die Zelle Puch des KB hat damals in einem Flugblatt dazu bemerkt: "Die Forderung nach einer Reduzierung des Akkords (z.B. Senkung der Stückzahl an jedem Akkordarbeitsplatz) kann zweifelsohne ein Schritt sein, die Forderung nach völligem Verbot der Akkordarbeit durchzusetzen.

Wenn aber die Forderung aufgestellt wird im Hinblick auf die Abschaffung des Akkords nur auf einigen Arbeitsplätzen, wo sie durch lange Maschinenzeiten "für die Arbeiter nichts bringt", dann bedeutet die Forderung nach Reduzierung des Akkords für die Arbeiter eine große Gefahr; denn die Kapitalisten werden sie dazu ausnutzen, um nur dort den Akkord wegzuschaffen, wo es für sie keinen Schaden bringt ode sogar günstiger ist. Damit bezwecken sie nichts anderes, als in dieser Frage gut herauszusteigen und die Bewegung gegen die Akkordschinderei auseinanderzudividieren und niederzuhalten..."

Und so war es dann auch: Die Arbeitsplätze, an denen drauffolgend die Akkordarbeit abgeschafft wurde (und durch Prämienarbeit ersetzt wurde), konnte man an den Fingern einer Hand abzählen und es waren in der Regel nur solche Arbeitsplätze, wo durch lange Maschinenzeiten (die für jeden Arbeiter unbeeinflußbar sind) die Möglichkeit, die Arbeiter mittels Akkord verstärkt anzutreiben, bereits ziemlich eingeschränkt war.

Allein daran kann man sehen wie notwendig es gewesen wäre, den Standpunkt des Kollegen Sram konsequent zu verfechten und direkt auf die völlige Abschaffung des Akkords hinzuarbeiten; das gilt auch heute: Die drei Jahre, von denen Kollege Sram schrieb sind schon vorbei - ohne daß die Akkordarbeit weniger geworden wäre. Im Gegenteil ist es heute so, daß die Stückzahlen an den Montagebändern wie auch im Einzelakkord weiter hinaufgeschraubt werden und daß in manchen Abteilungen (z.B. in der Zahnradproduktion, Halle 3) zeitweise sogar nachts im Akkord gearbeitet wird. (rw, Zelle Puch/Graz)

ZIVILDIENST - ENDE DER LANDWEHR ?

Einen Sturm der Entrüstung hat unter österreichischen Militärs der Plan der Regierung ausgelöst, die Möglichkeit der straffreien Wehrdienstverweigerung nun auch auf die Reservisten des österreichischen Bundesheeres auszudehnen.

Nach dem geltenden Gesetz, ist es derzeit nur vor Antreten des Grundwehrdienstes möglich, den Wehrdienst nach dem Zivildienstgesetz zu verweigern. In diesem Fall hat der Wehrpflichtige vor einer Kommission zu erscheinen, diese von der Lauterkeit seiner "Gewissensgründe" zu "überzeugen" (was laut Statistik 3 von 10 nicht gelingt), und wird, falls erfolgreich, schließlich von der Wehrpflicht befreit. Die von derSPÖ nun geplante Novellierung des Zivildienstgesetzes sieht aber vor, daß ein Antrag auf Befreiung vom Wehrdienst aus "Gewissensgründen" nun auch für diejenigen möglich sein soll, die ihren Grundwehrdienst bereits hinter sich haben. Dies würde bedeuten, daß sich die verspäteten Zivildiener der Verpflichtung zu den Waffenübungen entledigen könnten, ohne dafür allerdings Ersatzdienst leisten zu müssen.

Armeekommandant Spanocchi hat eine solche Gesetzesänderung erst vor wenigen Tagen als "Anreiz zur Wehrdienstverweigerung" bezeichnet und davor gewarnt, daß es zu einem Zusammenbruch des "Milizsystems" führen müsse.

Nun, dies sind sicherlich nicht die Gründe, die die SPÖ mit ihrer Novelle verfolgt. Trotzdem zeigen die Auseinandersetzungen um die geplante Novellierung, daß es in derFrage des Zivildienstes weiterhin Differenzen im Lager der Bourgeoisie gibt, die ja bereits bei der Einführung des Zivildienstes bemerkbar waren. Die SPÖ-Regierung verweist darauf, daß der Anteil an Zivildienern an allen Wehrpflichtigen bisher die Größe von 2,5% nie überschritten hat und sie verweist darauf, daß durch die Möglichkeit des Zivildienstes erreicht worden sei, einen großen Teil "wehrunwilliger Unruhestifter" aus dem Bundesheer fernzuhalten. Daß darin auch tatsächlich ihre Motive liegen dürften, zeigt sich unter anderem schon darin, daß die Bedingungen für den Zivildienst **letzendlich alles andere als unattraktiv sind. Die Zivildiener unterliegen keiner Kasernierung, bekommen ein zwar geringes, jedoch im Vergleich zum Taggeld geradezu fürstliches Gehalt, können im Fall von Krankheit einen Arzt ihrer Wahl konsultieren und sind weitaus weniger Schikanen ausgesetzt, als die Präsenzdiener. Die 30% von der Zivildienstkommission abgewiesenen Wehrunwilligen zeigen zwar, daß sich der Staat die Entscheidung, wer dienen muß und wer nicht, natürlich vorbehält, die 70% erfolgreichen Antragsteller wiederum zeigen aber, daß er davon durchaus im Sinne des Zivildienstes Gebrauch gemacht. Es wird heute kaum mehr ernsthaft bestritten, daß es der SPÖ mit dem Zivildienstgesetz relativ erfolgreich gelungen ist, eine gewisse Art von Unruheherden im Bundesheer und unter der Jugend zu beseitigen, die es ja wirklich gegeben hat, und damit dem Heer zu nützen.**

Die Einrichtung des Zivildienstes dient derzeit also der vorzeitigen Ausscheidung besonders unbrauchbarer Jugendlicher aus dem Wehrdienst.

Daß dies so ist, liegt selbstverständlich an den gegenwärtigen Verhältnissen. Würden etwa plötzlich 20, 30 oder gar mehr Prozent der Wehrpflichtigen den Dienst verweigern, wäre die Sache bereits grundlegend anders. Zwar hätte der Staat über die Zivildienstkommission dann natürlich weiterhin die Möglichkeit, wie gegenwärtig, nur etwa 3.000 Antragstellern jährlich stattzugeben, doch die ganze Einrichtung des Zivildienstes würde dann aus einem Instrument der Beseitigung von Unruheherden selbst zu einem Unruheherd werden. In einer solchen Situation würde der Staat sicherlich keine legale Möglichkeit der Wehrdienstverweigerung, die im Prinzip jedermann offensteht, mehr erlauben. Heute ist es aber nicht so und die SPÖ geht jedenfalls nicht davon aus, daß sich das ändern wird.

Daß 97,5% der Wehrpflichtigen von der Möglichkeit des Zivildienstes nicht Gebrauch machen, liegt sicherlich daran, daß der Vorteil des Zivildienstes für den Großteil der Jugendlichen die Nachteile nicht überwiegt. So hat man als ehemaliger Zivildiener im Berufsleben sicherlich nicht die gleichen Chancen, wie andere, denn die Kapitalisten sehen Wehrunwillen nicht gern und sind außerdem unbedingt daran interessiert, daß ihre Arbeiter durch die "charakterbildende" Schule des Militärs gehen. Kritischer scheint die Angelegenheit allerdings nun durch die geplante Novellierung zu werden. Die Regierung hat - sonst hätte sie diesen Novellierungsvorschlag niemals gemacht - wohl Gründe zur Annahme, daß die Erweiterung des Gesetzes auf die Reservisten nicht dazu führen wird, daß der Anteil der dem Bundesheer so entgehenden Soldaten größer ist, als der jetzige. Und offenbar denkt sie, daß es sich bei den Reservisten, die von einer solchen Möglichkeit Gebrauch machen würden, ohnehin um ähnliche Fälle handelt, wie die, die - wenn sie noch Gelegenheit dazu haben - gar nicht erst den Grundwehrdienst leisten.

Dabei sind allerdings viele Offiziere und nicht zuletzt der Armeekommandant anderer Meinung.

Spannocchi geht davon aus, daß dieAnzahl der Reservisten stark zurückgehen würde, sollte der Gesetzentwurf der Regierung Wirklichkeit werden. Er hat sich dahingehend geäußert, daß ein Großteil der Reservisten keine Gelegenheit, der lästigen Verpflichtung (sechs mal, etwa alle 2 Jahre 10 Tage) der Waffenübungen zu entgehen verstreichen lassen wird.

Unfreiwillig hat er damit aber **über sein Milizsystem ein Urteil gesprochen, das dem seit einigen Jahren mit großer Beharrlichkeit aufgebauten Image der Landwehr völlig widerspricht. Noch beim letzten Manöver** im Herbst des vergangenen Jahres konnte er gar nicht oft und stark genug den "Wehrwillen" der Reservisten hervorstreichen, den es - wie sich nun herausstellt - gar nicht zu geben scheint. Spanocchi hat jedenfalls erklärt, daß das ganze System der Landwehr wegen Soldatenmangels zusammenbrechen müßte, sollte die Novelle beschlossen werden.

Das läßt sich allerdings mit der Zivildienstkommission auf jeden Fall verhindern. Niemand zwingt ja den Staat, sollten plötzlich viele Reservisten die Ableistung ihrer noch ausständigen Waffenübungen ablehnen, dies auch zu gestatten. Genauso wie er derzeit 70% der Antragsteller von der Verpflichtung des Militärdienstes befreit, können es ja später nur noch 40 oder 20 Prozent sein. Das würde allerdings nicht ohne Folgen bleiben. Würden die Zivildienstkommissionen plötzlich auf Restriktion schalten, gäbe es Unruhe und würde früher oder später der ganze Zivildienst in Frage gestellt.

Die Differenzen über die Zivildienstnovelle, die bereits dazu geführt haben, daß diese seit über einem Jahr unerledigt blieb, sind also in Wahrheit Differenzen darüber, wie groß die Bereitschaft ist, auch dann dem Heer zu dienen, wenn sich das - bei gewissen Schwierigkeiten - vermeiden läßt. In Wahrheit also Differenzen darüber, wie groß und stark der Wehrwille der Jugendlichen ist. Oder besser gesagt, wie wenig stark der Wehrunwille ist, denn: daß es in Österreich weiterhin Wehrpflicht gibt, daß also allen, die ohne Genehmigung des Staates keinen Wehrdienst leisten schwere Strafen drohen, ist kein Zufall, sondern hat den Zweck, dem "Wehrwillen" - egal ob es Zivildienst gibt, oder nicht - von vornherein einmal für den Staat auf eine solide Basis zu stellen. Daß dieser generelle Zwang von vornherein einmal da ist, ist Ausdruck der Tatsache, daß die Bourgeoisie mit Recht davon ausgeht, daß freiwillig wohl kaum jemand für sie Militärdienst leisten würde. Mit Recht deshalb, weil alles, was durch das Bundesheer verteidigt werden soll, ja nicht in der Verfügung des Volkes ist, das die Soldaten zu stellen hat, sondern in der Verfügung derBourgeoisie, die das Volk unterdrückt.

Während also die Bourgeoisie darüber diskutiert, ob die Novelle zum Zivildienstgesetz schädlich oder nützlich für die Tauglichkeit der Armee ist, und damit noch lange sein wird, gilt es, diese Frage anders herum aufzurollen. Die Frage ist nicht: Zivildienst - ja oder nein? - die Frage ist: soll es dabei bleiben, daß der Wehrdienst Zwangscharakter hat, oder nicht. Die Zivildienstnovelle ändert nichts am Zwangscharakter des Heeres; im Gegenteil, sie ist nicht zuletzt gerade dazu angetan, diesen Zwangscharakter zu vertuschen. Der ganze Zivildienst erfüllt im Übrigen Vertuschungszwecke, hat er doch das Prinzip zur Grundlage, daß der Wehrdienst ein Dienst an der "Allgemeinheit" ist und daß er deshalb im Falle der Verweigerung durch einen anderen "Dienst an der Allgemeinheit" - eben den Zivildienst - ersetzt werden muß, damit - so oder so - die Jugendlichen der Gesellschaft "ihren Dienst" erweisen. Tatsächlich ist der Wehrdienst aber Dienst für die Bourgeoisie.

Deshalb muß erreicht werden, daß sein Zwangscharakter beseitigt wird. Wir Kommunisten sind nicht dafür, daß man die bürgerliche Armee "boykottiert" - im Gegenteil. Wir sind dafür, daß man in die Armee geht, um in ihr Zersetzungsarbeit zu leisten und so das wichtigste Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie morsch und brüchig zu machen. Wir sind aber dagegen, daß irgend jemand dazu gezwungen wird, in diese Armee zu gehen.

Was daher den Zivildienst betrifft, sind wir der Meinung, daß er ersetzt werden muß durch das allgemeine und freie Recht, den Wehrdienst zu verweigern. Ein Schritt in diese Richtung wäre sicherlich die Abschaffung der Zivildienstkommissionen, die dem Staat ein Mittel aus der Hand schlüge, den nötigen Zufluß an Soldaten zu kontrollieren. (gf)



Zivildienstnovelle: Läuft Spannocchi die Landwehr davon?

Vor wichtigen Aufgaben im Kampf gegen AKW-Inbetriebnahme

Die österreichische Bourgeoisie bereitet gegenwärtig die Endphase eines neuen Anlaufs zur Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf vor. Im Herbst oder Winter des heurigen Jahres wird es in dieser Frage bestimmt zu größeren Auseinandersetzungen kommen und es ist notwendig, sich darauf rechtzeitig und gut vorzubereiten.

Die AKW-Frage wird in den nächsten Monaten sicherlich eine entscheidende Rolle in der österreichischen Innenpolitik spielen. Dies entspricht auch völlig dem, worum es in der AKW-Frage heute geht.

Das Volk, das zu Recht von einer AKW-Inbetriebnahme durch die Bourgeoisie eine beträchtliche Gefährdung seiner Lebensbedingungen befürchtet, hat erzwungen, daß es über die Frage "Inbetriebnahme: Ja oder Nein?" selbst entscheidet. Es hat verhindert, daß die Bourgeoisie und ihr Staat, die die Entscheidung selbstverständlich schon bei Baubeginn getroffen hatten, diese Entscheidung nun übers Parlament exekutieren. Das Volk hat selbst entschieden und hat die Entscheidung der Bourgeoisie, das AKW in Betrieb zu nehmen, abgelehnt und verhindert. Es hat praktisch an **einer bestimmten Stelle das System der allseitigen Unterdrükkung durch den Staatsapparat der Bourgeoisie durchbrochen und gezeigt, daß die Interessen des Volkes nur gegen den Staat durchgesetzt werden können.**

Das hat die Bourgeoisie empfindlich getroffen. Abgesehen davon, daß sie natürlich weiterhin die verbauten 6 Milliarden Schilling einer für sie nützlichen Verwendung zuführen will und muß, abgesehen davon, daß sie auf das AKW-Programm keineswegs gewillt ist zu verzichten, spielt es für sie auch eine große Rolle, den Sieg den das Volk 1978 errungen hat, wieder rückgängig zu machen, in eine Niederlage umzuwandeln.

Wenn es im Herbst also wieder größere Auseinandersetzungen um das AKW gibt, so geht es der Sache nach nicht bloß ums AKW, sondern es geht auch darum, ob das Volk durchsetzen kann, daß das Ergebnis seines Kampfes gesichert bleibt, oder ob es diesmal der Bourgeoisie unterliegen wird. So oder so wird der Ausgang der Sache bestimmt weit über die AKW-Frage hinaus Bedeutung erlangen. Gelingt es, der Bourgeoisie und ihrem Staat eine weitere Niederlage zuzufügen, wird dies die Bedingungen für den Klassenkampf zweifellos verbessern und umgekehrt.

Selbstverständlich werden auch wir Kommunisten wieder aktiv werden müssen und wir werden diesmal auch versuchen müssen, unsere Aufgaben besser wahrzunehmen, als zuvor.

Der Kampf gegen die Inbetriebnahme Zwentendorfs ist bis 1978 vor allem von der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner organisiert worden, die nach der siegreichen Volksabstimmung notwendigerweise an Größe, Kraft und Einfluß verloren hat. Wird es ausreichen, wieder in die gleiche Richtung zu arbeiten, wie, zuvor? **Würde es, vereinfacht gesagt, genügen, die alte IÖAG-Arbeit neu zubeginnen? Wir denken , nicht. Ganz ohne die Verdienste der IÖAG schmälern zu wollen, muß heute doch erkannt werden, daß die Bewegung gegen Atomkraftwerke auf entscheidenden Gebieten noch nicht das geleistet hat, was es zu leisten gilt, wenn man die Bourgeoisie und ihren Staat wirklich schlagen will.** Auf dem Gebiet der Enthüllung, welche Gefahr von einem aktiven AKW in Österreich für das Volk ausginge, ist sicherlich eine ausgezeichnete Arbeit geleistet worden und es gibt wohl wenige in Österreich, die die Gefahr eines aktiven AKW ableugnen können. Weniger Arbeit ist jedoch auf dem Gebiet geleistet worden, zu zeigen, daß das gesamte österreichische Energieprogramm nicht auf Österreichs Unabhängigkeit, sondern auf den Ausbau der Abhängigkeit von den Supermächten abzielt. Weniger Arbeit ist dabei geleistet woren, aufzuzeigen, daß auch das AKW-Zwentendorf ein Mosaikstein bei den Bemühungen der westlichen Imperialisten ist, die Kontrolle über die wirtschaftlichen Reichtümer der Dritten Welt zu erlangen. Weniger Arbeit ist auch dabei geleistet worden, aufzuzeigen, daß eine Schwächung der Dritten Welt, der gewaltigsten Kraft im Kampf gegen Imperialismus und Hegemonismus, der gewaltigsten Kraft im Kampf für den Frieden, der Stärkung des Imperialismus, der Supermächte und damit auch der Kriegsgefahr gleichkommt. Daß es hier entscheidende Lücken gegeben hat und gibt, zeigt sich schon daran, daß bei der neuen Offensive für Zwentendorf offensichtlich genau hier der Vorstoß angesetzt werden soll.

Die Bewegung gegen Atomkraftwerke hat auch nichts Entscheidendes dazu getan, die Arbeiter für den Kampf zu gewinnen. Das hat es der Bourgeoisie erleichtert, ihren Einfluß, den sie über die ÖGB-Führung gerade auf die Arbeiter hat, auszunutzen und zumindest Teile der organisierten Arbeiterbewegung als Reserve zu benutzen.

Statt vor diesem großen Einfluß zurückzuschrecken, ist es nötig, gerade hier die entscheidende Arbeit zu leisten. Der bürgerliche Einfluß mag groß sein, nichtsdestotrotz ist er brüchig und kann in dieser Frage sicherlich geschlagen werden. Wäre die organisierte Arbeiterbewegung gegen das AKW aufgetreten, gäbe es heute wohl nicht schon wieder einen ernsthaften Versuch der Bourgeoisie, das AKW doch in Betrieb nehmen zu können.

Es wird also nicht genügen, das alte wieder zu reorganisieren. Es müssen Vorstöße auf neue Gebiete - auf die entscheidenden Gebiete - gemacht werden. Soweit es in unseren Kräften steht, werden wir Kommunisten dazu beizutragen versuchen. (n)

BELASTUNGEN -SCHLECHT VERHOHLEN

Zum ersten Mal völlig unbelastet konnte seit der letzten Nationalratswahl (Mai 79) die Bundesregierung zusammentreten, um über die Politik der nächsten Jahre zu sprechen: die nächsten bedeutenden Wahlen liegen derzeit noch in weiter Ferne.

Besonders im Mittelpunkt der vergangenen Regierungsklausur stand naturgemäß die Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Finanzminister Androsch stellte die Lage so dar, daß er erklärte, die Politik der unbegrenzten Ausgaben müsse nun vorbei sein. Das Budgetdefizit müsse gesenkt werden, die Staatsschulden seien zu reduzieren.

Das Budgetnettodefizit (ohne die Zinsenzahlungen für Schulden aus den vorangegangenen Jahren) soll für heuer nur noch 25 Milliarden Schilling betragen dürfen. Zum Vergleich: 1978 lag es bei ca. 35 Milliarden. Weitere 5 Milliarden hatte während der letzten Jahre der Zinsendienst jährlich verschlungen (Durchschnitt).

Wie die Einsparung von über 10 Milliarden Schilling vor sich gehen soll, dazu gab es Aussagen, deren Charakter eher widersprüchlich ist. Vor allem meinte Androsch, alle Ministerien müßten ab nun radikal sparen. Außerdem machte er vage Andeutungen, daß durch "angemessene" Tarif- und Gebührenerhöhungen an die 3 bis 4 Milliarden Schilling hereingebracht werden sollten.

So allgemein die Aussagen darüber, wie man das Geld hereinbekommen will, so konkret die Aussagen darüber, von wo man es sich nicht holen will. Energisch bestritt Androsch, daß es zu einer Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge und zu Steuererhöhungen oder neuen Steuern kommen werde.

Es wird aber nicht so heiß gegessen, wie gekocht wird. Gerade Androschs Beteuerungen, woher er das Geld sicher nicht nehmen will, lassen das Schlimmste befürchten.

Einerseits haben nach der Regierungsklausur einzelne Minister bereits erklärt, Sparen sei ja gut und schön, bloß in ihrem Ressort sei an Sparen überhaupt nicht zu denken (Sekanina).

Andererseits sind allein in der kurzen Zeit seit der Regierungsklausur bereits derart viele Überlegungen und Vorschläge über



Den stolzen Preis von S 351.000,- zahlte Sparmeister Androsch für den neuen Mercedes Turbo-Diesel. Er bekam ihn ein halbes Jahr vor allen anderen österreichischen Bestellern.

Steuererhöhungen etc. in der Öffentlichkeit aufgetaucht, daß Androschs Versprechen nicht mehr sehr realistisch wirken. Es gibt Diskussionen um die Abschaffung des 8%-Mehrwertsteuersatzes bei einer Reihe von Waren, bzw. Dienstleistungen (Strom, Gas, Heizöl, Getränke), es gibt den Plan das Flüssiggas mit der Mineralölsteuer zu besteuern (+44%!).

Und darüber hinaus sind selbstverständlich auch die Sozialversicherungen weiterhin im Gerede. Abgesehen von der Arbeitslosenversicherung wo eine Beitragserhöhung insgeheim bereits fix eingeplant ist, abgesehen von der Krankenversicherung, für die Gesundheitsminister Salcher gegenwärtig gerade an einem neuen Finanzierungsplan arbeitet, sind es derzeit vor allem die Pensionsversicherungen, um die es geht.

Die Zuschüsse des Staates zur Pensionsversicherung der Arbeiter wachsen von Jahr zu Jahr immens. Ihr Wachstum konnte immer nur durch Beitragserhöhungen, bzw. durch Abschöpfungen von der noch nicht defizitären Pensionsversicherung der Angestellten gestoppt werden, für kurze Zeit.

Auch jetzt ist es wieder einmal so weit, daß die gestiegenen Ausgaben eine Höhe erreicht haben, die die Regierung nicht mehr verkraften will. Dazu kommt noch, daß man bereits heute weiß, daß in einem Jahr auch die Pensionsversicherung der Angestellten defizitär sein und Zuschüsse vom Staat brauchen wird.

So ergibt sich die skurrile Situation, daß einerseits die Versicherungen eine Erhöhung ihrer Einnahmen brauchen und das andererseits Androsch, derselbe Androsch, der 10 Milliarden einsparen will, versichert es werde zu keinen Beitragserhöhungen kommen. Wie allerdings die Pensionsversicherungen finanziert werden sollen, dazu hat sich Androsch nicht geäußert - denn letztendlich geht es nur über Beitragserhöhungen.

Offensichtlich will man also mit der Wahrheit möglichst lange hinterm Berg halten.

Das gleiche - nur umgekehrt - spielt sich bei der Exportförderung ab. Dazu erklärte Androsch auf der Klausur, es ginge nicht mehr an, daß der Staat immer mehr Risken zu tragen habe und daß dies immer mehr staatliche Mittel verschlinge.

Tatsächlich ist diese Entwicklung aber nichts Zufälliges, sondern das Ergebnis bewußter Anstrengungen seitens des Staates. Und sollte die Regierung, wie Androsch dies ja auf der Klausur auch ankündigte, mit der Hartwährungspolitik fortfahren, so ist ein weiterer Ausbau der Exportförderung sicherlich nicht zu vermeiden, will man die Konkurrenzfähigkeit des österreichischen Kapitals erhalten.

Handelt es sich also bei den Versicherungen darum, daß bestritten wird, daß das Volk zu ihrer Finanzierung verstärkt ausgepreßt werden soll, geht es bei der Exportförderung darum, daß man ankündigt, sie radikal einschränken zu wollen. In beiden Fällen ist aber das Gegenteil wahr und in beiden Fällen bedeutet die Wahrheit, über die man auf der Regierungsklausur lieber nicht redete (die Tarif- und Gebührenerhöhungen ausgenommen), verstärkte Ausplünderung.

Von den beiden Grundaussagen der Regierungstagung, Verringerung der Ausgaben und keine Mehrbelastung der Steuerzahler, kann nur eine den wirklichen Plänen der Regierung entsprechen. Welche, das ist nicht schwer zu erraten. Es genügt schon, sich Androschs Stellungnahme zur Frage der Lohnsteuerreform anzusehen: Vor 1981 wird es keine Reform geben.

Allein diese Aussage ist gleichbedeutend mit steigender Steuerbelastung. Ohne daß Androsch auch nur einen Handstrich tun muß, steigt die Steuerbelastung durch die Lohnsteuerprogression automatisch an. Einen besonderen Schub gibt es durch die Lohnrunden, da diese unter anderem zur Folge haben, daß von den Erhöhungen, die ohnehin unter der Teuerungsrate liegen, ein Teil, der bei weitem über der Teuerungsrate liegt, als Steuerabzug an den Staat fließt.

Es ist kein Wunder, wenn selbst die Meinungsumfragen der Regierung zum Ergebnis kommen, daß die Steuerbelastung in Österreich unerträgliche Ausmaße angenommen hat und daß die Bereitschaft zu weiteren Steuerzahlungen so gut wie auf den Nullpunkt abgesunken ist.

Im Herbst wird auf einer weiteren Regierungsklausur ein Programm für das Jahr 1981 erstellt werden. Man täuscht sich sicherlich nicht, wenn man damit rechnet, daß die Sparappelle dort verstärkt auftreten werden, während von der Botschaft "keine verstärkte Steuerbelastung" nichts mehr zu hören sein wird. (gf)

STIPENDIEN: Wie es nicht geht

Diese Situation ruft seit Jahren den Widerstand der Masse der Studenten hervor. Aber der Widerstand war zu schwach und zersplittert, um Erfolge zu erzielen. Die Regierung verfolgt derzeit einen "harten" Kurs. Sie ist derzeit nicht einmal zu Gesprächen mit den Vertretern der Studenten bereit. Unter den Studenten selbst wirkt die bürgerliche Propaganda die Organisation ist äußerst gering. Nicht einmal über konkrete Forderungen ist man sich einig.

Anfang Mai fand ein "Streik" statt, der von wenigen Kollegen getragen wurde und nicht mehr erreichte als ein gewisses Interesse zu wecken.

Die Regierung reagiert nicht.

Nach einem Ultimatum hat die Hochschülerschaftsführung zu einer Radrundfahrt vom 20. - 23. Juni aufgerufen. Motto: "Stipendien statt Abfangjäger". Ist schon der Zeitpunkt am Ende des Studienjahres lächerlich, so vor allem der Inhalt der Aktion. Die Hochschülerschaftsführung verbreitet seit Jahren den Glauben, daß der wesentliche Grund für die wenigen und niedrigen Stipendien in der "schlechten Finanzsituation" des Staates liegt. Daher machen sie schon früher Umverteilungsvorschläge und schlagen etwa vor, Geld aus dem Familienlastenausgleichsfonds zu nehmen, aus dem die Kinderbeihilfe ect. genommen werden.

Doch egal, ob der Staat über genügend Gelder verfügt oder nicht, die Bourgeoisie will so weit wie möglich keine Kinder aus der Arbeiterklasse auf den Hochschulen, sie bevorzugt vielmehr ihren eigenen Nachwuchs bzw. von Mittelschichten.

Alle bisherigen Vorschläge der ÖH-Führung zur Finanzierung der Stipendien fruchteten bisher nichts. Nun sollte die Sache noch radikaler gestellt werden: keine Verteidigung des österreichischen Luftraums, dafür aber Stipendien. Daß es der ÖH dabei aber gar nicht um die Stipendien, zu gehen scheint, zeigte sich an folgendem:

Den allergrößten Teil der Studienkosten der Studenten bezahlen die Eltern bzw. finanzieren sich die Studenten selbst durch Nebenjobs. 350 Millionen Schilling jährliche staatliche Stipendienausschüttung müssen sich heute 11% der Studenten aufteilen. Dabei beträgt das Höchststipedium 3.400,- das Durchschnittsstipendium 2.500,- Schilling, 10 mal monatlich ausbezahlt.

Die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten pro Monat für einen Studenten muß man heute bei mindestens 5.000,- Schilling ansetzen.

Die Stipendien reichen also nicht zum Leben.

Von der Bourgeoisie wird heute oft behauptet, daß es materiell allen so gut geht, daß jedem Kind zum Studium nichts im Wege steht. Das ist eine Lüge, wie auch die Zahlen über die Studenten beweisen. 9% der Jugendlichen aus den jeweiligen Altersjahrgängen werden Studenten. Aber nur 3% der Kinder aus Arbeiterfamilien. Dafür aber 15% aus Selbständigen-Familien (ohne Bauern). Das zeigt deutlich die Tatsache, daß sich die materielle Lage der Arbeiterklasse (und anderer Volksschichten) im Kapitalismus gar nicht dahin entwickeln kann, daß aus diesen Klassen die Kinder studieren können. 0,6% aller Kinder von Arbeiterfamilien bekommen ein staatliches Stipendium, von dem sie allerdings keineswegs leben können.

Der Ausschluß der Kinder der Arbeiterklasse vom Studium ist der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie, nur recht, würde doch eine gegenteilige Entwicklung das Klima auf den Hochschulen zu ihren Ungunsten entwickeln.

Im übrigen sind die wenigen Stipendienbezieher noch mehr unter Druck als die übrigen Studenten, da für sie noch engere Fristen im Studienbereich gesetzt sind.

Kurz nach der Bekanntgabe der geplanten Aktion erklärte Finanzminister Androsch dann aber, daß Österreich 1980 und 1981 keine Abfangjäger kaufen werde. Also gibt es nun keine Abfangjäger, aber auch keine Erhöhung der Stipendien, womit zumindest bewiesen ist, daß nicht die "Rüstungspolitik" eine "soziale Stipendienpolitik" verhindert. Die ÖH sagte daraufhin ihre Aktion dann auch gleich ab und stampfte die Plakate wieder ein.

Sehr brennend scheint also der Drang nach Aktionen für Stipendien in der ÖH nicht gewesen zu sein. Umso brennender dafür der Wunsch, den Interessen der Neuen Zaren genüge zu tun. So wurde nun nach dem Scheitern der "Anti-Abfangjäger-Aktion" eine Aktion "Sozialpolitik statt Rüstung" aus der Taufe gehoben. Um konkrete Schritte für die Stipendien geht es dort nicht mehr, dafür aber "gegen die Rüstung".

Daß die Studenten mehr und höhere Stipendien brauchen, ist allerdings eine Sache, die überhaupt nichts damit zu tun hat, ob und wieviel Geld der Staat für Rüstung oder sonstetwas ausgibt. Wenn die Studenten sie brauchen, dann muß man sie auch durchsetzen. Im Herbst wird es darauf ankommen, unter den Studenten diese prosowjetische Anti-rüstungs-Politik zu bekämpfen und demgegenüber eine ernsthafte Bewegung im Kampf für höhere Stipendien zu organisieren. (güst)

Demonstration der ÖGJ in Wien



An die 2.500 ÖGJ-ler ("AZ" und "Volksstimme": 4.000!) demonstrierten am 31. Mai in Wien im Rahmen der Aktion "ÖGJ deckt auf". Diese Aktion ist im vergangenen Herbst vom ÖGJ-Kongreß beschlossen worden und hat zum Inhalt ständige Verletzungen der einschlägigen Gesetze über den Jugendschutz durch die Kapitalisten anzuprangern und zu bekämpfen.

Bereits in den Monaten vor der Demonstration war deutlich geworden, daß die Reformisten der ÖGJ-Führung nicht einmal eine Aktion in der es "ausschließlich um Einhaltung der Gesetze" geht, so betreiben kann, wie die Interessen der Arbeiterjugend dies erfordern würden.

Statt anzuprangern, daß es die Lohnarbeit für die Kapitalisten ist, die dazu führt, daß Jugendliche von diesen immer wieder besonders rücksichtlos ausgebeutet werden, und über das gesetzlich erlaubte Maß hinaus, beschränkte sich die offizielle Aktionsleitung darauf, die wenigen aufgedeckten Fälle als "Einzelfälle" darzustellen. Gerade das, was wohl zu den ekelhaftesten offenen Auswirkungen der sogenannten "dualen Ausbildung" (die einen gehen in die Schule, die anderen gehen arbeiten) zählt, die zügellose Auspressung jugendlicher Arbeitskraft, wurde also durch die ÖGJ-Führung gerade als Bestätigung für die duale Ausbildung dargestellt, handelt es sich also dabei bloß um "Ausnahmen".

Wie sich zwei Linien in der Aktion schon von Anfang an zeigten (trotz der Politik der ÖGJ-Führung gab es immer wieder Vorstöße einzelner Jugendgruppen, die die Verhältnisse wirklich angriffen), so war es auch in Bezug auf diese Demonstration. Knapp zuvor hatte es in den ÖGJ-Leitungsgremien Auseinandersetzungen darüber gegeben, ob man sie überhaupt durchführen müsse, bei der Demonstration gab es ebenfalls beide Elemente.

Es gab die Parolen der ÖGJ-Führung, wie "ungesetzlich geleistete Arbeit ist Ausbeutung", die darauf abzielen, die Kapitalisten die die Jugendlichen nur "gesetzlich" beschäftigen vom Vorwurf der Ausbeutung reinzuwaschen, es gab aber auf einer Reihe von Transparenten, die die Jugendlichen selbst mitgebracht hatten, auch Parolen, die sich gegen das herrschende Berufsausbildungssystem richteten.

Daß zur Demonstration, die innerhalb der ÖGJ bereits als "größte Arbeiterjugenddemonstration seit dem 2. Weltkrieg" angekündigt worden war, schließlich nur 2.500 Teilnehmer kamen, bringt sicherlich zum Ausdruck, daß in den Fragen der Berufsausbildung, die Jugendlichen heute mit reformistischen Parolen, die letztendlich auf die Erhaltung genau dessen abzielen, was beseitigt werden muß, nicht viele Jugendliche mobilisieren lassen. Daß von den erschienenen 2.500 wiederum ein großer Teil für ganz andere Parolen eintrat und doch einzutreten bereit war, als es die Führung im Sinne hatte, bringt zum Ausdruck, daß der Teil der ÖGJ-ler, die in den letzten Jahren massiv für eine radikale Änderung des Berufsausbildungssystems eintraten, weder durch die willkürliche Auflösung von Jugendgruppen, noch durch die Irreführung mit "schönen" Gesetzen beseitigt werden konnte.

Das vom KB Österreichs bei der Demonstration verteilte Flugblatt, das als Wurzel der Berufsbildungsmisere die kapitalistische Ausbeutung entlarvt und die Forderung nach Verkürzung der Lehrzeit und Verlängerung der Schulpflicht bis hin zur völligen Beseitigung des Lehrlingswesens beinhaltet, stieß unter den Demonstrationsteilnehmern jedenfalls auf einige Zustimmung.

LOHNRUNDE: gegen Reallohnabbau! gegen Spaltung!

In den nächsten Wochen laufen die wichtigsten Lohnrunden an, bzw. treten sie in das Vorbereitungsstadium. Die wichtigsten Teile der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen sind die Arbeiter und Angestellten der Metallindustrie, worunter sich die Kernschichten des Proletariats befinden, und die Arbeiter und Angestellten im Öffentlichen Dienst, die ein Fünftel aller Lohnabhängigen ausmachen und wozu auch so wichtige Teile der Arbeiterklasse gehören, wie z.B. die Eisenbahner. Die Metallarbeiter-KV - Verhandlungen betreffen an die 200.000 Arbeiter in der Industrie und weitere 140.000 im Gewerbe. Da in Bezug auf die Angestellten das Industriegruppenprinzip - obwohl vom ÖGB immer wieder gefordert - immer noch nicht durchgesetzt ist, finden für die 75.000 Angestellten der Metallindustrie separate Verhandlungen im Rahmen der Sektion Industrieangestellte statt. Für die Angestellten des Metallgewerbes finden wiederum eigene Verhandlungen statt.

Selbstverständlich ist es absurd und läuft es den Interessen der Arbeiterklasse vollkommen zuwider, wenn dadurch die Lohnabhängigen, die den Metallkapitalisten gemeinsam gegenüberstehen, von vorneherein aufgespalten werden. Deshalb war es auch nie möglich, die Metallarbeiter- und die Industrieangestelltenverhandlungen total voneinander zu trennen, letztere haben sich meist mit kurzer Verzögerung an ersteren orientiert. Es kommt aber darauf an, die Kraft der Arbeiter und Angestellten gemeinsam in die Waagschale zu werfen und er Spaltung entgegenzutreten, bzw. ihr den Boden zu entziehen. Dazu müßten die Verhandlungen gemeinsam geführt werden. In diesem Sinn hatte auch die Chemiearbeitergewerkschaft einen Antrag an den letzten Bundeskongreß des ÖGB gestellt, in dem u.a. gefordert wurde, Schritt für Schritt gemeinsame KV-Verhandlungen, einschließlich eines gemeinsamen Entlohnungsschemas, zu führen. Als erster Schritt im Metallbereich wäre die gemeinsame Verhandlungsführung für gleiche Lohn- bzw. Gehaltsabschlüssenotwendig.

Der Öffentliche Dienst umfaßt Eisenbahn (70.000 Lohnabhängige) Post (55.000), Öffentlichen Dienst im eigentlichen Sinn (290.000) und die Gemeindebediensteten, insgesamt 550.000 Lohnabhängige. Die vier Gewerkschaften werden auch heuer wieder zusammen verhandeln und nicht jede einzeln dem staatlichen Dienstgeber gegenübertreten. Allerdinsg gibt es seit einigen Jahren, seit die SPÖ-Führer das bis dahin traditionelle gemeinsame Verhandlungskomitee gesprengt haben, um die der ÖVP angehörige Führung der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst zu schwächen und deren "Lizitationspolitik" leichter begegnen zu können, wirklich gemeinsame Verhandlungen, d.h. durch ein gemeinsames Komitee mit einer gemeinsamen Taktik nicht mehr.

Die Lohnverhandlungen in der Metallindustrie und im Öffentlichen Dienst sind die zwei Säulen der Lohnbewegung.

Die Metallarbeiter-KV - Verhandlungen müssen auf den 1.September hin geführt werden. Es wird wohl vor allem im Juli verhandelt werden. Nach Aussagen von Betriebsräten ist die Sitzung des Zentralvorstandes wo das Verhandlungskomitee gewählt wird und auch erstmals über die Forderungen diskutiert wird, bereits am 16.Juni.

Die vier Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes wollen in etwa 14 Tagen der Regierung gemeinsam einen Terminvorschlag für die erste Verhandlungsrunde Anfang September unterbeiten. Die Äußerung des Vorsitzenden der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Sommer, eine 8%-Forderung wäre notwendig um die Inflation abzugelten, wurde von den drei anderen (SP-dominierten) Gewerkschaften als "verfrüht" abgelehnt und wird in Sommers Gewerkschaft selbst nur als "unverbindliche Meinungäußerung" und als nicht weiter von Bedeutung dargestellt.

Notwendig wären - was den Lohn betrifft - in beiden Fällen solche Forderungen, die erstens zumindest den Reallohnabbau durch die Inflation der letzten Jahre abgelten. Das bedeutet einen Abschluß nicht unter 9%, wovon netto nämlich ohnehin nur 7% bleiben, wovon 6.5% die für Mitte des Jahres prognostizierte Teuerungsrate ausmachen und ein halbes Prozent für die geplante Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages in Rechnung gestellt werden muß. Zweitens müssen die unteren Lohngruppen nachgezogen werden und muß überhaupt die Forderung auch auf eine Verbesserung der Lohn- und Gehaltsstruktur zielen.

Für die Metallindustrie ist das, wie wir auf Seite 9 nachweisen, nur durch die Verkoppelung der 9%-Forderung mit einem Mindestbetrag von 900 Schilling möglich. Die Lohnstruktur im Öffentlichen Dienst werden wir in den nächsten Nummern des KLASSENKAMPF entsprechend analysieren.

Diese Forderung könnte durchgesetzt werden, wenn die Kraft der Arbeiter und anderen Lohnabhängigen und die Kraft der Gewerkschaften mobilisiert würde. Allerdings steht dem heute die herrschende sozialdemokratische Ideologie und Politik in der Gewerkschaft entgegen. Diese hat sich auch bei den bereits abgeschlossenen und bei den laufenden KV-Runden niedergeschlagen. Die Bruttolohnerhöhungen liegen durchwegs zwischen 4.6% und 6.5% Das bedeutet, daß die Nettoergebnisse meist zwischen 3 und 4% liegen. Das ist etwa die Hälfte der bereits erreichten Inflationsrate. Auch die Forderungen der laufenden Verhandlungen(Papierindustrie, Erdölindustrie, Bekleidungsindustrie) lassen ähnliche Abschlüsse befürchten. Das beweist deutlich die Untauglichkeit der heutigen gewerkschaftlichen Lohnpolitik, die für das Kapital grünes Licht bedeutet. Erst wenn die Arbeiter und Angestellten in der Gewerkschaft Forderungen zum Durchbruch verhelfen, die ausschließlich von ihren Klasseninteressen ausgehen und auf deren Durchsetzung gerichtet sind, kann sich etwas ändern. (wl)



Speditionsangestellte: Vlbg. und OÖ lehnten Ergebnis ab

Die schädlichen Folgen eines uneinheitlichen Gehaltsgefüges machten sich besonders deutlich bei den Gehaltsverhandlungen der Speditionsangestellten bemerkbar. Beim zweiten Treffen bereits nahm das Verhandlungskomitee der Gewerkschaft ein ultimatives Angebot der Kapitalisten an: 6,5% KV-Lohnerhöhung und 390,- Schilling IST-Lohnerhöhung. Das Verhandlungsergebnis wurde den Betriebsrätekonferenzen der Bundesländer zur Abstimmung vorgelegt. Es gab in mehreren Bundesländern Gegenstimmen, in Vorarlberg wurde das Ergebnis mehrheitlich, in Oberösterreich einstimmig abgelehnt.

Ursache für das unterschiedliche Verhalten der Betriebsräte ist unter anderem das unterschiedliche Lohnniveau in den einzelnen Bundesländern. Während in der Steiermark und in Kärnten die Speditionsangestellten großteils zum Kollektivvertrag bezahlt werden, sind die Gehälter etwa in Linz um 15 bis 30% über dem KV, in Wien um 20 bis 40%.

Die kollektivvertraglichen Mindestgehälter betrugen bisher z. B. für die niedrigste Gehaltsgruppe von 4.670,- Schilling im ersten Berufsjahr bis zu 7.130,- im fünfzehnten Berufsjahr. In der mittleren Gruppe, das ist die Gruppe der Sachbearbeiter, reichten die KV-Gehälter von 5.280,- bis 9.650,- Schiling. Zusätzlich gab es bisher noch eine "Ortsklasse B", die für kleinere Orte galt und um 100,- bis 200,- Schilling in allen Gehaltsgruppen niedriger war. Für einen Sachbearbeiter in Leoben konnte zum Beispiel die KV-Lohnsteigerung um 6,5% der Wegfall der Ortsklasse B und die Ist-Lohnerhöhung von 390,- Schilling zusammen eine Erhöhung seines Bruttogehaltes von mehr als 700,- Schilling ausmachen, bei einer Ausgangshöhe des Gehalts von 5.280,- Schilling also rund 14 Prozent.

Ein Sachbearbeiter im 1. Jahr in Linz z. B. mit einer Überzahlung von vielleicht 20%, also einem Gehalt von mickrigen 6.330,- Schilling bekam aber nur 390,- Schilling drauf, also eine Erhöhung seines Bruttogehalts um 6,2%! Seine Überzahlung über den Mindestlohn verringert sich. Für die höheren Gehälter liegt die Erhöhung dann schon brutto unter der Teuerungsrate!

Die "einheitliche Erhöhung" um 390,- Schilling. bewirkt so die komplette Spaltung der Speditionsangestellten.

Für die schlechtestbezahlten Angestellten ist die Erhöhung zwar relativ hoch, bringt sie aber noch immer nicht in eine Gehaltsklasse, mit der die heutigen Lebenshaltungskosten einer Familie bewältigt werden können. Für die etwas besser bezahlten bedeutet der Abschluß die Besiegelung des durch die Inflation erfolgten Lohnabbaus. Dadurch, daß das Forderungsprogramm der Gewerkschaft von vornherein nicht auf die bestehende Spaltung Rücksicht nahm, und nicht darauf ausgerichtet war, sie zu beseitigen, konnte keine einheitliche Ablehnungsfront gegen das Kapitalistenangebot geschaffen werden. Das Ergebnis ist allerdings eine Angleichung der verschiedenen Angestelltengruppen. Aber eine Angleichung nach unten.

GLASINDUSTRIE: 5,8%

Am 28. Mai schlossen die Vertreter der Glasarbeiter (Chemiearbeitergewerkschaft, Fachgruppe Glas) mit den Vertretern der Glasindustrie ab, und zwar bei der ersten Verhandlung: Mit Geltungstermin 1. Juni werden die KV-Mindestlöhne um 7% erhöht, mindestens aber um 500,- Schilling. Die Ist-Löhne werden um 5,8% erhöht, mindestens aber um 480,- Schilling. Die Laufzeit beträgt 12 Monate. Mit 5,8% liegt die Erhöhung sogar brutto unter der Inflationsrate!

Dabei hat die Glasindustrie in den letzten Jahren die höchsten Produktivitätszuwächse zu verzeichnen gehabt. Heute produziert jeder Arbeiter in der Glasindustrie - es sind rund 5.500 - fast doppelt soviel wie 1971.

HOTEL- UND GASTGEWERBE

Die Kollektivvertragslöhne wurden ab 1. Mai um 5,9% erhöht. Bekanntlich kommen hier zum Kollektivvertragslohn nur die Abteile an den Umsatzprozenten hinzu. Die Laufzeit des Kollektivvertrags wurde mit 12 Monaten vereinbart.

MINERALÖLARBEITER FORDERN 36-STUNDENWOCHE

Derzeit verhandeln die Vertreter der 5.500 Erdölarbeiter und der 11.700 Arbeiter der Papierindustrie um neue Kollektivverträge. Die Fachgruppe Papier der Chemiearbeitergewerkschaft fordert eine KV-Lohnerhöhung um 8,5% und eine Ist-Lohnerhöhung um 700,- Schilling für alle. Die Forderung ähnelt stark der der Fachgruppe Chemische Industrie im April. Weiters wird gefordert eine Verbesserung des Soziallohnes (Soziallohn: Arbeiter, die aus Gesundheitsgründen auf einen schlechter bezahlten Arbeitsplatz müssen, beziehen ihren alten Lohn weiter oder wenigstens einen höheren Lohn, als er normalerweise dem Arbeitsplatz entspräche), die Verankerung des Jubiläumsgeldes im Kollektivvertrag. und eine Vorverlegung der Auszahlungstermine für Weihnachts- und Urlaubsgeld.

Die Erdölarbeiter verlangen die Erhöhung der KV-Löhne um 9%, die Erhöhung der Ist-Löhne um 8%, die Erhöhung verschiedener Zulagen um den Prozentsatz der KV-Erhöhung.

Sowohl in der Papierindustrie als auch in der Mineralölindustrie ist der vollkontinuierliche Schichtbetrieb gang und gäbe. Für beide Fachgruppen wäre also der Beschluß des Zentralvorstandes der Chemiearbeitergewerkschaft, die 36-Stundenwoche für den vollkontinuierlichen Schichtbetrieb zu fordern, jetzt in die Tat umzusetzen. Tatsächlich haben aber nur die Erdölarbeiter diese Forderung aufgestellt - die Fachgruppe Papier fordert statt dessen die Erhöhung der Schichtzulagen, um die Entwertung durch die Inflation auszugleichen. Im Beschluß des Zentralverbands hat es geheißen: "Die Forderung ist für alle Fachgruppenbereiche anzumelden". Daß die Mineralölarbeiter nun mit ihrer Forderung nach Arbeitszeitverkürzung allein bleiben, läßt befürchten, daß man es in den oberen Regionen der Gewerkschaft mit der wirklichen Durchsetzung des Zentralverbandsbeschlusses nicht allzu ernst nimmt.



USA: Arbeitslosigkeit rasant gestiegen

Den stärksten monatlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit seit dem zweiten Weltkrieg gab es in den USA im April und Mai. In diesen beiden Monaten sind zu den 6.5 Millionen Arbeitslosen 1,7 Millionen dazugekommen. Man hält es derzeit für möglich, daß die Arbeitslosenrate bis auf 12 % steigt. Eine solche Arbeitslosigkeit gab es zuletzt 1940, bevor die Kriegswirtschaft einen Rüstungsboom ermöglichte.

Am schwersten sind die Arbeiter der Autoindustrie betroffen: bei ihnen sind bereits 38% ohne Stellung. Von 737.000 Beschäftigten sind 283.000 entlassen worden. Bei den Landmaschinenherstellern sind 18% der Beschäftigten entlassen worden, in der Stahlindustrie 15% (50.000 von 320.000). Weitere Massenentlassungen sind angekündigt.

In den ersten zehn Tagen des Mai sanken die Autoverkäufe in den USA um 48%! Dieser Rückgang betraf nicht nur die großen "amerikanischen Schlitten", die sich die amerikanische Bevölkerung schon seit geraumer Zeit nicht mehr leisten kann. Auch die Umsätze von "Volkswagen of America" sanken, wenn auch "nur" um 16%.

Die amerikanische Bevölkerung ist so schwer verschuldet wie noch nie zuvor. Da die Löhne mit den enormen Inflationsraten schon lange nicht mehr Schritt hielten, mußten die amerikanischen Werktätigen Kredite aufnehmen, um ihren Lebensstandard halten zu können. Im Durchschnitt hat jede amerikanische Familie Schulden im Ausmaß von 80% ihres gesamten Jahreseinkommens.

MASSENSTREIKS IN SU

Ein großer Teil der sowjetischen Autoindustrie wurden am 6. und am 9. Mai durch Streiks lahmgelegt.

Bereits im Oktober gab es in der Stadt Togliatti Warnstreiks der Busfahrer gegen eine Erhöhung ihres Fahrsolls ohne Einkommensverbesserung. Als sie am 6. Mai dieses Jahres in den Vollstreik traten, blieben die 170.000 Arbeiter des Lada-Werkes zum Großteil zu Hause, obwohl die meisten von ihnen in Wirklichkeit nicht auf den Bus angewiesen sind, um in die Arbeit zu kommen. Ganz anders als sonst in der Sowjetunion haben ein Großteil der Lada-Arbeiter Autos (auch ihr Lohn ist überdurchschnittlich hoch, rund 300 Rubel im Monat gegen sonst rund 210 Rubel in der Fahrzeugindustrie). Am 6. Mai stand in gesamten Lada-Werk die Produktion!

Am 8. und 9. Mai protestierten die 200.000 Arbeiter der Gorki-Autowerke gegen die unzureichende Versorgung mit Milch und Fleisch durch den Betrieb. Durch 2.000 handgeschriebene Flugblätter wurden die Arbeiter zum Streik zusammengeschlossen. Trotz der Verhaftung von vier Streikführern setzten sich die Arbeiter durch. Der Betrieb - die Versorgung mit Lebensmitteln geschieht hauptsächlich durch ihn - mußte zusätzliche Milch- und Fleischlieferungen aus dem staatlichen Fonds zusichern.

AM UNTERSTEN ENDE DER SKALA

Die Vertreter der Arbeiterinnen und Arbeiter der Bekleidungsindustrie verhandeln derzeit mit den Kapitalistenvertretern um die Erhöhung der Löhne per 1.Juli. Gefordert haben sie 8,16% Ist-Lohnerhöhung. Die 27.000 Arbeiterinnen und Arbeiter der Bekleidungsindustrie sind die schlechtestbezahlten Arbeiter Österreichs.



S 6.500,- brutto im Monat verdient durchschnittlich eine Arbeiterin der Bekleidungsindustrie! (Die Frauen machen 86% der Beschäftigten in dieser Industrie aus). Dabei arbeiten mehr als die Hälfte im Akkord- oder Prämienlohn, und Schichtarbeit ist die Regel. Die Produktion in der Bekleidungsindustrie ist hochrationalisiert, die Arbeit in ihre kleinsten Atome zerlegt. Da gibt es Knopflochnäherinnen, Knopfannäherinnen, Taschennäherinnen usw. usw.

Die Bekleidungsindustrie gehört zu den Sparten mit der niedrigsten Qualifikationsstruktur. Während z.B. in der Maschinenindustrie drei Viertel aller Beschäftigten Facharbeiter und Angestellte sind, sind es in der Bekleidungsindustrie nur rund ein Drittel. Knapp 18% aller Arbeiter der Bekleidungsindustrie sind Facharbeiter.

Hoher Frauenanteil und niedrige Qualifikation machen es den Belegschaften der Kleiderfabriken offenbar sehr schwer, die nötige Kampfstärke für den Lohnkampf zu entwickeln.

Wenn sich die Kleiderfabrikanten auf die Schulter klopfen und mitteilen, daß sie in hohem Maß für "zusätzliches Familieneinkommen" sorgen, so kann man richtig ihre Zufriedenheit darüber hören, daß sie die Arbeitskraft von Zweitverdienerinnen billiger einkaufen können als die von Arbeitern, die alleine ihre Familie erhalten müssen.

Dazu kommt weiters, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Betriebe in "wirtschaftlichen Randgebieten" liegt, wie in den Grenzgebieten Kärntens oder den industriell schwach besiedelten Gebieten des südlichen Niederösterreich und des Burgenlands.

Große Probleme schafft auch, daß die Zahl der Beschäftigten in der Bekleidungsindustrie in den letzten Jahren rasant abgenommen hat, und zwar viel stärker, als in der gesamten Industrie. Die österreichische Industrie hatte ihren Höchststand an Beschäftigten 1973, seither hat die Zahl der Arbeiter um 12,8% abgenommen. Bei den Kleidermachern hat der Rückgang schon 1972 begonnen, und seither sind 21% der Arbeitsplätze für Arbeiter verloren gegangen. Das verschärft natürlich die Konkurrenz um den Arbeitsplatz unter den Arbeitern und erschwert den Lohnkampf.

Alle diese schlechten Bedingungen für den Lohnkampf ermöglichten es den Kapitalisten, die Bekleidungsarbeiterinnen und -arbeiter immer weiter hinunterzudrükken. Betrug der durchschnittliche Arbeiterlohn in der Bekleidungsindustrie im Jahr 1969 noch fast 67% vom Durchschnittslohn der gesamten Industriearbeiterschaft, so waren es 1971 nur mehr 62%. 1972, als der Boom für die Kleiderfabrikanten auf den Höhepunkt war, konnten die Arbeiter nocheinmal kurz um eineinhalb Prozentpunkte aufholen, also eine etwas höhere Lohnerhöhung durchsetzen als der Rest der Arbeiter, doch in den nächsten Jahren wurden sie weiter hinuntergedrückt, sodaß seit 1974 ihr durchschnittlicher Lohn nur 60% vom Industriedurchschnittslohn ausmacht.

Die Bekleidungsindustrie entwickelt sich schon seit langem krisenhaft. Sie produzierte 1978 weniger als 1972. Das verschärft natürlich noch den Drang der Kapitalisten, die Löhne zu drücken. Bis 1973 erlebten die europäischen Kleiderhersteller einen Boom. Sie bauten zu, kauften neue Anlagen, gründeten neue Betriebe, jeder wollte sich ein möglichst großes Stück vom Kuchen abschneiden. 1974/75 kam der Rückschlag. Mit den Reallohnzuwächsen war es vorbei, dementsprechend sank die Nachfrage. Seither leiden die Kleiderfabrikanten unter Überkapazitäten. Es heißt, daß die europäischen Kleiderfabriken, würden sie mit voller Auslastung arbeiten, den gegenwärtigen Bedarf Europas dreimal decken könnten. Welche Vergeudung von Produktivkräften! Schon in den Boomjahren sind die Betriebe auch stark durchrationalisiert worden, sodaß der Automatisierungsgrad der Betriebe - wie behauptet wird - kaum mehr gesteigert werden kann.

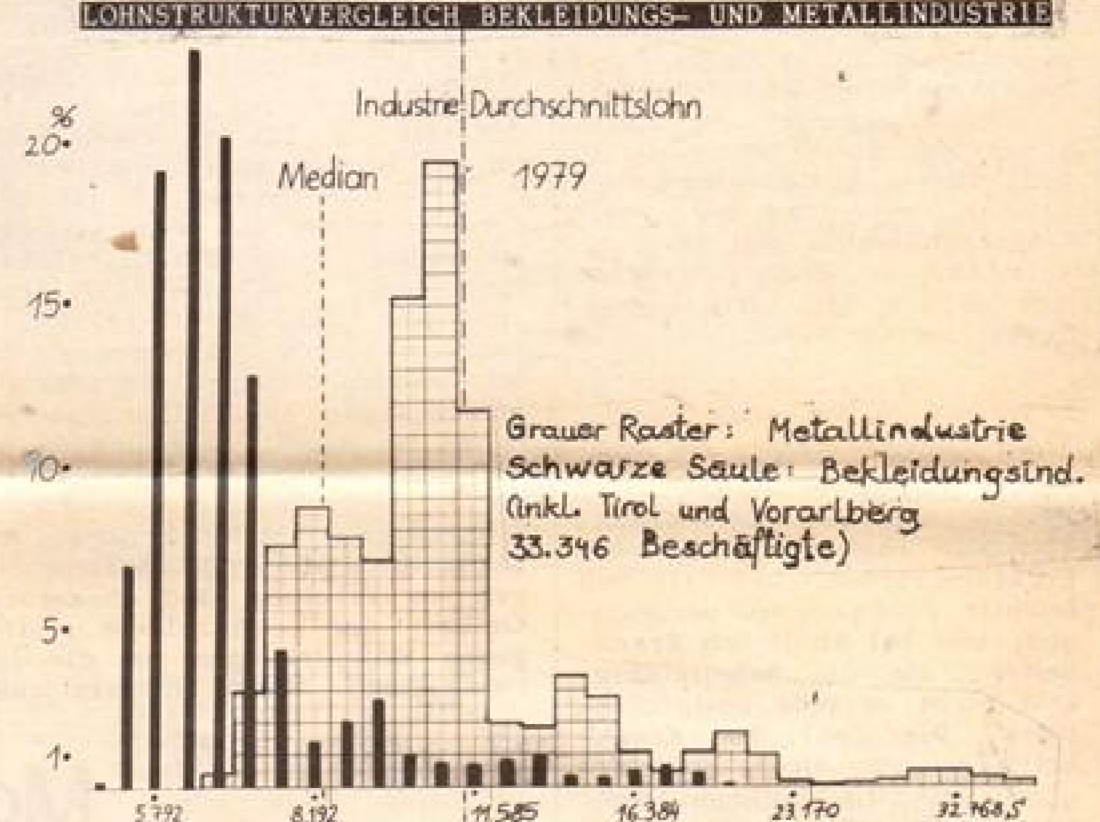
Bis 1971 konnten die österreichischen Kleiderhersteller mehr Bekleidung im Ausland verkaufen, als nach Österreich eingeführt wurde. Seit 1972 aber sehen sie sich einer ständig wachsenden ausländischen Konkurrenz gegenüber. Hauptsächlich die Produzenten aus der EG sind es, die hier einen Teil ihrer überschüssigen Produktion abladen. Heute sind mehr als die Hälfte der Kleider, die in Österreich verkauft werden, aus dem Ausland. 1978 wurde in Österreich Bekleidung für rund 11 Milliarden Schilling produziert. Davon wurde für mehr als 4 Milliarden exportiert. Die Importe machten über 7 Milliarden aus.

Die Kapitalisten beschweren sich besonders laut über die Konkurrenz aus den sogenannten "Billiglohnländern", vor allem Hongkong, Taiwan, Südkorea. Doch in Wahrheit machen die Importe aus diesen Ländern weniger als 10% aus. Seit 1974 schützen sich die westlichen Industrieländer durch das sogenannte "Multifaserabkommen" vor der Konkurrenz durch die jungen Industriestaaten Asiens und auch Afrikas. Durch dieses Abkommen wird genau festgelegt, wieviel an Textilwaren diese Länder jeweils in die imperialistischen Länder einführen dürfen. Bei sinkenden Realeinkommen in Europa können natürlich die billigeren Waren dieser Länder eine weit ernstere Gefahr für die Profite der europäischen Kapitalisten werden.

Die Konkurrenz für die österreichischen Kapitalisten kommt wie gesagt hauptsächlich aus dem EG-Raum, allein 40% der Importe stammen aus der BRD. Um dieser Konkurrenz durch Rationalisierungen entsprechend begegnen zu können, hat den einheimischen Unternehmern in den letzten Jahren das Geld gefehlt. Mengenmäßig ging ihr Absatz seit 1975 Jahr für Jahr fast kontinuierlich zurück, besonders stark allerdings 1978. Erst 1979 erlebten sie wieder einen Aufschwung. Die Investitionen stiegen auch gleich um 17%. Für 1980 wird eine weitere Steigerung der Investitionen um 40% erwartet. Welcher Art diese Investitionen sind, kann man leicht erkennen an den Bedingungen, die an eine Investitionsförderungsaktion des Handelsministeriums geknüpft sind: Das Handelsministerium gibt einen Zuschuß von 10% zu jeder Investition, die mehr als eine Million Schilling kostet, unter der Bedingung, daß die Investition nicht zu einer Produktionsausweitung führt. Es dürfen also nur Rationalisierungsinvestitionen gemacht werden, die alten Anlagen müssen verschrottet oder verkauft werden (bei einer ähnlichen Aktion für die Textilindustrie muß das Verschrotten sogar nachgewiesen werden). Die Tatsache, daß die Unternehmer 1979 wieder höhere Gewinne gemacht haben, wird also wieder einige hundert Textilarbeiterinnen ihren Arbeitsplatz kosten.

Sieht man sich nun das Forderungsprogramm der Gewerkschaftsführer von "Textil, Bekleidung, Leder" an, so zeigt sich, daß sie nicht daran denken, den Kampf gegen die Misere der Bekleidungsarbeiterinnen aufzunehmen. Gefordert wird eine Ist-Lohnerhöhung von 0,68 Prozent für jeden Monat seit der letzten Erhöhung (die war am 1. Juli 79 und brachte für die Ist-Löhne 4,2% und für die KV-Löhne 4,7%). Das macht also für das letzte Jahr 8,16%. Die Forderung für den Kollektivvertraglichen Mindestlohn soll für zwölf Monate 9,6% bringen. Voll durchgesetzt, und wenn nicht die Abzüge für die Arbeitslose erhöht werden, könnte die Forderung knapp ausreichen, um den Reallohn zu halten. Doch müßte, wenn man vorhätte die Forderung voll durchzusetzen, die Lohnrunde ganz anders als nach der üblichen Routine vorbereitet werden. Die Textilarbeiter, die in einer ganz ähnlichen Lage sind, haben mit 4,9% brutto unter der Inflationsrate vom Jahresanfang abschließen müssen. Doch in einer Branche, wo Arbeiterinnen mit 4.000,- bis 5.000,- Schilling netto im Monat nach Hause gehen, heißt "Reallohnsicherung" sowieso nur, einen Bettellohn gegen Wertverlust zu sichern. Obwohl der Gewerkschaftsgruppenvorstand feststellt, daß auch 1979 der Abstand zu den übrigen Arbeitern weiter gewachsen ist, fügt er hinzu: "Die Lohnforderung beschränkt sich bewußt auf die Erhaltung des erreichten Lebensstandards..."

Selbst die letzte Ist-Lohnerhöhung um magere 4,7% hat gar nicht voll durchgeschlagen. Die Kapitalisten haben nämlich die Akkordsätze entsprechend hinaufgeschraubt, sodaß sie einen Teil der Lohnerhöhung sofort wieder unwirksam machten. Die Gewerkschaftsführer stellen diese Tatsache zwar fest, ziehen aber keineswegs daraus den Schluß, daß endlich etwas gegen die Akkordarbeit unternommen werden müßte. Das würde schließlich die Konkurrenzfähigkeit der Kapitalisten einschränken.(ma)



Wie man deutlich sehen kann, liegen die Hauptgruppen der Bekleidungsarbeiterinnen und Arbeiter in einem Bereich, wo die Löhne der Metallarbeiter überhaupt erst beginnen. Rund 70% verdienen zwischen 5.780,- und 7.120,- Schilling brutto. Auch Facharbeiter verdienen in der Bekleidungsbranche weitaus weniger, als Facharbeiter in der Metallbranche.

FAMILIENBEIHILFE: UMVERTEILEN GEGEN LOHNKAMPF

Eine ziemlich lächerliche Komödie wurde dieser Tage innerhalb und außerhalb des Parlaments um die Familienbeihilfe - früher Kinderbeihilfe genannt - gespielt. Die SPÖ schlug vor - und beschloß es dann auch im Parlament - die Familienbeihilfe auf einheitlich S 1.000,- pro Kind anzuheben. Bisher war sie gestaffelt und man bekam fürs erste Kind S 910,- , und dann für jedes weitere um ein paar Schilling mehr bis S 1.010,- für das achte und jedes weitere Kind. Im Durchschnitt betrug die Beihilfe 947,- pro Kind, sodaß die Erhöhung um Durchschnittlich S 53,- oder 5,6 Prozent weniger ausmacht als die Entwertung der Kinderbeihilfe durch die Teuerung seit dem 1.1.79, an dem die bisherige Regelung in Kraft trat. Diese Entwertung in den siebzehn Monaten beträgt nämlich 7 Prozent.

Schon die letzte Erhöhung war leicht unter der Teuerungsrate gelegen, bis 1977 waren die Beihilfen eher rascher gestiegen als der Preisindex.

Die ÖVP protestierte lautstark gegen die Form der Beihilfenerhöhung, nämlich die Einebnung auf einen einheitlichen Betrag pro Kind. Die Streiterei ging darum, ob zweite, dritte und vierte Kinder teurer seien als das erste, oder ob ältere Kinder teurer seien als jüngere, oder ob alle Kinder gleich viel wert seien, mit welcher Argumentation SP-Staatsekretärin Karl die Liebe zu den Kindern mit den Kosten für ihre Aufzucht durcheinanderwarf. Einen Tag nach dem Parlamentsbeschluß tauchte der Vorstand der christlichen Gewerkschafter Klingler mit der Forderung auf, für das zweite Kind sollten genau zehn Schilling mehr gezahlt werden, und für das dritte nocheinmal um hundertzwanzig Schilling mehr.

Bei der ganzen Diskussion ging unter, daß man heute weder um 1.000,- , noch um 1.010,-, noch um 1.200,- Schilling im Monat ein Kind aufziehen kann.

Noch viel weniger war die Rede davon, was die Kinderbeihilfe überhaupt ist.

BARRIERE GEGEN LOHNKAMPF

Die Kinderbeihilfe wurde 1948 eingeführt, um eine besonders krasse Erhöhung des Milchpreises für die Familien mit Kindern auszugleichen. Normalerweise muß die Teuerung bei Konsumgütern die Arbeiter zum Lohnkampf zwingen. Sie müssen ständig darum kämpfen, ihre Arbeitskraft nicht unter ihrem Wert verkaufen zu müssen. Der Wert der Arbeitskraft wird bestimmt durch den Wert der Güter, die notwendig sind, um sie wiederherzustellen. Aber nicht nur die individuelle Arbeitskraft des einzelnen Arbeiters muß wiederhergestellt werden, sondern es muß auch für Nachwuchs an Arbeitern gesorgt werden. Also beträgt der Wert der Arbeitskraft eines Arbeiters soviel, wie notwendig ist, um ihn mit seiner Familie zu erhalten. In dem Maß, in dem auch die Frauen in die Produktion miteinbezogen werden, sinkt der Wert der einzelnen Arbeitskraft. Das wirkt sich heute vor allem in den nierigen Frauenlöhnen aus, die "Zweiteinkommen" darstellen, während die Männerlöhne wegen der immer noch beträchtlichen Zahl der Alleinverdiener ausreichen müssen, um eine Familie halbwegs über die Runden zu bringen.

Steigen nun Preise wie der Milchpreis, die vor allem kinderreiche Familien belasten, so ist die Arbeiterklasse dennoch gezwungen, eine allgemeine Lohnerhöhung durchzusetzen, denn kein Kapitalist zahlt einem Arbeiter deswegen mehr, weil er zwei Kinder hat. Würden die Kapitalisten versuchen, die Löhne auf einen Betrag zu senken, der das Aufziehen von Kindern unmöglich macht, würde das natürlich den heftigsten Widerstand der Arbeiter hervorrufen.

Nun greift der Staat ein und kassiert von den Kapitalisten einen Betrag in der Höhe von 5 Prozent der Bruttolöhne, die sie auszahlen. Dieses Geldist Bestandteil der Löhne und wird auch von den Kapitalisten zu den Lohnkosten gerechnet. Nur wird es nicht allen Arbeitern gegeben, sondern nur denen, die Kinder haben.-als Kinderbeihilfe.

Das Ganze ist also eine Umverteilungsaktion. Durch sie wird erreicht, daß das allgemeine Lohnniveau unter den Betrag gesenkt werden kann, der nötig ist, um eine Familie zu erhalten.

Gäbe es die Familienbeihilfe nicht, dann müßten alle Löhne um den Betrag dieser Beihilfe höher sein.

Derzeit beziehen rund 36 Prozent aller Berufstätigen Kinderbeihilfe (Die Beihilfe bekommt übrigens jeder, der Kinder hat, nicht nur der berühmte "Arbeitsscheue, der von der Beihilfe für seine acht Kinder lebt", sondern auch ein Unternehmer). Im Durchschnitt bekommen die Beihilfenbezieher für jeweils 1,8 Kinder die Beihilfe. Ab diesem Jahr also 1.800,- Schilling im Monat. Wenn wir annehmen, daß von den 990.000 unselbständig beschäftigten Beihilfenbeziehern rund die Hälfte einen berufstätigen Ehepartner hat, der die Beihilfe nicht bezieht, dessen Einkommen aber zum Familieneinkommen gehört, müssen wir die Gesamtsumme der Beihilfe auf alle berufstätigen Eltern auffeilen. Alle (unselbständig) berufstätigen Eltern bekommen also im Durchschnitt je S 1.200,- Familienbeihilfe. Gäbe es keine Beihilfe, müßte das allgemeine Lohnniveau mindestens um diese 1.200,- Schilling höher sein, damit die Lohnabhängigen dennoch ihre Kinder so wie bisher aufziehen könnten.

Selbstverständlich würden die rund 1,3 Millionen Lohnabhängigen, die keine Kinder im beihilfenwürdigen Alter haben, an der Steigerung des Lohnniveaus, die die Arbeiterklasse dann erkämpfen müßte, auch teilhaben.

Die Kapitalistenklasse erspart sich also mindestens 18,7 Milliarden Schilling im Jahr an Löhnen und Gehältern durch die Umverteilungsaktion genannt "Familienbeihilfe".

Ähnliches gilt natürlich auch für die Geburtenbeihilfe und die "Heiratsprämie".

Die sogenannte "Übersozialisierung" Österreichs ist in Wirklichkeit eine ziemlich ausgebaute Sammlung von Werkzeugen zur Spaltung der Arbeiterklasse, und wird im übrigen aus Lohnbestandteilen finanziert. Die Unternehmer wissen das auch recht gut, und das Gejammer von der "Übersozialisierung" muß ihnen zwar immer herhalten, um ihre Angriffe auf den Lohn zu rechtfertigen, in Wirklichkeit unternehmen sie aber gar nichts gegen "Sozialleistungen" von der Art der Familienbeihilfe. Ganz anders stehen sie zu sozialen Einrichtungen wie z.B Kindergärten, die man schwerlich zur Spaltung der Arbeiterklasse ausnutzen kann und die sie deshalb für ziemlich überflüssige Staatsausgaben halten.

Daß es die Familienbeihilfe gibt, ist der Beweis dafür, daß die Löhne unter den Wert der Arbeitskraft gedrückt werden. Für die Arbeiterklasse kann die Parole nicht heißen: "für ausreichende Familienbeihilfen", oder etwas in dieser Art. Der Kampf kann nur um ausreichende Lohnerhöhungen geführt werden, wenn die Arbeiterlasse die Spaltung durch das Beihilfensystem überwinden will. (ma)

Semperit: WO BLEIBT DIE PRÄMIE?

Sommer/Herbst 1979: Unter Einschüchterungs- und Druckmaßnahmen auf die Beschäftigten gelingt es dem von der Creditanstalt frisch eingesetzten Vorstandsvorsitzenden Leibenfrost, die wichtigsten Punkte des Sanierungskonzeptes durchzusetzen: Vier Freischichten bis Sommer 1980, Verschiebung der Auszahlung der Jahresprämie von Jänner und September 1980 auf Dezember 1980, Streichung verschiedener innerbetrieblicher Sozialleistungen, Verteuerung des Werksküchenessens. Außerdem wurden umfassende Rationalisierungen v.a. bei den Angestellten begonnen.

KEINE JAHRESPRÄMIE BEDEUTET LOHNKÜRZUNG

Am meisten gebracht hat Leibenfrost die Verschleppung der Auszahlung der Jahresprämie: Handelt es sich dabei um einen zinsenlosen Kredit der Arbeiter und Angestellten an die Firma, der 120 Millionen Schilling hoch ist, ein Viertel der für 1980 geplanten Investitionen. Inzwischen tauchten unter den Kollegen von der Semperit immer wieder Zweifel auf, ob die Prämie tatsächlich Ende des Jahres ausbezahlt wird, wie hoch sie sein wird (bisher ein Monatsgehalt), wobei allein durch die Inflation des laufenden Jahres die Prämie um ca. 6% entwertet wird.

Andererseits gibt es angesichts des niedrigen Kollektivvertragsabschlusses, der den meisten Kollegen ab dem 1.Mai 270.- bis 300.- S netto Lohnerhöhung brachte, neuerlich Gründe genug, die Auszahlung der Prämie noch vor dem Urlaub Mitte Juli zu fordern, um nicht noch weiter hinunter gedrückt zu werden.

Die Prämie ist ein fixer Bestandteil vom Lohn. Mit diesem Geld rechnen die Semperit-Arbeiter im Haushalt, es wird in die Ausgaben mit eingeplant. Verschleppung der Pämienauszahlung bedeutet monatlich einen Lohnraub von 6,6%, was die Lebenshaltung weiter verschlechtert und im weiteren zur Verschuldung und Kreditabhängigkeit von den Banken führt.

DIE PRODUKTIVITÄTSERHÖHUNG

Innerhalb des letzten Jahres wurde die Produktivität bei der Semperit um 13% gesteigert. Das ist die höchste Steigerung (zumindest in den letzten 15 Jahren). Erreicht wurde die Produktivitätssteigerung kaum durch Anschaffung neuer Maschinen (1979 wurden nur 250 Mill. investiert), sondern durch Vermehrung der Schweißauspressung: Personalabbau bei den Angestellten, Steigerung der Arbeitshetze und Rationalisierungen. Produktivitätssteigerung bedeutet für die Arbeiter schnelleren Verschleiß ihrer Arbeitskraft, steigende Anforderungen an Erholung und Wiederherstellung der Kräfte. Diese gestiegenen Anforderungen an die Lebenshaltung durch Intensivierung der Arbeit wurden bereits früher beim Lohn nicht abgegolten, was seinen Ausdruck u.a. im Gesundheitszustand der Semperit-Arbeiter findet. (Siehe Kasten über die Krankenstände bei Semperit).

Die Verschleppung der Prämienauszahlung verschlechtert die Lage weiter. Trotz enorm gestiegener Inensität der Arbeit muß man sich in der Lebenshaltung einschränken. Anstatt die Freizeit für dringend notwendige Erholung zu nutzen, erzwingt die finanzielle Lage immer mehr, sich im "Pfusch" etwas dazuzuverdienen.

Außerdem hat Leibenfrost angekündigt, daß die Intensivierung der Arbeit fortgesetzt wird. Es gibt Neustoppungen im Betrieb, die Akkordsätze bei der Produktion des M 501 ("Hi Life") und in einigen anderen Abteilungen sollen neu festgelegt werden. Solange die Prämie nicht ausbezahlt ist, ist ein Kampf gegen diese Maßnahmen, oder um Sicherheits- oder Absaugvorrichtungen (die dringend notwendig wären), schwerer zu organisieren. Denn auf jeden Widerstand, auf jede Forderung kann die Firmenleitung derzeit mit der Drohung antworten, die Auszahlung der Prämie weiter zu verschleppen.

AUSZAHLUNG DER PRÄMIE NOCH VOR DEM URLAUB !

Es gibt Gründe genug, die Auszahlung der Prämie noch vor dem Uralub zu fordern und die Betreibsräte dazu zu bringen, dies gegenüber der Firmenleitung zu vertreten und gestützt auf die Belegschaft auch durchzusetzen. Für die Kollegen, die ja nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben, muß aber die Rücksicht auf die Erhaltung ihrer Kräfte das Ausschlaggebende sein. Und die Lage zeigt, daß die Auszahlung der Prämie notwendig ist, um nicht noch weiter hinunter gedrückt zu werden.

Deswegen glauben wir, daß - als erster Schritt - einmal von Seiten der Firmenleitung bekannt gegeben werden muß, wann, und in welcher Höhe sie vorhat, die Prämie auszubezahlen. Diese Information sollten möglichst bald vom Betriebsrat eingeholt und den Kollegen belkanntgegeben werden.

Krankenstände bei Semperit

1. Zunahme der Krankenstandsfälle

Die Zahl der Krankenstände hat von 1969 - 78 von 12.545 auf 13.547, also um 1.000 zugenommen. Gleichzeitig wurde der Belegschaftsstand reduziert.

2. Zunahme der chronischen Krankheiten

Die Krankenstände wegen Herzkrankheiten sind fast um die Hälfte angestiegen (von 190 auf 284). Ebenfalls stark zugenommen haben Magen- und Darmkrankheiten und Krankheiten des Bewegungs- und Stützapparates. Diese beiden letztgenannten Krankheitsgruppen haben - gemeinsam mit Erkältungskrankheiten den höchsten Anteil an den Krankenständen. Sie machen die Hälfte aller Krankenstände aus.

3. Lange Krankenstände - Schwere Krankheiten

Bei vielen häufigen Krankheiten ist - im Vergleich zu 1969 - die Zahl der Krankheitstage angestiegen. Nur bei Erkältungskrankheiten ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen, und bei ähnlichen Krankheiten, die die Arbeitsfähigkeit nicht so sehr beeinträchtigen. Die Zahl der Krankheitstage ist nicht angestiegen, weil die Kollegen mehr "krank feiern", sondern weil sie schwere gesundheitliche Schäden haben.

4. Krankheiten, die bei der Semperit besonders häufig auftreten

Vergleicht man die Krankenstände bei der Semperit mit denen der Wiener Gebietskrankenkasse, so fallen folgende Unterschiede auf:

Wegen Grippe und ähnlicher sogenannter "leichter Krankheiten" gehen die Semperitler seltener in den Krankenstand. Dagegen müssen sie wesentlich häufiger wegen Krankheiten des Bewegungs- und Stützapparates, Magendarmkrankheiten und Arbeitsunfällen in den Krankenstand gehen.

Alle diese Zahlen sind den Jahresberichten der Semperit-Krankenkasse entnommen. Sie geben aber kein vollständiges Bild von der gesundheitlichen Lage, weil z.B. die Zahl derer, die aus gesundheitlichen Gründen in Frühpension gehen müssen, nicht erfaßt ist.

Aber es wird deutlich, daß gewisse Krankheiten, die aufs engste mit den Arbeitsbedingungen und der Intensität bei der Arbeit zusammenhängen, besonders häufig auftreten und in den letzten Jahren zugenommen haben.

Jeder Arzt, jeder Betriebsrat weiß heute bereits, daß "Streß" zu Herzkrankheiten führen kann, Schichtarbeit zur Erkrankung der Verdauungsorgane, schwere körperliche Belastung und Zugluft zu Erkrankungen des Bewegungs und Stützapparates.

Die Produktivitätssteigerung verbucht die Firmenleitung als Erfolg, für die Arbeiter führt sie zur Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes.

ARGUMENTE

Gastarbeiter rausschmeissen?

Vehement gegen den geplanten "Abbau" von 15.000 ausländischen Arbeitern in diesem Jahr spricht sich die Sektion Industrie der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft aus.

In einem Blättchen "Argumente zum Partnergespräch", einer Art Diskutierhilfe für Verhandlungen mit Betriebsräten und Gewerkschaftern äußert sie sich geradezu empört darüber, daß es im August 79 nur 30.000 Arbeitslose gegeben hat, was der niedrigste Stand seit langem ist, und beschwert sich, daß schon so mancher Auftrag verlorengegangen sei, weil die Unternehmer nicht die entsprechende Anzahl billiger Gastarbeiter zur Verfügung gehabt hätten. "So ist es beispielsweise in der Gießereiindustrie kaum möglich, inländische Arbeitskräfte - selbst unter Zusicherung entsprechender Löhne und Zulagen - zu erhalten, da sie die in Gießereibetrieben nun einmal anfallenden Arbeiten ablehnen." (Was die Inustriellen hier für "entsprechende Löhne und Zulagen" halten, sei einmal dahingestellt).

Ausländische Arbeitskräfte seien umso nötiger, als man die Arbeiter auch so schwer zum Pendeln bewegen könne, wenn sie an einem Ort gebraucht werden und am anderen nicht.

"Der Stand an Gastarbeitern hat in Österreich eine Untergrenze erreicht, die nicht mehr ohne Schaden für die Wirtschaft unterschritten werden kann."

Den Unternehmern ist es darum zu tun, die industrielle Reservearmee möglichst groß zu halten. Auch wenn die 15.000 ausländischen Kollegen heimgeschickt werden, wird die Zahl der Arbeitslosen von 57.000 im vorigen Jahr auf 66.000 ansteigen. Das bedeutet eine Arbeitslosenrate von 2,3%. Werden die ausländischen Kollegen nicht hinausgeschmissen, so nähert sich die Arbeitslosenrate gefährlich der Dreiprozentmarke.

Ist also die Politik des SP-Sozialministers, einen Teil der überzähligen Arbeitskräfte abzuschieben, nicht doch im Interesse der österreichischen Arbeiter, wird "dadurch nicht die Möglichkeit, die ausländischen Kollegen als Lohndrücker einzusetzen, verringert und werden dadurch nicht die Arbeitsplätze der österreichischen Arbeiter gesichert?

Von all dem kann keine Rede sein.

Allerdings betrachtet der Sozialminister die Frage der ausländischen Arbeiter offenbar von einer höheren Warte aus, als die Sektion Industrie der Bundeswirtschaftskammer. Wären zum Beispiel alle 226.000 ausländischen Kollegen, die 1973 in Österreich gearbeitet haben, im Land geblieben, so wären jetzt 56.000 von ihnen arbeitslos und die Arbeitslosenrate würde über 4 Prozent betragen. Das wäre natürlich eine ständige Quelle von "sozialer Unruhe" und würde es Kreisky & Benya sicherlich erschweren, die Arbeiterschaft bei der Stange zu halten und ihr ihre Politik der ständig steigenden Ausbeutung und Ausplünderung als Vollbeschäftigungspolitik zu verkaufen.

Und es ist schließlich gerade die Politik der SP-Regierung, die durch die völlige Entrechtung der Gastarbeiter mittels Ausländerbeschäftigungsgesetz und eben durch die Möglichkeit, die Gastarbeiter jederzeit abzuschieben, sie umso stärker in die unfreiwillige Rolle von Lohndrückern zwingt.

Wir können nicht dafür sein, daß die ausländischen Kollegen einfach abgeschoben werden, wenn sie nicht mehr gebraucht werden. Wir sind ganz entschieden gegen diese Form der Senkung der Arbeitslosenrate.

Um die Spaltung zwischen ausländischen und inländischen Arbeitern zu beseitigen, um zu verhindern, daß die ausländischen Kollegen als Lohndrücker eingesetzt werden, muß die Entrechtung durch das Ausländerbeschäftigungsgesetz bekämpft werden und die Arbeitslosenunterstützung auf 80% vom Lohn erhöht werden - für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit und selbstverständlich ohne Unterschied zwischen In- und Ausländern.

Wenn sich Regierung und Kapitalisten über die Frage "heimschicken oder nicht" uneins sind, ist das für die Arbeiterklasse noch lange kein Grund, sich zwischen den beiden Möglichkeiten zu entscheiden. Eine selbständige Politik der Arbeiterklasse kann nur darin bestehen, für die Einheit von in- und ausländischen Arbeitern zu kämpfen.(ma)

Mobilität ist gefragt

Unter Mobilität versteht die Bourgeoisie, daß größere Arbeitermassen ständig rasch von einem in einen anderen Produktionszweig geworfen werden können.

Die "höhere Mobilität", die das Kapital der Arbeiterklasse abverlangt, mündet aber auch häufig in längeren Fahrtzeiten und grösseren Geldausgaben und somit wachsendem Umfang von Mitteln, um die Reproduktion der Arbeitskraft wiederherstellen zu können. Eine unlängst von der Salzburger Arbeiterkammer veröffentlichte Studie kommt zum Schluß: "Das Pendeln - im weiteren Sinne - gehört zu den wesentlichen Merkmalen des Arbeitnehmerdaseins."

Nach dort veröffentlichten IFES-Umfragen betrug 1976 der Weg zum Betrieb im Land Salzburg schon für 21% der Beschäftigten über 30 Minuten. Außerhalb der Wohngemeinde arbeiten 32% und zwar:

Arbeiter männlich	41%
Arbeiter weiblich	26%
Angestellte männlich	31%
Angestellte weiblich	21%

Da sich die Familie meistens nur ein Fahrzeug leisten kann, bzw. die Frauenlöhne nicht für den Kauf und den Erhalt eines Fahrzeuges ausreichen, müssen viele Arbeiterinnen zu Fuß gehen oder mit dem Fahrrad fahren

Die Wochenpendler, die während der ganzen Woche von ihrer Wohnstätte weggerissen sind, machen 4% der Beschäftigten aus. Ein Fünftel der in der Untersuchung Befragten gab an, daß der Arbeitsweg strenger oder gleich streng wie die Arbeit selbst sei. Wie allgemein bekannt ist, wird der Fahrtkostenaufwand in den wenigsten Fällen vom Kapitalisten abgegolten. Und wo diese "Sozialleistung" erreicht wurde, ist das Kapital bald wieder bemüht, sie bei der nächstbesten Gelegenheit wieder abzubauen. Wie es z.B. mit der empfindlichen Erhöhung der Firmenbusbenützerpreise im Heizstäbewerk Bleckmann in Salzburg der Fall war. Wenn die Bourgeoisie höhere Mobilität fordert, fordert sie von der Arbeiterklasse einen erhöhten Reproduktionsaufwand, den sie natürlich nicht bezahlen will.

Eine Wirtschaftsstudie, präsentiert vom Präsidenten der Industriellenvereinigung, stellt fest, daß der "Österreicher immobil" ist, und die "Presse" schreibt in ihrer Glosse zum 1. Mai, daß die sozialdemokratischen Politiker zwar in ihren Mai-Reden beteuern würden, daß alle im gleichen Boot sitzen würden, aber daß sie verschwiegen, daß einige an falschen Plätzen sitzen würden. Das Kapital fühlt derzeit wieder einen Mangel an ausbeutbaren Kräften, regional unterschiedlich. Die Konzentration der Produktion in immer größeren Werken bedeutet auch ihre Konzentration an weniger Orten und Ansaugen der Arbeiterbevölkerung aus weniger industrialisierten Gebieten oder vom Land. Die einzelnen Bezirke in Salzburg verschoben sich in ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung des Landes seit dem vorigen Jahrhundert so, wie wir es in der unten abgedruckten Tabelle darstellen.

Dies sagt vor allem etwas aus über die Zusammenballung in der Stadt Salzburg. Innerhalb der einzelnen Bezirke hat es jedoch auch große Verschiebungen gegeben, vor allem wurde der Bauer durch die kapitalistische Konkurrenz in der Landwirtschaft "mobil" gemacht für die Ausbeutung als Proletarier in der Fabrik, was auch Zug in die Städte bedeutete.

	1869	1934	1951	1971
Stadt	17,0 %	28,3 %	31,5 %	32,1 %
Tennengau	12,2 %	11,0 %	10,5 %	10,1 %
Flachgau	24,2 %	20,2 %	19,6 %	21,1 %
Pongau	17,7 %	17,1 %	16,2 %	15,6 %
Lungau	8,5 %	5,9 %	5,1 %	4,7 %
Pinzgau	19,3 %	17,6 %	17,2 %	16,4 %
Gesamtbev.	153159	245801	327232	401766

ÖGJ

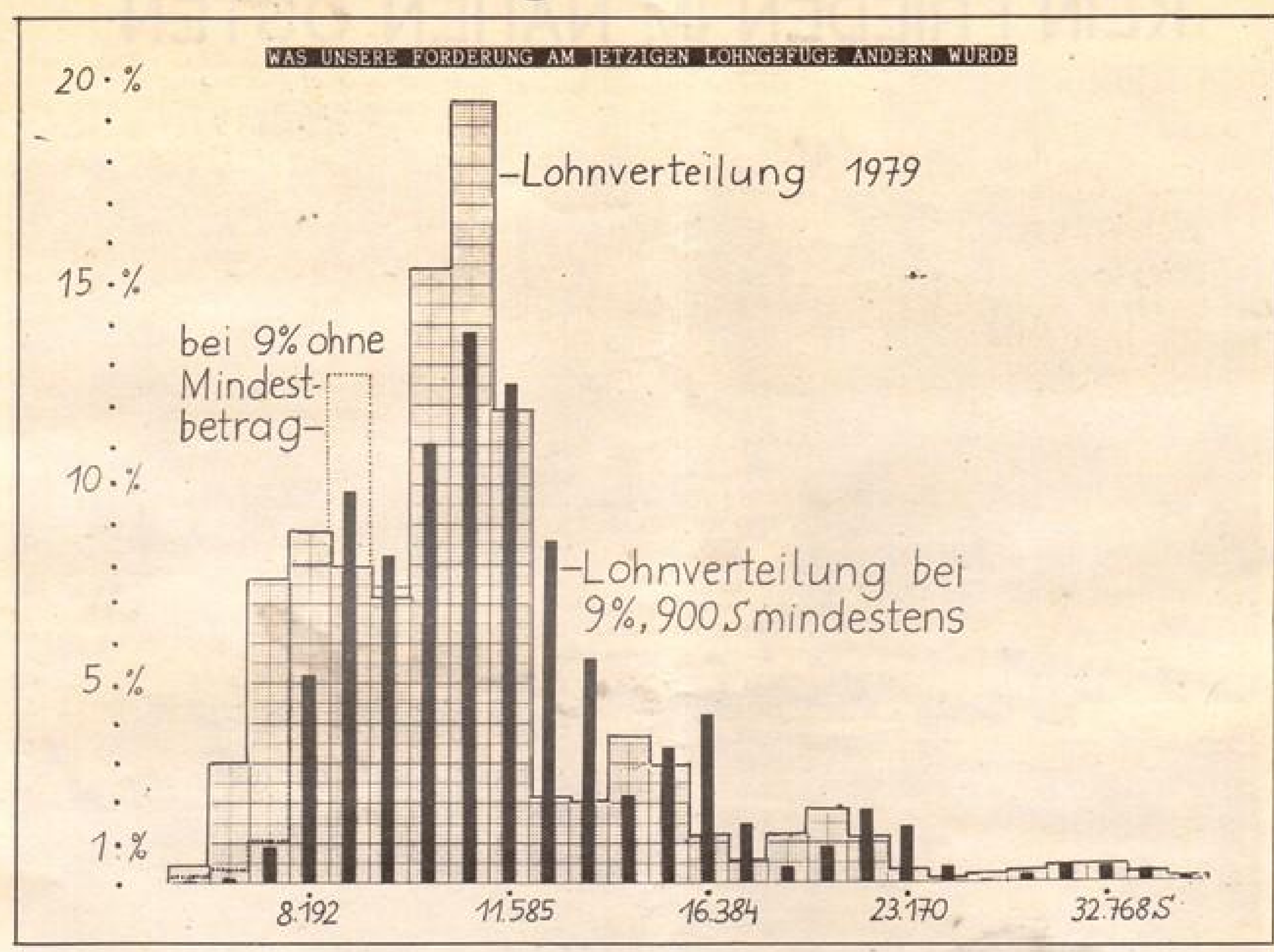
Am 30. Mai faßte die Landesleitung der ÖGJ-OÖ einen Beschluß gegen eine neue Volksabstimmung und für die Einhaltung des Atomsperrgesetzes. Der Beschluß ging nur knapp dafür aus und richtete sich nicht gegen die Atomenergie selbst, sondern vor allem gegen die Vorgangsweise der ÖGB-Führung, die mit allen Mitteln das Votum von 1978 gegen das AKW umstoßen will und die versucht, Aktivitäten dagegen zu unterdrücken.

ÖGJ-Mitglieder verteilten auf der ÖGJ-Demonstration in Wien Flublätter gegen das AKW. Im Braunauer Jugendzentrum begann vor kurzem ein Anti-AKW-Arbeitskreis zu arbeiten. Dagegen opponiert heftig ein Betriebsrat von VMW-Ranshofen, bisher und wahrscheinlich auch zukünftig aber mit wenig Erfolg.

Es gibt bereits ein Komitee "Gewerkschafter gegen AKW" in Braunau, bestehend hauptsächlich aus ÖGJlern (VMW Ranshofen und sonstige Betriebe aus der Braunauer Umgebung). Die älteren ÖGB-Mitglieder aus dieser Gegend sind heute nicht mehr einheitlich für das AKW-Zwentendorf, hauptsächlich aus dem Grund, daß Zwentendorf ein veraltetes Modell ist, mit dem man bereits in der BRD schlechte Erfahrungen gemacht hat.

Was unsere Forderung den Metallarbeitern brächte

Wir haben im letzten "Klassenkampf" die Lohnstruktur der Metallindustrie analysiert und auch ihre Entwicklung zwischen 1965 und 1979. Leider sind durch Mängel bei der technischen Produktion die dort gebrachten Schaubilder recht undeutlich geworden, so daß wir sie hier noch einmal in besserer Qualität nachtragen. Was die Analyse der Schaubilder betrifft, verweisen wir auf den "Klassenkampf" 14/80. Ebenso was die Erläuterung der Darstellungsweise in den Schaubildern betrifft. In dieser Nummer haben wir ausgehend von der Lohn- und Gehaltsverteilung 1979 die Auswirkungen verschiedener Lohn- bzw. Gehaltserhöhungen auf die Lohnstruktur berechnet und dargestellt. Insbesondere haben wir berechnet und dargestellt, welche Auswirkungen die Realisierung der von unserer Organisation bei den bevorstehenden Kollektivvertragsverhandlungen für notwendigerachteten Forderung hätte. Wir haben dabei Arbeiter und Angestellte immer zusammen genommen, weil wir die Auffassung vertreten, daß das Industriegruppenprinzip konsequent verwirklicht und damit mit der kollektivvetragsmäßigen und gewerkschaftlichen Aufspaltung der Arbeiter und Angestellten Schluß gemacht werden muß. Ein erster Schritt dabei wäre die enge Verkoppelung - gleiche Lohnforderung, gleicher Termin, verkoppelte Verhandlungen - der Kollektivvertragsverhandlungen der Metallarbeiter und der Industrieangestellten.



Unserer Auffassung nach müssen zwei Gesichtspunkte für die gewerkschaftliche Lohnpolitik maßgebend sein: Erstens muß der Wert der Arbeitskraft verteidigt werden, das heißt der Lohn (netto) muß die Reproduktionskosten für die Arbeitskraft decken. Durch die Steigerung der Ausbeutung und insbesondere durch die steigende Arbeitsintensität steigt der Verschleiß der Arbeitskraft und damit die Reproduktionskosten ständig. Die Löhne bleiben dahinter bereits weit zurück. Aber das ist noch nicht alles. Dazu kommt, daß die Löhne netto sogar mehr und mehr und für immer größere Teile der Arbeiterschaft hinter der laufenden Entwertung der Löhne durch die Inflation zurückbleiben. Die gewerkschaftliche Lohnpolitik kann sich auf Dauer nicht auf die Sicherung des Reallohns beschränken, dennoch aber kann sich die Arbeiterschaft unter den gegebenen heutigen Bedingungen für die kommende Kollektivvertragsverhandlungen keine weitergehenden Ziele stecken als die Verteidigung des Reallohns. Die von Benya immer noch beschworene Reallohnsteigerung ist sowieso nichts als Rederei. Freilich ändert die bloße Verteidigung des Reallohns noch nichts an der viel entscheidenderen Tatsache, daß die Löhne Schritt für Schritt unter den Wert der Arbeitskraft weiter hinuntergedrückt werden. Und letzlich der Kampf dagegen die gewerkschaftliche Lohnpolitik bestimmen muß. Der zweite Gesichtspunkt für die gewerkschaftliche Lohnpolitik muß aber unbedingt der Kampf um eine Verbesserung der Lohnstruktur sein, wobei Verbesserung einfach bedeutet, daß die gröbste Spaltungslinie, die sich im Schaubild als tiefe "Täler" darstellen, eingeebnet werden. Natürlich darf die Einebnung nicht dadurch erfolgen, daß die höher bezahlten Arbeiterschichten hinuntergedrückt werden, sondern nur dadurch, daß die unteren nachgezogen werden. Von diesen Überlegungen ausgehend halten wir die Forderung nach 9% Lohn- und Gehaltserhöhung, mindestens aber 900,- für richtig und notwendig, wie aus den folgenden Überlegungen zwingend hervorgeht.

Die Verwirklichung dieser Forderung würde die Kapitalisten etwa 388 Millionen Schilling kosten, davon 249 Millionen Schilling bei den Arbeitern und 139 Millionen Schilling bei den Angestellten. Das wären 9,28% der bisherigen Lohn- bzw. Gehaltssumme von 4.186 Millionen Schilling (einheitlich aller Abgaben der Kapitalisten) und 3,3% im Vergleich zu den Bruttoanlageinvestitionen 1979 (11.643 Millionen Schilling).

Die Spaltungslinie im Lohngefüge zu beseitigen, die "Täler" einzuebnen und ein möglichst gleichmäßiges Lohngefüge zu erreichen war eine der Hauptüberlegungen für unseren Vorschlag, beim kommenden Metallarbeiter-Kollektivvertrag eine Ist-Lohnerhöhung von 9%, mindestens 900,- zu fordern.

Das Schaubild zeigt, wie sich diese Forderung auf das Lohngefüge auswirken würde. Im Hintergrund sieht man die jetzige Lohnverteilung. Links von der größten Lohnklasse ist ein stark ausgeprägtes "Tal" und noch weiter links ein "Berg". Das sind die niedrig bezahlten ungelernten und angelernten Arbeiter. Je weiter diese Arbeiter abgekoppelt sind, je tiefer und breiter dieses "Tal" ist, umso mehr wirken sie als Lohndrücker, umso stärker wirkt der Druck, dieses "Tal" aufzufüllen durch Hinunterdrücken aus den großen oberen Lohnklassen. Dieser Abkoppelung entgegenzuwirken und das "Tal" durch Nachziehen der unteren Lohnklassen aufzufüllen, ist eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaft. Es geht nicht anders, als durch entsprechend hohe Mindestbeträge bei den kollektivvertraglichen Ist-Lohnerhöhungen.

Das ist also ein Grund, wieso ein Mindestbetrag bei den kommenden KV-Verhandlungen für die Arbeiter und Angestellten so wichtig ist.

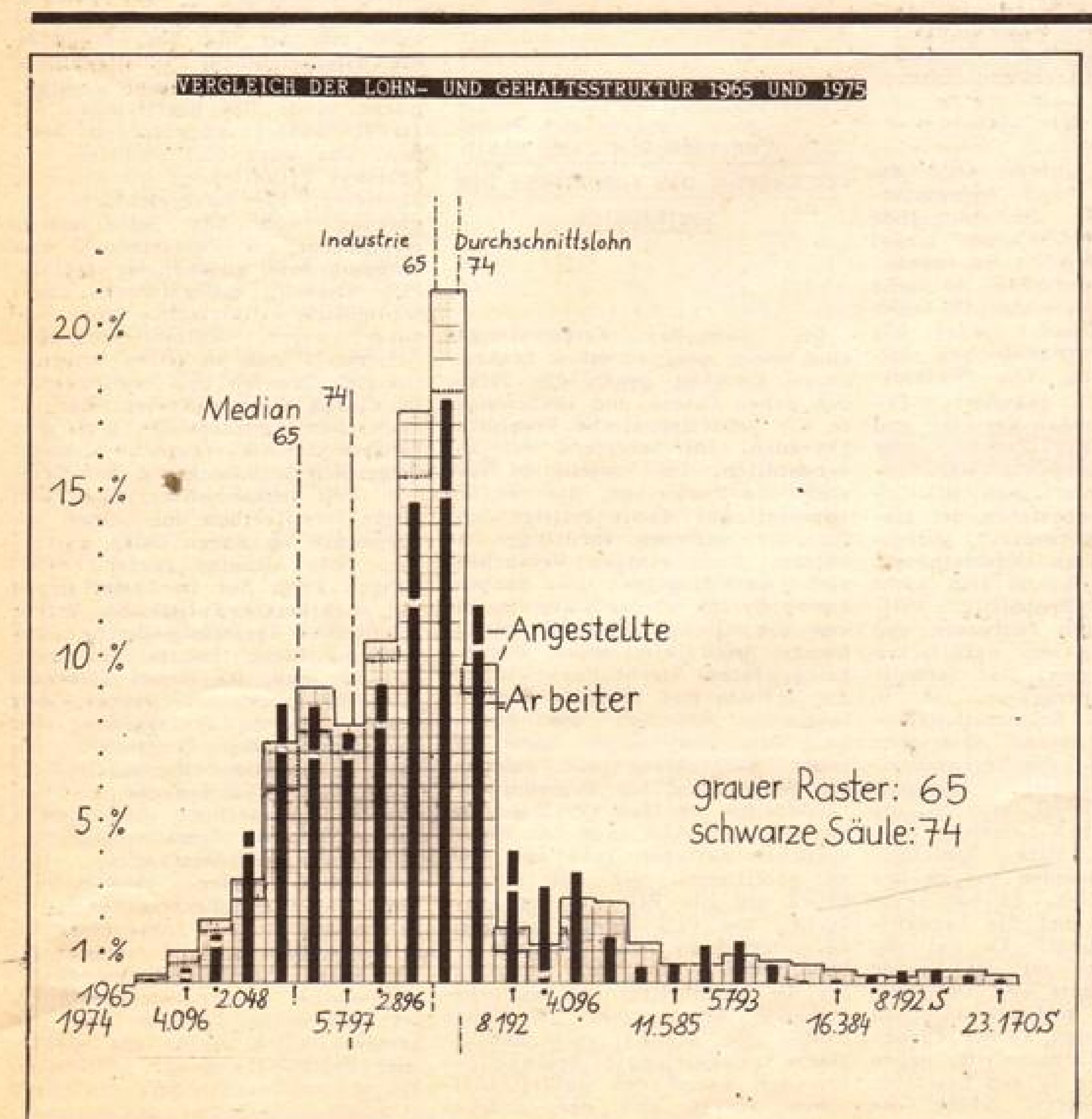
Wie hoch muß dieser Mindestbetrag sein, um eine Vereinheitlichung des Lohngefüges zu erreichen? Mindestens so hoch, daß alle Arbeiter und Angestellten, die in dem Spaltungstal liegen durch diesen Mindestbetrag hinaufgezogen werden. Dem entspricht ein Mindestbetrag von 900,- Auf dem Schaubild ist ersichtlich, daß der Mindestbetrag von 900,- gerade bis zum rechten Rand des Spaltungstales wirkt. Für die unterste Lohnklasse des Hauptberges in der Mitte wirkt bereits die 9% Forderung. Würde man nur eine einheitliche Erhöhung um 900,- für alle fordern, wäre das für den größten Teil der Arbeiter ein Nachteil. Alle, die rechts vom Spaltungstal liegen, würden durch eine solche Forderung weit unter die Inflationsrate gedrückt, da für sie die 900,- weniger als 9% ausmachen würden. Daher wäre so etwas auch spalterisch und es könnte keine Kampfkraft für eine solche Forderung entstehen. Durch die Koppelung von Mindestbetrag und %-Forderung erreicht man den größten Nutzen für alle Arbeiter und die Masse der Angestellten und somit auch die größte mögliche Einheit und Kampfkraft.

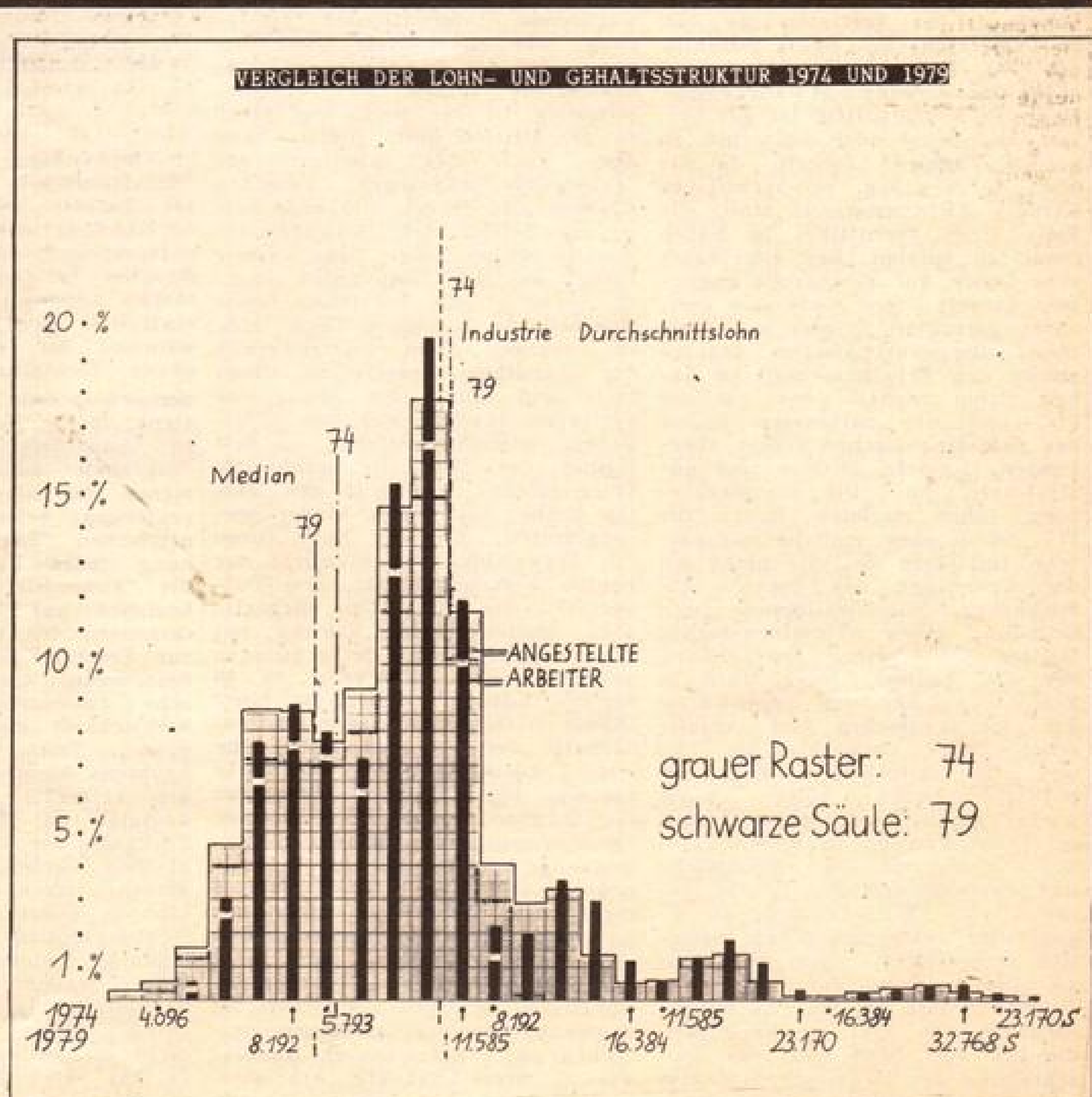
Über dem jetzigen Zustand haben wir auf dem Schaubild eingezeichnet, wie sich das Lohngefüge verändern würde, wenn die Forderung 9% mindestens 900,- durchgesetzt werden könnte:

Das Spaltungstal ist zwar noch vorhanden, aber viel weniger tief und auch viel weniger breit (nur mehr eine Lohnklasse, statt wie bis jetzt zwei Lohnklassen). Die vier untersten Lohnklassen sind viel kleiner geworden. Der Großteil dieser Arbeiter und Angestellten ist hinaufgezogen worden und hat das Spaltungstal eingeebnet. Würde im Jahr darauf noch einmal eine solche Lohnforderung durchgesetzt werden, so wäre das Spaltungstal überhaupt weg und auch die unterste Lohngruppe!

Außerdem sieht man im linken Teil des Schaubildes noch eine strichlierte Linie. Das zeigt, wie sich das Lohngefüge verändern würde, wenn nur eine 9%-Erhöhung durchgesetzt werden würde - ohne Mindestbetrag: Die untersten zwei Lohngruppen würden zwar auch nachgezogen, aber nur bis zur dritten und vierten. Dort würde sich der erste Berg noch steiler auftürmen und das nachfolgende Tal noch steiler und tiefer abfallen - die Spaltungslinie wäre schärfer als jetzt! (Ähnlich sähe das Bild auch bei einer zu niedrigen Mindestforderung - etwa bei 800,- aus.)

Die Höhe der %-Forderung wirkt sich auch günstig auf die rechte Seite der Lohnstruktur aus: Der Abfall nach der größten Lohnklasse wäre weniger steil und tief. Das Spaltungstal auf dieser Seite gäbe es zwar nach wie vor, aber erst weiter oben (wl, dr)





OHNE SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER PALÄSTINENSER KEIN FRIEDEN IM NAHEN OSTEN

Lautstark und spektakulär waren nur die Ankündigungen über eine "Nahostinitiative" der EG-Länder anläßlich des am Donnerstag, den 12. Juni, eröffneten EG-Gipfels in Venedig. Bevor das Treffen noch beendet war, war bereits klar, daß die Repäsentanten der großen EG-Länder, so sehr sie vielleicht mit solchen hochfliegenden Plänen gespielt haben, in der Nahostfrage doch zurückhaltend agieren und keine Vorstöße unternehmen würden. Das wurdes spätestens in Zweiertreffen Schmidt-Giscard, Cossiga-Thatcher und Schmidt-Thatcher unmittelbar vor Beginn des Gipfels festgelegt. Ursprünglich war die Rede von der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Palästinenser, von einer Revidierung oder Ergänzung der Resolution 242 der UNO (in der die Palästinenser lediglich als "Flüchtlinge" betrachtet werden und nicht als Volk, das um seine Befreiung kämpft und das Recht auf Selbstbestimmung hat), von der formellen Anerkennung der PLO und der Forderung, die PLO müsse bei allen Verhandlungen beigezogen werden, von der Ablehnung der israelischen Siedlungspolitik und der israelischen Jerusalempolitik; aber natürlich auch von der Anerkennung des Existenzrechtes Israels, d.h. des zionistischen Kolonialgebildes, das das unmittelbare Hindernis für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser ist. Davon ist nahezu nichts geblieben. Inzwischen ist von "westlich harmloseren Deklarationen und diplomatischen Unternehmungen" die Rede. Die EG-Führer haben also zurückgesteckt. Der Druck der US-Imperialisten hat dabei sicher eine Rolle gespielt. Jedenfalls haben alle EG-Führer erklärt, ihre Bemühungen seien nicht gegen die Camp-David-Verhandlungen gerichtet, sondern würden vielmehr darauf aufbauen; die "Sicherheit Israels" würde auf keinen Fall durch irgendeinen Vorstoß zugunsten der PLO gefährdet, von Anerkennung der PLO könne keine Rede sein, ebensowenig von einer Änderung der Resolution 242, die USA würden nicht vor den Kopf gestoßen werden.



Der lebende Beweis des Scheiterns von Camp David: Zionistische Siedlung im Westjordanland.

PRESSEERKLÄRUNG DES VERTRETERS DER PLO IN WIEN

Das hin und her um die EG-"Nahostinitiative" fällt in eine Zeit, in der die Camp-David-Politik vollständig bankrott gemacht hat. Der Schlußtermin der Vereinbarungen von Camp David ist mit dem 26.Mai ohne Ergebnis verstrichen. Der Vertreter der PLO in Österreich, Dr. Ghazi Hussain, erklärte Ende letzter Woche in einer Presseerklärung: "Die amerikanische Nahostpolitik ist gescheitert und wird auch weiterhin zu keinem Ergebnis führen, da die USA durch ihre pro-israelische Haltung nicht imstande sind, die Rolle eines Vermittlers im Nahen Osten zu spielen. Der amerikanische Druck auf Westeuropa zugunsten Israels dient nicht dem Ziel, einen gerechten Frieden zu erreichen. Die europäischen Staaten stören den Friedensprozeß im Nahen Osten nicht, wenn sie die PLO und die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes anerkennen, sondern fördern und unterstützen ihn." Die Presseerklärung fährt zugleich fort: "Die PLO lehnt aber jegliche europäische Initiative ab, die nicht auf der Grundlage des Rechtes auf Rückkehr, Selbstbestimmung und Gründung eines palästinensischen Staates sowie einer Anerkennung der PLO basiert. Jeder Staat in Westeuropa, der dem gegenwärtigen amerikanischen und israelischen Druck nachgibt, die PLO und die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes nicht anzuerkennen, verhindert einen gerechten Frieden im Nahen Osten und unterstützt die rassistische und expansionistische Politik Israels." Die PLO war nicht an irgendeiner westeuropäischen Initiative interessiert, schon gar nicht an einer solchen, durch ein paar Zugeständnisse an die PLO hauptsächlich das Ziel zu verfolgen, die PLO von ihrem Ziel, der Zerschlagung des israelischen Staates und der Errichtung eines demokratischen Staates in Palästina, und vom Kampf um dieses Ziel, insbesondere vom bewaffneten Kampf, abzubringen. "Mäßigung" der PLO war aber das deklarierte Ziel der EG-Länder. Die PLO war an einer Initiative interessiert, die wirkliche Unterstützung der palästinensischen Revolution bedeutet hätte. Zugleich hatte die PLO auf ihrem Nationalkongreß vor wenigen Tagen ihre Ziele neuerlich unmißverständlich bekräftigt. Ebenso hatte kurz zuvor ein Kongreß der Al Fatah, der größten palästinensischen Organisation, neuerlich auf die Entschlossenheit zur Fortsetzung des Kampfes, besonders des bewaffneten Kampfes, hingewiesen.

DIE POLITIK DER WESTEUROPÄISCHEN LÄNDER

Ausgangspunkt der Politik der EG-Länder ist sicherlich das grobe Zurkenntnisnehmen von Tatsachen. Der Aufstieg der palästinensischen Revolution, der Niedergang Israels, seine zunehmenden inneren Schwierigkeiten, seine wachsende internationale Isolierung, die zunehmende Unterstützung, die der Kampf des palästinensischen Volkes um Selbstbestimmung in der Welt, vor allem in der Dritten Welt, findet. Dann aber auch das Scheitern der "Friedensverhandlungen" zwischen Ägypten und Israel, die neue Krise der Politik des US-Imperialismus im Nahen Osten, das weitere Vordringen der Sowjetunion (z.B. in Syrien), das Entstehen neuer Unruheherde in diesem Raum (z.B. im Libanon, nicht zuletzt durch die ständigen israelischen Überfälle und durch den Abzug der syrischen Truppen aus dem Südlibanon, letztere zweifellos mit Billigung der SU), die wachsende Kriegsgefahr. Gerade in den letzten Wochen ist wieder klarer hervorgetreten, daß der Nahe Osten ein Brennpunkt der Rivalität der beiden Supermächte ist, ein "Pulverfaß", wie es in den bürgerlichen Medien heißt. Kreisky hat immer wieder seine Befürchtungen geäußert, daß es, wenn es zu keiner "Lösung" käme, zu einer "Radikalisierung" kommen müsse. Deshalb war er auch immer für eine "Lösung". Die EG-Führer ebenso. Die "Lösung", von der sie träumen, kann weder in der Ignorierung, noch in der Unterstützung des Kampfes der Palästinenser bestehen. Weil ersteres nicht der Fall ist, können sie manchmal nützliche Dienste erweisen. Weil zweiteres aber nicht der Fall ist, laufen alle ihre Bemühungen letztlich doch auf die Negierung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser hinaus. Wie es ihrem Charakter als imperialistische, aber nur zweit- und drittrangige imperialistische Länder entspricht, werden sie zwischen den kämpfenden Kräften hin- und hergerissen: zwischen der Unterstützung Israels und der Unterstützung der PLO, zwischen den USA und der Sowjetunion, zwischen eigenständigem Vorstoßen und Zurückweichen. Seit einigen Monaten bereits, seit sich der Bankrott der Camp-David-Politik abzeichnete, gab es westeuropäisches Engagement in Richtung Nahost. Zuletzt ist es lauter und heftiger geworden. Vorläufig gescheitert ist es in erster Linie an den inneren Widersprüchen der Nahostpolitik der westeuropäischen Imperialisten. Natürlich stellen sich diese inneren Widersprüche dar auch als Widersprüche zwischen den verschiedenen EG-Ländern, insbesondere zwischen Westdeutschland und Frankreich. Sie bilden auch die Grundlage, auf der der Druck des US-Imperialismus wirksam werden kann.

WORAN SIND DIE CAMP-DAVID-VERHANDLUNGEN GESCHEITERT?

Offenkundige Gründe sind die "Halsstarrigkeit" und Aggressivität Israels und die mangelnde Bereitschaft der USA, auf Israel entsprechend Druck auszuüben. Ägypten ist inzwischen in sehr starke Abhängigkeit vom US-Imperialismus gekommen. Israel hat während der Verhandlungen folgende Vorstellung von "Palästinenserautonomie" geäußert: Erstens nur am Jordan-Westufer und im Ghaza-Streifen. Zweitens nur "begrenzte Autonomie", Weiterbestehen der zionistischen Militärregierung, Weiterbestehen der zionistischen "Souveränität", Ablehnung jedes Palästinenserstaates. Die "Autonomie" könne sich nicht beziehen auf Außenpolitik, Militärwesen, bis zum Postwesen und zur Erschließung von natürlichen Ressourcen. Kurzum: Das israelische Autonomieprogramm ist in Wirklichkeit ein Kolonisationsprogramm. Trotz tausend Abstrichen Ägyptens konnten die Verhandlungen keinerlei Ergebnis zeitigen. Zugleich hat Israel ständig die Rückgabe der 1967 besetzten arabischen Gebiete strikt zurückgewiesen. Immer wieder hat es den Libanon überfallen. Es hat seine Siedlungspolitik und die Landenteignung fortgesetzt. Es hat erklärt, Jerusalem sei die "ewige Hauptstadt" Israels und Ost-Jerusalem würde selbstverständlich nicht an Jordanien zurückgegeben. Es hat seine Terrorpolitik gegen die Palästinenser in den besetzten Gebieten fortgesetzt, wofür die Ausweisung der palästinensischen Bürgermeister von Nablus und Ramallah der letzte spektakuläre Beweis war. Das alles sind keine "Exzesse", sondern charakterisiert das Wesen der zionistischen Politik und folgt aus dem kolonialen Charakter des zionistischen Staates. Wie sollte dieser Staat, der von Anfang an auf Landraub, Ermordung und Vertreibung der Palästinenser, auf Rassismus und Kolonialismus beruht, plötzlich friedliebend und demokratisch werden? Hinter der "Halsstarrigkeit" Israels steckt der unversöhnliche Widerspruch zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und der Existenz des zionistischen Staates. Und hinter dem fehlenden Druck der USAA steckt auch nicht so sehr die Angst Carters um jüdische Wählerstimmen, als vielmehr der imperialistische Charakter der US-Politik, dem natürlich die Unterdrückung der palästinensischen

DAS SCHEITERN VON CAMP DAVID BEGÜNSTIGT DAS VORDRINGEN DER SOWJETUNION

Die Camp-David-Verhandlungen sind immer mehr zu einem reaktionären Komplott gegen die Völker des Nahen Ostens und insbesondere die palästinensische Revolution geworden. Ihr Scheitern war unvermeidlich. Die Sowjetunion versucht die Niederlage, die der US-Imperialismus damit erlitten hat, für ihr weiteres Vordringen zu nützen. Nach einigen Versuchen, sich unabhängiger zu machen, kommt Syrien wieder unter massiven sowjetischen Einfluß. Im Libanon droht ein neuer Bürgerkrieg. Israel strebt nach wie vor die Teilung des Libanon und die faktische Annexion des Südens an, der Sowjetunion käme ein neuer Bürgerkrieg nur gelegen. Die Sowjetunion hat zugleich ihre Infiltration im Irak verstärkt und sie versucht auch, aus den Widersprüchen zwischen Irak und Iran zu profitieren. Sie übt starken Druck auf die PLO aus und versucht, die PLO ihrer Oberhoheit zu unterwerfen. Die Rivalität der Supermächte ist die Grundlage für die Instabilität und weiterbestehende Kriegsgefahr im Nahen Osten. Sie schafft auch komplizierte internationale Bedingungen für den Kampf des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker. Jede Politik, sich mit der Sowjetunion im Kampf gegen den Zionismus und den US-Imperialismus zu verbünden, muß die verhängnisvollsten Folgen haben. Obwohl es vielleicht naheliegt, angesichts der Praktiken der Zionisten und der sie unterstützenden US-Imperialisten und angesichts der Politik der westeuropäischen Imperialisten hinter dem unmittelbaren Gegner, Israel, die Rivalität der Supermächte und den sowjetischen Expansionismus zu übersehen, kann dies doch nur zur Unterwerfung des Nahen Ostens unter den sowjetischen Sozialimperialismus, zur Erdrosselung der palästinensischen Revolution, zur Verwandlung der Region in einen Kriegsschauplatz zwischen den Supermächten oder in ein sowjetisches Aufmarschgebiet, zur Unterordnung des Kampfes der Völker und der Länder der Region unter die Rivalität der beiden Supermächte führen. Es ist kein Wunder, daß es unter den antiimperialistischen Kräften im Nahen Osten heftige Auseinandersetzung gibt um die Politik gegenüber der Sowjetunion.

KREISKY: FÜR DAS "SELBSTBESTIMMUNGSRECHT" DER PALÄSTINENSER, ABER GEGEN DIE DIE WAHRNEHMUNG DIESES RECHTS DURCH DIE PLO

Kreisky hatte sich von der EG-Gipfelkonferenz in Venedig von dieser erwartet, daß die PLO anerkannt würde, wie Österreich es bereits getan hat. Zugleich hat sich Kreisky zum Kongreß der Al Fatah geäußert. Das Festhalten an den Zielen der palästinensischen Befreiungskampfes sei eine "sehr ernste formale Verschärfung der Lage". Jetzt sei es eben zu der von ihm selbst ohnehin schon seit langem vorausgeahnten "Radikalisierung" gekommen. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf das "Selbstbestimmungsrecht" Marke Kreisky. Die Palästinenser sollen vor allem ihre "Mäßigung", die Anerkennung Israels, die Einstellung des Kampfes gegen Israel und für die Errichtung eines demokratischen Staates in ganz Palästina, kurzum ihre Selbstaufgabe als revolutionäre und kämpfende Bewegung "selbstbestimmen". Dafür würden sie anerkannt und mit ein paar Flecken Landes, die nur einen Bruchteil des palästinensischen Territoriums ausmachen, abgespeist. Kreisky macht sich zum Vorreiter der Anerkennung der PLO und der Abkehr von der ausschließlichen Unterstützung Israels. Das ist gut und wird auch von der PLO begrüßt. Aber die österreichische Arbeiterklasse muß fordern, daß damit ernstgemacht wird: Die Beziehungen mit Israel müssen abgebrochen werden. Das wäre viel wichtiger als Kreiskys Privatfehden mit diversen Zionisten. Die österreichische Regierung muß das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser uneingeschränkt anerkennen und die PLO allseitig unterstützen, einschließlich militärischer Unterstützung durch Waffenlieferungen. Österreich muß in allen internationalen Gremien und Institutionen in diesem Sinn auftreten. Die israelischen Aggressionen und Terrorakte müssen verurteilt werden. Österreich muß sich mit der Dritten Welt zusammenschließen und gegen das Treiben der beiden Supermächte im Nahen Osten auftreten. Jede einzelne dieser Forderungen kann nur im Kampf gegen die reaktionäre Politik der österreichischen Regierung durchgesetzt werden. Diese Politik tut nur, was sie muß. Sie kommt nicht um den Vormarsch der Dritten Welt herum und um den Aufstieg der palästinensischen Revolution. Sie wird – ausgehend davon, daß es tatsächlich Widersprüche zu den beiden Supermächten gibt, – von den Völkern vorwärtsgetreten, trotz allen Widerstandes, aller Halbheiten, aller reaktionären Pläne und Machenschaften. Die österreichische Arbeiterklasse müßte mittreten, und zwar fest. Daß Benya inzwischen keine Bäumchen mehr in Jerusalem pflanzt, ist zu wenig, ebenso wie die Kreisky-Politik nichts mit wirklicher Unterstützung der arabischen Völker und insbesondere des palästinensischen Volkes zu tun hat. (wl)

AFGHANISTAN: 25 JAHRE SOWJETISCHE KOLONIALISIERUNG

Praktisch alle Schichten der afghanischen Bevölkerung kämpfen gegen die sowjetischen Besatzertruppen und das Marionettenregime von Barbrak Karmal. Über 20 Jahre lang arbeitet die Sowjetunion an der Unterwerfung des Landes. Das afghanische Volk hat so seine Erfahrungen mit der sozialimperialistischen Supermacht gemacht.

Während Meldungen von den Kämpfen in den Städten sich häufen, ist zum Beispiel die Provinz Nuristan im Nordosten des Landes seit 14 Monaten befreit. 6.000 Guerillakämpfer sichern die Verteidigung des Gebietes. Zugleich ist es Hinterland zur Ausbildung von Befreiungskämpfern aus anderen Teilen des Landes. Das Gebiet hat seine eigene wirtschaftliche Versorgung und seine eigenen Schulen.

Die nationale Befreiung des Landes von der sowjetischen Besatzung und ihren Marionetten steht auf der Tagesordnung. Die Einigung aller kämpfenden afghanischen Kräfte in einer gemeinsamen Befreiungsfront ist dazu notwendig. Vorbereitungen dafür sind im Gange. Schon im vorigen Jahr schloßen sich verschiedenste Kräfte auf gemeinsamen Plattformen zusammen. Ende Januar/Anfang Februar beschlossen die wichtigsten Kräfte, Vorbereitungen zur Bildung einer Exilregierung zu treffen.

Die neuen Zaren in Moskau müssen selbst zugeben, daß ihre Truppen in Afghanistan mit heftigem Kampf konfrontiert sind. Doch die Kämpfer seien "Reaktionäre" weil alles reaktionär sein muß, was ihre Expansion behindert. Der Widerstand des afghanischen Volkes entwickelte sich jedoch gegen die jahrelange imperialistische Einverleibung, hinter der das klare Ziel der Sowjetunion zu erkennen ist, sich den Zugang zum Indischen Ozean zu ermöglichen.



Versammlung der Befreiungskämpfer in der Provinz Nuristan

25 JAHRE SOWJETISCHE ENTWICKLUNGSHILFE ZUR EINVERLEIBUNG AFGHANISTANS

1956 - 1974: Als 1956 die sowjetischen Revisionisten die Macht antragen, konnten sie bei ihrer Infiltration Afghanistans die guten Beziehungen nützen, die das Land zur revolutionären Sowjetunion gehabt hatte. Die königliche Regierung hatte keine Bedenken, ihre Armee mit sowjetischen Waffen auszurüsten. 1959 nimmt die Infiltration bereits systematischen Charakter an mit dem Bau einer für Panzer benutzbaren 678 km langen Straße (Kuschka - Kandahar). 205.000 Dollar pro km kostet der Bau, nur 20% hat Afghanistan zu zahlen. Bei Herat wird ein Militärflughafen gebaut, ein Dutzend Treibstofflager werden bis 1963 angelegt. - Die Sowjetunion deckt zu 70 Prozent den Treibstoffbedarf Afghanistans, mit anderen Ostblockländern liefert sie 60% der LKWs. Die Gasgewinnung wird aufgenommen, die Hälfte der 2 Mrd. Kubikmeter geht an die SU. Sie baute Kraftwerke, mehrere Werkstätten, eine Brotfabrik. Der Handel zwischen Afghanistan und der Sowjetunion verfünffachte sich bis 1963 auf 69 Mio. Rubel. Die SU lieferte vorwiegend Anlagen, Maschinen und Baumaterial. Afghanistan dafür Baumwolle und Karakulschafe. Über 400 Mio Dollar gaben die Sozialimperialisten zur Ankurbelung des Geschäfts aus. Fachleute wurden in der Sowjetunion und in mit sowjetischem Kapital errichteten Schulen und Betrieben ausgebildet. In der Landwirtschaft legten sie ihr Kapital profitabel an. In der Gegend von Jalabad, die sich für den Anbau subtropischer Früchte eignet, bauten sie einen Kanal und errichteten 2 Staatsfarmen, deren gesamte Ernte an Zitrusfrüchten und Oliven z.B. 1974 an die Sowjetunion ging. 1974 erreichte die SU einen Anteil von 40% am gesamten Außenhandel Afghanistans.

1975 - 1977: 1975 ist Afghanistan zahlungsunfähig und muß um Aufschub der Kreditzahlungen bitten. Als Gegenleistung werden die Beschränkungen für den Zustrom billiger Waren aus der Sowjetunion aufgehoben. Der Handel steigt sprunghaft von 79 auf 122 Mio Rubel. 1976 muß sich Afghanistan in einem Handelsabkommen zur Lieferung festgelegter Kontingente über 5 Jahre verpflichten.

1978: Die Regierung Daud versuchte sich aus der sozialimperialistischen Umklammerung zu lösen. Im April 1978 wird sie durch einen Militärputsch beseitigt. Die Sozialimperialisten planten vor allem eine Zugriff auf die Bodenschätze Afghanistans. Eisenerzlagerstätten mit einem Fe-Gehalt von 61%, im Tagbau zu gewinnen, wurden begonnen zu erschließen.

DIE SOWJETISCHE HERRSCHAFT ÜBER AFGHANISTAN HAT DIE BAUERNMASSEN IHRES LANDS BERAUBT.

Die von der Sowjetunion an die Macht geputschten Regime hätten den Feudalismus beseitigt und der Befreiung des afghanischen Volkes bezwecke die Wiederherstellung des Feudalismus, sind Behauptungen, mit denen die Sozialimperialisten ihre Intervention in Afghanistan zu rechtfertigen suchen. Doch in Afghanistan hatte sich der Feudalismus noch kaum herausgebildet, vielmehr war das Gemeineigentum an Land noch weitgehend vorhanden. Die von der Sowjetunion eingesetzten Regimes haben dieses Stammeseigentum als Privateigentum ausgegeben, und die Enteignung dieses Privateigentums bedeutet in Wirklichkeit die Enteignung großer Bauernmassen. Dies erklärt, warum die afghanischen Bauern mit solcher Wucht die sozialimperialistische Herrschaft über ihr Land von Anfang an bekämpft haben. Im folgenden stützen wir uns auf das Interview eines amerikanischen Völkerkundlers (Mike Barry), der längere Zeit in Afghanistan lebte.

90% der afghanischen Bevölkerung sind Bauern. In Afghanistan, wie in allen asiatischen Gesellschaften, dreht es sich darum, mit Sorgfalt das Wasser in die Bewässerungskanäle zu verteilen. Diese können überhaupt nur mit gemeinschaftlichen Methoden betrieben werden. Es gibt Stämme, die aus 2.000 bis 5.000 Personen bestehen. An der Spitze steht der "Rat der grauen Bärte". Die Männer des Rats sind Landbesitzer: Es handelt sich aber nicht um sehr große Landbesitzer. In Afghanistan gibt es nur sehr wenige große Latifundien, in der Nähe der sowjetischen Grenze im Norden. Die kleinen Dörfer haben Gemeindeländereien, deren legale Besitzer der Stammeschef ist, da er sich in die Provinzhauptstadt begibt, um dort die Ländereien auf seinen Namen eingetragen zu lassen. Er wird vom Rat gewählt. In jüngster Zeit setzte ein gewisser Feudalisierungsprozeß ein, und zwar in dem Maße, wie der Stammeschef mit Unterstützung der Zentralregierung sehr viel mächtiger werden konnte.

Die Landbesitzer haben Pächter, die Saatgut und Wasserrechte in Naturalien bezahlen. Sie bebauen aber auch wildes Land, das dem gehört, der es will, da es genügend gibt. Diese Pächter hatten oft nicht genug, um das geliehene Saatgut aus der Ernte zurückzuzahlen. Im April 1978 legte das Taraki-Regime fest, daß keiner mehr als 5 ha land besitzen dürfte; das brachte den Pächtern nicht die Lösung des Problems.

Bei der Aufteilung des Landes legte das Regime die Angaben der von ihren Stämmen gewählten Chefs in den Grundbüchern zugrunde. Es stellte sich heraus, daß ein solcher Chef beispielsweise 1.000 ha Land besaß. Nun aber sah die Agrarreform vor, daß ein Bauer nicht mehr als 5 ha Land besitzen durfte. Also wurde der Besitz von 1.000 ha Land in der Provinzhauptstadt widerrufen und alles konfisziert, was unter dessen Namen eingetragen war. Protestierte er, wurde er getötet. Aber sehr oft war dieser Bauer nicht der wirkliche Besitzer, selbst wenn er es amtlich war. Manchmal repräsentierte er so an die 20 Familien, die selber Pächter hatten, und alle Leute waren jetzt so mit einem Schlag besitzlos geworden, selbst wenn es sich in der Hauptsache um ganz kleine Ackersleute handelte. Und die Pächter, die von den Landbesitzern abhingen, waren nun ebenfalls besitzlos, sie besaßen keine rechtsansprüche mehr. Manchmal wurde ein ganzer Stamm auf diese Weise seiner Erde beraubt. Die vorhandenen gemeinschaftlichen Strukturen wurden zerstört, was den Ruin und die Revolte auf dem Land hervorgerufen hat.

Dabei gibt es große Ähnlichkeit mit der französischen Kolonialgesetzgebung in Algerien. Dort gab es im Hinterland wohl einen Feudalherren, Eigentümer einer Reihe von Dörfern, aber zugleich eine gemeinschaftliche Struktur durch den Felderwechsel: ein Jahr Weideland, das andere Jahr Ackerland. Und plötzlich wurde durch Gesetz der arabische Bauer Besitzer eines Stückchen Landes, wo er in diesem Jahr gerade z.B. Gerste angebaut hatte, während er im nächsten Jahr seine Gerste auf dem anderen Acker gesät hätte. Diese Zerstückelung hat es möglich gemacht, die traditionelle Dorfwirtschaft zu zerstören, und die französischen Grundbesitzer waren in der Lage, das Land nacheinander aufzukaufen und so riesige Landgüter herzustellen, wie man das in Algerien gesehen hat. Eine Tatsache ist, daß die von dem Regime in Kabul durchgeführte Politik der Ruinierung der afghanischen Landwirtschaft gleichkam. Schließlich war man bereits daran gegangen, kapitalistische Staatsfarmen nach dem Vorbild der Sowjetunion einzurichten.

Heute werden die Felder und Dörfer mit Napalm bombardiert. Das bedeutet, daß sie bewußt eine Hungersnot hervorrufen. Gegenwärtig handelt es sich nicht mehr um eine Agrarreform, sondern wirklich um einen Krieg zwischen Afghanistan und der UdSSR. Es gibt weder einen Staat, noch eine Armee in Afghanistan, die Verwaltungsstrukturen haben sich aufgelöst, die Sowjets kontrollieren die Ministerien und ersetzen die Armee. Die UdSSR hat die unleugbare Unzufriedenheit des Volkes mit der Monarchie und dann mit dem Daoud-Regime ausgenutzt. Und sie hat auf brutale Weise die innere Entwicklung Afghanistans zugunsten ihres eigenen expansionistischen Profits geändert. (güst)

(Quellen: KVZ 7/80, 8/80)

Islamische Länder schlagen sowjetische Spaltungsmanöver zurück

In der vorigen Ausgabe des "KLASSENKAMPF" hieß es in einem Artikel zu der Ende Mai in Islamabad abgehaltenen Außenministerkonferenz der islamischen Staaten, daß es den Sozialimperialisten "gelungen ist, die gegen ihre Afghanistan-Aggression gefundene Einheit (der islamischen Staaten) zu untergraben, die Protestfront aufzuweichen..." usw. Diese Formulierung könnte den Eindruck erwecken, daß den Neuen Zaren ein wesentlicher Schlag gegen die islamische Bewegung geglückt sei. Das ist jedoch nicht der Fall. Die Konferenz war massiven sozialimperialistischen Angriffen ausgesetzt, leistete jedoch mutigen und entschlossenen Widerstand dagegen, und es ist ihr gelungen, die Angriffe zurückzuschlagen. Unmittelbar vor der Konferenz hatte es seitens der Sowjetunion deurch den Mund des Kabuler Regimes einen neuen Vorstoß in Richtung "politische Lösung" gegeben, der nur auf die Anerkennung des Marionettenregimes abzielte. (Klassenkampf 13/80 vom 19.5., S. 11) Dieses Manöver ist vollständig gescheitert. Die prosowjetischen Kräfte auf der Konferenz blieben isoliert.

Die Konferenz ging davon aus, daß die Probleme Palästina, Iran und Afghanistan vom Standpunkt des Widerstands gegen die Ambitionen der beiden Supermächte behandelt werden sollen, die ihren Willen gegen die islamischen Länder durchsetzen und deren Naturreichtümer, besonders das Erdöl, plündern wollen. In diesem Zusammenhang wurde der Aufbau einer gemeinsamen Verteidigungsindustrie besprochen und die Notwendigkeit betont, trotz Verzicht auf ein formelles Militärbündnis dennoch die militärische Zusammenarbeit zur Verteidigung der Region gegen die beiden Supermächte zu verstärken. Alle deren Truppen sollen abgezogen und deren Militärstützpunkte geschleift werden. Jedem Fall einer "ökonomischen, politischen oder militärischen Aggression" werden die islamischen Staaten entschieden entgegengetreten. Die US-Aggression vor wenigen Wochen wurde verurteilt. Die Golfregion müsse eine Zone des Friedens werden.

AFGHANISTANFRAGE: ENTSCHLOSSENES AUFTRETEN DES IRAN UND PAKISTANS

In dieser Frage zeigte sich eine tiefgehende Spaltung der islamischen Delegationen, die auf den massiven sozialimperialistischen Einfluß zurückzuführen ist. Libyen, Syrien, Südjemen und die PLO verlangten zu Beginn der Konferenz, eine Abordnung der Kabuler Marionetten solle zugelassen und angehört werden. Ansonsten würden sie sich die Stellungnahmen der afghanischen Freiheitskämpfer nicht anhören. Der libysche Delegierte zeigte einen Brief des Marionettenaußenministers Dost vor, wonach dieser an der Konferenz teilnehmen wolle. Doch "Afghanistan" war im Jänner ausgeschlossen worden, da heute die Freiheitskämpfer und nicht die Moskauer Marionetten das Volk repräsentieren. Ein Delegierter verstieg sich sogar dahin, die USA als Hauptverantwortliche für das Iran- und Afghanistanproblem hinzustellen. Der iranische Außenminister Ghotbzadeh antwortete scharf: Niemand dürfe der Sowjetunion die Verantwortung für ihre Taten abnehmen, und ein Land, das dauernd andere wegen deren Interventionsabsichten kritisiert, müsse um so schärfer verurteilt werden, da es selber ein unabhängiges Land überfallen hat.

Da die afghanischen Freiheitskämpfer noch nicht den geforderten Beobachterstatus haben, traten fünf von ihnen mit Delegiertenkarten des Iran auf. Das war der erste wichtige Erfolg gegen die sozialimperialistischen Machenschaften.

Die zweite große Auseinandersetzung gab es über die Afghanistanresolution, zu deren pakistanischer Vorlage Libyien, Algerien, der Südjemen, Syrien und die PLO vorerst ihre Zustimmung verweigerten. Bis zur Verabschiedung sind einige Veränderungen vorgenommen worden. Doch sie bestätigt das Selbstbestimmungsrecht des afghanischen Volkes und fordert den Abzug der ausländischen Truppen. In allen praktischen Konsequenzen wurde die Jännerlinie ferenz bestätigt und fortgesetzt worden. Das wurde auch ausdrücklich bekräftigt. Abgelehnt wurde der Vorschlag, auch einen Vertreter des Marionettenregimes in das ständige Außenministerkomitee zu entsenden, das sich um die Lösung des Afghanistanproblems kümmern soll. Vorsitzender ist Aghi Shahi, Pakistans Außenminister und Präsidentenberater, Mitglieder sind Habib Chatti, der pakistanische Generalsekretär der Konferenz, und der iranische Außenminister. Eine Anerkennung der Kabuler Marionetten käme ebensowenig in Frage wie Direktverhandlungen, die auf eine defacto-Anerkennung hinauslaufen würden. Allenfalls könne es Gespräche mit Kabuler Leuten in multilateralem Rahmen geben. Voraussetzung bleibt der bedingungslose Abzug der Sowjettruppen mit denen auch das Kabuler Regime fallen würde.

In einer anderen Resolution wurde der Abzug der sowjetischen, kubanischen und anderen fremden Truppen vom Horn von Afrika gefordert und der Befreiungskampf Eritreas und des Ogaden unterstützt und ihm Hilfe zugesichert.

Die rege diplomatische Tätigkeit des ständigen Komitees seit der Konferenz zeigt, daß im Kampf gegen die sowjetischen Angriffe die Einheit der islamischen Staaten gefestigt werden konnte. Diese Tatsachen stehen allerdings in krassem Gegensatz zur Berichterstattung der hiesigen Bourgeoispresse. Der Grund: Wer selbst ständig vor den Sozialimperialisten auf die Knie fällt, will auch vom Widerstand der Dritten Welt gegen den sowjetischen Hegemonismus nichts berichten. (gm)

"EXTRABLATT" AUF SOWJETKURS

"Haltet den Dieb" zu rufen, wenn man gerade gestohlen hat, ist ein alter Gaunertrick. Überall dort, wo man selbst eine Invasion durchführt oder androht, von amerikanischer Einmischung und Aggressionsgefahr zu schreien, ist die nunmehr auch bereits fast zwölf Jahre alte Masche der Kreml zaren, von ihren Verbrechen abzulenken. Aber solche Propaganda in eine prägnante Phrase zu bringen, die ihresgleichen sucht, ist das Verdienst des "Extrablatt"-Reporters Warner Poelchau, dem dafür eigentlich ein russischer Orden gebührte. "Ami go home" nennt er seinen "Augenschein in Afghanistan".

Zuerst kommt gleich ein Dank



Kommentar überflüssig

an die zahlreichen sowjetischen Militärposten in Kabul, die dem Reporter die wohlverdiente und durch Schüsse nur mäßig gestörte Nachtruhe sichern, nachdem er fälschlich an der Grenzkontrolle festgehalten worden war, der brave Mann. Der dann durch Basars bummelt und sich an den niedrigen Preisen begeistert, um schließlich zum Kern seines Anliegens zu kommen: "Die Leute, die heute in Kabul regieren, sind gewiß keine Marionetten, die eine Supermacht aus dem Hut gezaubert hat und dam afghanischen Volk aus Panzern heraus präsentiert." "Bodenreform, 42-Stundenwoche, kostenlose Gesundheitsversorgung, Kampf dem Analphabetismus", kurz eine "fortschrittliche Ideologie" sei dahinter.

Zur Untermauerung seiner Überzeugung liefert er eine Geschichte Afghanistans, zu der man allerdings nicht ins Land zu fahren braucht, sondern sich nur ein paar sowjetische Zeitungen besorgen muß. Die "Saur-Revolution", "zwar sicher keine klassische Massenerhebung", war "genausowenig ein Staatsstreich". Die Reformen Tarakis auch sehr vielversprechend, nur Amin habe alles verhaut, weil er alles zu schnell und ohne Überzeugungsarbeit durchführen wollte.

"Schnell bildete sich so eine unheilige Allianz aus den enteigneten Feudalherrn, konservativen Mullahs, die um ihre Privilegien und ihren Einfluß bangten, und Stammesfürsten, die die von den Revolutionären enttäuschten Afghanen im Namen des Islam gegen jede Art von Reformen als das 'Werk Ungläubiger' aufwiegelten." Dann gab es "Gewalt auf beiden Seiten", und Amin beantwortete das "Niederbrennen von 800 Schulen" mit Gegenterror.

Bis hierher erweckt der Reporter den Eindruck, als handle es sich um einen inneren Kampf in Afghanistan, als wäre nicht schon ein Daoud Wegbereiter der sowjetischen Kolonialisierung des Landes gewesen, als hätten nicht Taraki und Amin im Auftrag und mit Unterstützung der Sozialimperialisten geputscht, als hätten diese nicht tausende russische Militärberater ins Land geholt.

Und warum wird so getan, als es das alles nicht gegeben hätte? Weil nun eine kleine und mutige Gruppe von Kämpfern um Karmal illegal ins Land kommt, Amin als CIA-Agenten entlarvt - weil der sich ein wenig aus der sowjetischen Umklammerung lösen wollte - und den beispielhaften Umschwung mit Hilfe der Sowjetpanzer in die Wege leitet, indem er "Hilfe aus Moskau" anfordert. "Im Untergrund trafen wir unsere Genossen aus dem Politbüro und die anderen Genossen, von denen wir wußten, daß sie gute Genossen sind", läßt sich der Reporter von der Marionetten-Erziehungsministerin erzählen, deren Prahlereien wie die der "illegalen" Nazi der faschistischen Machtübernahme in Österreich anmuten. Nicht allerdings unserem Reporter: "Im Gegensatz zu vielen andern glaube ich dieser Frau, die sich seit über 15 Jahren in ihrem Land eingesetzt hat..." Und obwohl er für den Fall eines Sowjetabzugs nur wenig Hoffnung für das Karmal-Regime sieht, schließt sich der Reporter dennoch der Marionettenministerin an, die "Amis go home" als Lösungsformel des Afghanistanproblems sieht.

Wenn Poelchau wieder einmal "Augenschein" nimmt, werden ihn die russischen Besatzerbehörden in Kabul - oder anderswo - sicherlich mit der gebührenden Freundlichkeit empfangen. Dann könnte er aber auch leicht das Schicksal vieler seiner russischen Beschützer teilen, die als Tote Afghanistan verließen. (gm)

MATTSCHEIBE

Interessantes haben wir in der letzten Prisma-Sendung vom stellvertretenden ÖGB-Chef Sepp Wille zum Thema "Erleichterungen für Schichtarbeiter" gehört: Als Endziel schwebt ihm vor, daß, wer Schichtarbeit und Nachtarbeit macht, mit besonderen Erschwernissen und außerdem im Akkord arbeitet, insgesamt vier Wochen Zusatzurlaub bekommen soll. Also die konsequente Fortsetzung des Wegs, der schon bei den Metallarbeitern eingeschlagen worden ist: statt Kampf um die Abschaffung der Schichtarbeit - Abgeltung durch eine Woche Urlaub. Kommt Akkordarbeit dazu? Gut, noch eine Woche Urlaub! In der Sendung selber haben die Arbeiter erklärt, wie die Belastung durch Akkordhetzerei, durch Staub, Lärm, Hitze durch die Schichtarbeit vervielfacht wird. Aber keine Rede davon, wenigstens für die Schichtarbeit den Akkord zu verbieten, wenigstens für die Nachtschicht die Arbeitszeit herunterzusetzen oder etwas dergleichen.

In der ganzen Sendung sind überhaupt nur zwei mögliche Forderungen im Zusammenhang mit der Schichtarbeit vorgekommen: Zusatzurlaub oder Herabsetzung des Pensionsalters. Vor die Alternative gestellt, haben sich klarerweise die älteren Arbeiter für die frühere Pensionierung ausgesprochen, die jüngeren gemeint, daß sie lieber gesund in die spätere Pension als krank in die Frühpension gehen wollen. Indem die Sendung nur zu diesen beiden Möglichkeiten, noch dazu alternativ gestellt, Arbeiter zu Wort kommen lassen hat, hat sie das ihre zur Spaltung der Arbeiter in dieser Frage beigetragen. Nur ein umfassendes Kampfprogramm gegen die Schichtarbeit könnte die Arbeiter einigen, aber davon war ja nicht die Rede.

Im ersten Teil der Sendung, der von der Schließung des Eumig-Werks Deutsch Altenburg handelte, wurde die Entlassung von Arbeiterinnen als Frauenfrage behandelt, statt das ständige Hereinziehen und Hinauswerfen der Frauen in den und aus dem Produktionsprozess als Arbeiterfrage.

Wahrhaftig, je "progressiver" sich solche Sendungen geben, umso mehr tragen sie zur Verwirrung des Publikums bei. (ma)

DIE HOCHZEIT
Von S.Jakob

In der Stadt Derbent am Kaspischen Meer wurde Hochzeit gefeiert. Derbent ist eine kleine Erdölstadt und liegt in der "Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik Dagestan". Der Direktor der städtischen Verkehrsbetriebe war der Brautvater. Er war der mächtigste Mann der Stadt und mußte seiner Tochter eine standesgemäße Hochzeit ausrichten. Sechshundert Gäste lud er ein, und weil es in Derbent kein Restaurant gibt, das groß genug wäre für eine solche Gesellschaft, ließ Direktor Achmedow einfach den Turnsaal der städtischen Mittelschule räumen. Auf Lastwagen der städtischen Verkehrsbetriebe wurden Tische und Stühle herangeschafft. Eintausendfünfhundert Teller und anderes Geschirr nebst Besteck ließ der Herr Direktor herbeiführen.

Auf den Tafeln türmten sich Markencognacs und ausgesuchte Weine, roter und schwarzer Kaviar, knusprig gebratenes Geflügel aller Art, köstlich arrangierte Störrükken und viele andere Köstlichkeiten. Drei Orchester hatte der Herr Direktor kommen lassen, aus Baku, der großen Erdölstadt, und aus Machatschkala, Dagestans Hauptstadt.

Die Gäste amüsierten sich köstlich und der Direktor konnte mit dieser Hochzeit wahrlich zufrieden sein. Sogar zwei Minister der Republik Dagestan taten ihm die Ehre an zu erscheinen, und an den Genüssen, die er zu bieten hatte, teilzunehmen. Und der Vorsitzende des Komitees für Volkskontrolle, ein mächtiger Mann, der Kraft seines Amtes jedem, dem er wollte, schaden konnte, war zugegen und sprach in bester Laune den Weinen und Schnäpsen zu.

Direktor Achmedow konnte zufrieden sein. Das Fest war sozusagen ein Höhepunkt in seiner Karriere. Wer sagte, daß man es im heutigen Rußland zu nichts bringen konnte, war einfach ein Narr. Für einen fähigen Mann mit Ideen gab es tausend Möglichkeiten, zu verdienen, man mußte nur Phantasie haben und Initiative. Er selbst hatte beides. Für einen städtischen Angestellten hatte er es weit gebracht. Freilich lebt auch ein Direktor ohne besondere Initiative heute nicht schlecht, nicht zu vergleichen mit einem gewöhnlichen Arbeiter. Doch mit etwas Initiative konnte man aus einer Einrichtung wie den städtischen Verkehrsbetrieben eine Quelle des Wohlstands und des Glücks für mehr als nur einen machen. Seinen Busfahrern gestattete er, Fahrgeld zu kassieren ohne dafür Fahrscheine auszustellen. So mußten sie nur einen Bruchteil ihrer Einnahmen abrechnen und konnten den Rest für sich behalten. Dafür hatten sie nichts weiter zu tun, als dem Direktor monatlich 150 Rubel abzuliefern. Das ist zwar soviel, wie ein Arbeiter durchschnittlich im Monat verdient, doch den Busfahrern war es ein leichtes, das Geld aufzubringen. Wer eine solche Busfahrerstelle bekommen wollte, mußte dafür eine einmalige Gebühr von 500 Rubel zahlen.

Gab es Schwierigkeiten, mit Behörden oder Gericht, so hatte er ein wunderbares Gegenmittel: Autos! Er forderte sie vom Ministerium für Automobiltransport als Taxis an und hielt stets eine Flotte von 70 Wolgas in Reserve. Der Staatsanwalt fuhr einen von seinen Wolgas, der Chef der Kreisverwaltung, der Redakteur der Lokalzeitung "Banner des Kommunismus", und noch viele andere seiner einflußreichen Freunde - die er sich oft erst durch sein Autogeschenk zu Freunden gemacht hatte.

Skrupel, daß sein System illegal sei, hatte er keine. Er betrog den Staat. Na gut, und wer war der Staat? Die Arbeiter etwa? Daß er nicht lachte. Seine Busfahrer hatten es besser als sonst irgendwelche Busfahrer in der ganzen Union. Die konnten sich sonst nicht einmal eine eigene Wohnung leisten und lebten mit zwei oder drei anderen Familien in einer einzigen Gemeinschaftswohnung.

Freilich, irgendwo mußten die Werte natürlich herkommen, die er sich da aneignete, natürlich kamen die letzten Endes irgendwie von den Arbeitern. Aber wenn er sie sich nicht aneignete, nun, dann würde sie sich eben wer anderer aneignen.

Die hohen Parteifunktionäre etwa, die hatten die "Nomenklatura". Da kriegte jeder etwas, automatisch, nach seinem Rang. die untersten einen Fernsehapparat, die nächsten eine Wohnung, die darüber ein Auto, die noch weiter oben eine Datscha, ein Landhaus, und so weiter. "Es stimmt", sagte das Volk, daß der Kommunismus, wo jeder nach seinen Bedürfnissen bekommt, bei uns schon eingeführt wird. Breshnew zum Beispiel lebt schon im Kommunismus, die anderen müssen noch warten".

Jeder bereicherte sich doch heutzutage. Jeder der konnte, wenigstens. Und die Grenze zwischen dem, was erlaubt war und was nicht, war schwer zu erkennen. Warum sollte es zum Beispiel einem Fabriksdirektor erlaubt sein, seine Arbeiter bis zum Umfallen anzutreiben, um den Plan erfüllen und Prämie kassieren zu können, aber nicht, die Papiere zu fälschen und auf diese Weise zur Prämie zu kommen?

Oder da war der Fischereiminister, der in den großen Kaviarschmuggel verwickelt war. Auf der ganzen Welt fischte seine Flotte in den Gewässern anderer Länder, die Fischereirechte waren mit Erpressungen und Drohungen erzwungen. Und Kaviar in Heringsdosen abzufüllen und außer Landes zu schmuggeln sollte ein Verbrechen sein?

In der ganzen Welt raubte dieser Staat Kaffee und Kupfer, Zukker und Mangan und weiß der Kuckuck was alles zusammen. Er kaufte billig Erdöl und verkaufte es teuer weiter. Man wetterte zwar noch immer gegen den räuberischen amerikanischen Imperialismus, aber man hatte ganz gut von ihm gelernt.

Freilich, das neue System hatte auch seine Mängel. Seit diese alten Spinner entmachtet waren, die die Klassen und die natürliche Ungleichheit der Menschen abschaffen wollten, war es zwar leichter geworden, sich zu bereichern, aber es gab auch Schwierigkeiten. Pläne wurden nicht erfüllt, es mangelte stets an den wichtigsten Dingen zum Leben - freilich nicht für einen Mann mit Initiative wie ihn, aber bei der breiten Masse gab es doch immer Unzufriedenheit.

Man konnte nicht in Ruhe seinen Schnitt machen, es gab Streiks, es gab Dissidenten, es gab Flugblätter und Untergrund literatur, alles Dinge, mit denen man ohne alle Polizei und Militär ohne Gefängnisse und psychiatrische Kliniken nicht fertig wurde.

Und auch nach außen gab es Probleme. Dieser Staat mußte seine Macht immer mehr ausdehnen, sonst begann es sofort zu kriseln. Er war nicht imstand, die eigenen Reichtümer zu entwckeln, aber er griff beständig nach fremden. Dazu mußte man natürlich enorm viel in die Rüstung stecken, und das fehlte natürlich anderswo, was wiederum dazu führte, daß man umso eher nach fremdem Eigentum greifen mußte.

Eines Tages würde es zum Krieg kommen, das spürte man. Aber bis dahin war es noch weit. Und ein Mann mit Initiative fürchtete den Krieg nicht, denn da würde man sich erst recht bereichern. Woran man lieber nicht dachte, war, daß die unzufriedene Masse sich einmal nicht mehr stillhalten könnte. Deswegen stand Direktor Achmedow auf der Seite dieses Staats. Auch wenn er sich gegen seine Gesetze verging. In Wirklichkeit tat er nur im Kleinen, was dieser Staat im Großen tat.

Direktor Achmedow wurde von einem mißgünstigen Menschen, bei dem die feudale Hochzeit von Achmedows Tochter Neid erweckt hatte, in Moskau denunziert. Er wurde verhaftet, und seine Geschichte kam in die Regierungszeitung "Iswestija".

Ändert das etwas an der Moral von dieser Geschichte? Jeden Tag lassen die großen Achmedows ein paar kleine verhaften, jeden Tag wachsen fünf andere nach. Jeden Tag wettern sie in ihren Zeitungen gegen diejenigen, die sich auf ungesetzliche Weise bereichern, und können ihrer doch nicht Herr werden. Warum nicht? Weil sie selber das System der gesetzlichen, vom Staat geschützten Ausraubung, Unterdrückung und Ausbeutung des Volkes eingeführt haben, ein System, keineswegs neu, sondern schon lange bekannt unter dem Namen Kapitalismus.



Jeder handelt so gut er kann.